ERZWINGUNG DER LOYALITÄT

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

Teil 1
Jahresbericht 2000 des TCHRD über Menschenrechtsverletzungen in Tibet.....3

Teil 2
Einige der seit 1987 zu Tode gepeinigten tibetischen Gewissensgefangenen.....52

Teil 3
Chinas derzeitige Politik in Tibet.....66

Teil 4
Rede Zhao Qizhengs, Minister der VR China, bei einer Sitzung über staatliche Tibetologie-Forschung und Außenpropaganda zu Tibet am 12. Juni 2000
„Die Außenpropaganda zu Tibet und die Beschäftigung mit der Tibetologie in der neuen Ära“.....95

Anhang: “Tibet braucht Hilfe” – Aufruf von Gelong Jampa Yonten.....102

Anzeigen unserer Broschüren

*Es handelt sich ausnahmslos um Übersetzungen aus dem Englischen. In sprachlichen Zweifelsfällen entscheidet der englische Text. Wenn Sie Verbes*serungsvorschläge haben, lassen Sie uns diese bitte wissen.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten:

IGFM-Konto Nr. 23 000 733, Taunus-Sparkasse, BLZ 512 500 00.
Stichwort (wichtig): "Tibet-AG München".

Zahlungen aus der Schweiz und Österreich können der Einfachheit halber bar (Landeswährung) im Briefumschlag (Adresse innere Umschlagseite 1) erfolgen

Spendenaufruf von TIN vom Sommer 2001

Siehe auch: www.tibetinfo.net/admin/June01appeal

„Helfen Sie TIN, das Schweigen zu brechen. Die Welt muß wissen, was heutzutage in Tibet vor sich geht. TIN hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Welt die Tatsachen genau und objektiv darzustellen. Aber wenn wir diesen einzigartigen Nachrichten- und Informationsdienst fortführen möchten, **brauchen wir Ihre Hilfe und zwar sofort.**

Sie schlugen so wild auf uns ein, daß alles voller Blut war, die Wände und der Boden waren ganz blutverschmiert. Es sah wie in einem Schlachthaus aus. Sie schlugen uns mit ihren Gürteln, bis diese zerbrachen... dann griffen sie zu den elektrischen Schlagstöcken... Einigen von uns wurden die Ohren zerrissen, andere trugen Wunden am Kopf davon. Alle bluteten wir heftig. Zeugnis einer tibetischen Nonne, aufgezeichnet von Mitarbeitern von TIN im vergangenen Jahr und veröffentlicht in „Rukhag 3: The Nuns of Drapchi Prison“ (TIN, September 2000).

Dies ist nur ein Beispiel, wie TIN Menschenrechtsverletzungen und andere wichtige Belange an die Öffentlichkeit bringt. Ohne TIN würden so viele Vorfälle, wie dieser unberichtet bleiben.

Dazu sagte ein nun im Exil lebender Tibeter unlängst: ‘Tibeter in Tibet fühlen sich weniger isoliert, wenn sie wissen, daß Sie in Ihren Berichten die Wahrheit sagen. Während sie ihre Gefühle nicht frei äußern dürfen, kann TIN die Realität von dem, was in unserem Land geschieht, ans Licht bringen. Auf diese Weise erfahren Tibeter, daß man auf ihre Stimme hört und daß es Leute gibt, die sich um sie sorgen. Das ist ein wichtiger Faktor, um der Macht der chinesischen Diktatur entgegenzuwirken.’

TINs Ziel ist es, der Welt möglichst genaue, vielseitige und umfassende Informationen über das heutige Tibet zu liefern und sie jenen Regierungsstellen, internationalen Organisationen und NGOs zu unterbreiten, welche einen Einfluß auf die Zukunft Tibets haben. Durch Veröffentlichung dieser Tatsachen versucht TIN die Macht der Propaganda zu untergraben und die Menschen auf die echten Bedürfnisse des tibetischen Volkes aufmerksam zu machen.

TIN berichtet über eine möglichst große Bandbreite Tibet betreffender Themen, von der Mißhandlung von Gewissensgefangenen und Fragen der Religionsfreiheit bis zu allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Problemen in der Erziehung, der Gesundheitsfürsorge, der Beschäftigung, wegen der Armut und der Umweltbedrohung.

Aber wir können unsere Arbeit nicht fortsetzen ohne Ihre finanzielle Unterstützung. TIN ist in England als karitative Einrichtung registriert und in den USA von der Steuer befreit. TIN braucht dringend Ihre Unterstützung, um seine Arbeit fortsetzen zu können.

Wir bitten Sie um Ihren Beitrag, wie gering er auch sein mag: Er wird helfen, unseren weltweit geschätzten Nachrichtendienst aufrechtzuerhalten und die Herausgabe unserer so wichtigen Forschungsberichte über Tibet zu gewährleisten.

Das Werk von TIN ist einzigartig, denn TIN erreicht die ganze Welt. Bitte unterstützen Sie diese völlig unabhängige und umfassende Nachrichtenquelle über das heutige Geschehen in Tibet und helfen Sie, daß Menschenrechtsverletzungen, Umweltschädigung und die Plagen der gewöhnlichen Tibeter der Welt kundgetan werden.

Zu weiterer Information kontaktieren Sie bitte richard@tibetinfo.net. Bitte leiten Sie diese Spendenbitte an alle Bekannten weiter, von denen Sie meinen, daß sie TIN unterstützen könnten. Ich danke Ihnen!“

Richard Oppenheimer, Direktor, Tibet Information Network, Juni 2001

Spenden können getätigt werden:

- **Banküberweisung:** Cooperative Bank, 80 Cornhill, London EC3, Sort code: 08 02 28
  Name of Account: Tibet Information Network
  Number of Account: Sterling account 65023886
  Number of Account: US Dollar account 2112163201, Swift code of the bank: CPBKGB22 (nur für das US Dollar Konto)
- **Scheck** in £ Sterling (auf UK Banken ausgestellt oder UK Filialen internationaler Banken) oder durch Scheck in US$,
  zahlbar auf „Tibet Information Network“. Keine Euroschecks verwenden!
- **Kreditkarten:** TIN London nimmt Spenden mit VISA oder MasterCard an, TIN USA nimmt Spenden mit VISA, MasterCard, AMEX oder Discover an

Schecks oder Angaben zu Kreditkarten bitte senden an:
TIN, City Cloisters, 188-196 Old Street, London EC1V 9FR, UK, Fax 0044(0)207814 9015, e-mail: tin@tibetinfo.net

Tibetan Centre for Human Rights and Democracy (TCHRD)
Top Floor, Narthang Building, Gangchen Kyishong, Dharamsala 176215, H.P.
phone +91/1892/23363/25874, fax: +91/1892/25874
e-mail: dsala@tchrd.org, yaukatsang@tchrd.org, website: www.tchrd.org
Januar 2001

Jahresbericht 2000
über Menschenrechtsverletzungen in Tibet

Kapitel 1: Kurzfassung....4
Zusammenfassung....4
Ausmerzung von politischem Dissens....4
Beschneidung der Religionsfreiheit....5
Kultivierung von chinesischem Überlegenheitsgefühl....5
Kontrolle über Frauen und Kinder....6
Tibeter werden in die Verarmung getrieben....6
Empfehlungen....7

Kapitel 2: Politische Repression....7
Ausschaltung von politisch abweichenden Meinungen....7
Tibetische Kader auf ihre Loyalität unter die Lupe genommen....9
Vermehrte Restriktionen für Rückkehrer aus dem Exil....9
Machtmißbrauch....10
Politische Gefangene in Tibet....11
Mißhandlung in Haftanstalten....13

Kapitel 3: Beschneidung der religiösen Freiheit....16
Indoktrinierung von Mönchen und Nonnen....18
Zur Verzweiflung getrieben....19
Entvölkerung der religiösen Einrichtungen....19
Usurpation der traditionellen Autorität....20
Ächtung überlieferter Rituale....20
Verleumdung des Dalai Lama....21
Tendenzen bei Verhaftung und Ausweisung....22
Schließung unpatriotischer religiöser Institutionen....23

Kapitel 4: Rassendiskriminierung....24
Kultivierung des chinesischen Superioritätskomplexes....24
Beschäftigung....25
Gesundheitsfürsorge....27
Erziehung....27
Wohnungswesen....28
Öffentliche Vertretung....29

Kapitel 5: Die Rechte der Frauen und Kinder....30
Kontrolle von Frauen und Kindern....30
Erzwingung der Geburtenkontrolle....31
Zwangssterilisierung und Zwangsverhütung....31
Verweigerung der eigenen Wahl der Empfängnisverhütung 32
Förderung der Prostitution....33
Unterdrückung des religiösen Glaubens....34
Schikanieren von Nonnen....35
Festhaltung von Kindern....35
Das Leiden von Ngawang Sangdrol geht weiter....36
Ein Minderjähriger immer noch festgehalten....36
Kontrolle der Erziehung....36
Verweigerung der Sprache....38
Schluß....38

Kapitel 6: Das Recht auf Lebensunterhalt....39
Verarmung der Tibeter....39
Armut in Tibet....40
Bevölkerungstransfer und wirtschaftliche Marginalisierung der Tibeter....41
Zwangsarbeit und Ausbeutung billiger Arbeitskraft....42
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung....42
Exzessive Besteuerung....43
Keine ausreichende Sicherung der Versorgung mit Nahrungsmitteln....44
Auferlegung von Quoten für die Tierhaltung....44
Mangelnde staatliche Hilfe für tibetische Bauern und Nomaden....45

Schluß....46

Anhang: Weitere Informationen über die Gefängnisproteste in Drapchi....46
Liste der Drapchi Gefangenen, deren Urteil auf die Mai Proteste hin verlängert wurde....47
5 Nonnen, die als unmittelbare Folge der Proteste starben....49

Kapitel 1: Kurzfassung des Jahresberichtes 2000

Zusammenfassung

Pekings Obsession hinsichtlich Stabilität und Kontrolle in Tibet war das Leitthema des Jahres 2000. China bleibt weiterhin eine der wenigen Nationen der Erde, in denen Menschenrechtsmißbräuche institutionalisiert sind und das Volk in unannehmbarer Weise von Überwachung und Restriktionen bedrückt wird. Dabei herrscht eine totale Mißachtung der grundlegenden bürgerlichen und politischen Rechte, etwa des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Versammlung.

Im vergangenen Jahr verschärfte Peking in Tibet alte Bestimmungen und führte neue restriktive Maßnahmen zur Festigung seiner Kontrolle ein. Religiöse und politische Aktivitäten wurden zunehmend eingeschränkt, die Kontrolle der religiösen Einrichtungen wurde verschärft, die Aufstellung von Dalai Lama Photos verboten und die Überwachung durch die Parteikader wurde strenger.

Umgekehrt war es auch ein Jahr, in dem Peking international einige verzweifelte Versuche zur Verbesserung seines Image unternahm. So wurde eine profilierte Propagandamaschinerie - etwa das Weißbuch mit besonderer Blickrichtung auf Tibet - eingesetzt, um die Welt von angeblichen, in Sachen Menschenrechte und der Erhaltung der tibetischen Kultur gemachten Fortschritten zu überzeugen. China ging sogar so weit, eine Vereinbarung mit dem UN Hochkommissariat für Menschenrechte über die Realisierung von Menschenrechtsstandards zu unterzeichnen.

Seit Mitte der neunziger Jahre betrieb Peking in der internationalen Arena intensive Lobby-Arbeit, um den von vielen Ländern bei ihren Menschenrechtsbeziehungen zu China eingeschlagenen „Konfrontationskurs“ in einen das Gesicht wahrenden „bilateralen Dialog“ zu verwandeln. Die ernste Verschlechterung der Menschenrechtslage sowohl in Tibet als auch in China läßt jedoch Zweifel an der Wirksamkeit dieses neuen Umgangs mit Menschenrechtsfragen aufkommen. Der kürzliche parlamentarische Bericht Großbritanniens zu China zeugt von der Nutzlosigkeit solch eines Dialogs und mahnt die britische Regierung, eine härtere Linie einzuschlagen.

Die Unterdrückung in Tibet in diesem Jahr betraf hauptsächlich die religiöse Freiheit. Die gesamte tibetische Bevölkerung litt ohne Ausnahme an Übergriffen auf ihr Recht auf Glaubensfreiheit. Die Behörden gingen so weit, bei Überraschungskontrollen auf Altäre, buddhistische heilige Schriften und Bilder des Dalai Lama sogar die Privathäuser von politisch uninteressierten Tibetern zu durchwühlen.

Die Intensivierung der „patriotischen Umerziehungskampagne“, die auf die Indoktrinierung der Mönche und des Volkes im allgemeinen gegen den Dalai Lama, seine „Clique“ und das Fundament der tibetischen Kultur und religiösen Tradition gerichtet ist, stand bei den Behörden in diesem Jahr im Vordergrund. Sogenannte „Arbeitsteams“ wurden zur Durchführung dieser Kampagne pausenlos sogar in die entlegensten Klöster entsandt. Die Auferzwingung der „patriotischen Umerziehung“ konnte jedoch nicht die Treue der Tibeter zum Dalai Lama untergraben. In der Tat protestierten viele gegen sie und wurden als Resultat mit Gefängnishaft bestraft oder aus ihren Einrichtungen ausgeschlossen.

Das Jahr 2000 war von einer zunehmenden Paranoia bei den Behörden hinsichtlich der „kommunistischen Gesinnung“ der Parteikader und Beamten auf allen Ebenen der Regierung der Autonomen Region Tibet gekennzeichnet. Diese Personengruppe wurde besonders vielfältigen und ständigen Prüfungen in bezug auf ihre Loyalität zur kommunistischen Partei unterzogen. Es wurde nicht nur von ihnen erwartet, daß sie bei der Ausführung von Befehlen stets an vorderster Front stehen, sondern sie erfuhren durch genaue Beobachtung und ständige Überwachung auch drastische Eingriffe in ihre private Lebenssphäre.

Um den Brutalitäten der Chinesen zu entgehen und in den Genuß der Grundfreiheiten zu kommen, kämpfen sich Tausende von Tibetern jedes Jahr sogar in den härtesten Wintermonaten über den Himalaya. Der fortwährende Flüchtlingsstrom, der sich aus Tibet ergießt, um den heftigen Repressionen zu entfliehen, bestätigt die ständig gegen Peking wiederholten Vorwürfe wegen seiner eklatanten Mißachtung sowohl ratifizierter als auch unterzeichneter internationaler Abkommen, der eigenen chinesischen Gesetze und selbst der chinesischen Verfassung. Von den annähernd 2.660 Tibetern, die im Jahr 2000 ins Exil flohen, waren 900 Kinder unter 18 Jahren, 507 Frauen und 642 Mönche/Nonnen. Diese Flüchtlinge stellen eine fortlaufende Informationsquelle über die derzeitige Lage in Tibet dar. Trotzdem ist das TCHRD der Ansicht, daß die in diesem Bericht gebotene Information nur einen Bruchteil der wahren Situation im heutigen Tibet darstellt.

Ausmerzung von politischem Dissens

Das TCHRD dokumentierte 26 Verhaftungen über das Jahr 2000 - alle wegen politischer Aktivitäten, die als „Gefährdung der Staatssicherheit“ ausgelegt wurden. Mit der Revision des Strafgesetzes (*Criminal Procedure Law*) und der Neudefinierung des Strafbestandes „konterrevolutionäre Aktivität“ als „Gefährdung der Staatssicherheit“ hat Peking die anhaltende Praxis der willkürlichen Verhaftung zur Unterdrückung „subversiver Meinungen“ abgesegnet. In den meisten Fällen wurden Tibeter deswegen festgenommen, weil sie bei friedlichen Protesten mitmachten oder weil sie Bilder und Audiokassetten des Dalai Lama besaßen. Ebenso sehen sich Rückkehrer aus Indien strenger Überwachung und Kontrolle ausgesetzt. Sie gelten als Kollaborateure mit der „Dalai Clique“ und als Separatisten.

Erneut wurden Restriktionen über sie verhängt, was zur Entlassung von 29 Touristenführern und der vermutlichen Festhaltung von etwa 50 Schülern führte, die auf dem Rückweg von Schulen in Indien nach Hause waren.

Folter ist ein häufiges Vorkommnis in Haftzentren und Gefängnissen in Tibet, was zu vielen ernsten körperlichen und seelischen Verletzungen und sogar Todesfällen führt. Fast alle verhafteten Gefangenen wurden während ihrer Gefangenschaft irgendwann einmal entweder durch die Beamten des *Public Security Bureau* (Amt für Öffentliche Sicherheit) oder die Gefängniswachen oder oftmals durch beide brutal mißhandelt. Insgesamt 37 politische Gefangene sahen ihre Urteile verlängert, und neun von ihnen aus Kandze stammende Gefangene bekamen weitere 5 Jahre aufgebrummt.

Abb. 1 PSB-Haftzentrum von Kandze © TIN

Gewisse Strafmaßnahmen wurden eingeführt, um die Loyalität von tibetischen Kadern dem Pekinger Regime gegenüber zu testen. Diese schlossen ein Verbot jeglicher sichtbaren religiösen Ausübung und Zurückrufung ihrer Kinder aus den vom Dalai Lama in Indien betriebenen Schulen ein. „Beförderungsstop und Versetzung ohne Zögern“ wurden als Strafe für jene Kader und Regierungsangestellte genannt, die sich nicht unter eine Politik zwingen lassen wollten, welche nicht nur sie selbst, sondern auch das Leben ihrer Angehörigen und deren Zukunft beeinträchtigt.

Beschneidung der Religionsfreiheit

Drakonische Kampagnen mit dem Ziel der Vernichtung der besonderen kulturellen und ethnischen Identität der tibetischen Rasse wurden dieses Jahr von der Pekinger Regierung eingeleitet. Nicht nur über die religiösen Einrichtungen wurde scharfe Überwachung und Kontrolle ausgeübt, sondern auch über die „Kaderkontingente“ und die allgemeine Bevölkerung. Weil nun einmal Religion ein Hauptwesenszug der tibetischen Psyche ist, wird sie vom Staat als die Grundursache der „separatistischen Aktivitäten“ und Instabilität in Tibet angesehen.

Eine Razzia auf 18 Häuser von tibetischen Künstlern der in Lhasa ansässigen Tibetischen Operngesellschaft im Juni 2000 zur Beschlagnahmung religiöser Objekte, Altäre und Statuen zeigt deutlich Pekings Argwohn, der tibetische Nationalismus stünde in direktem Zusammenhang mit der religiösen und kulturellen Identität der Tibeter. Strenge Order wurde gegen die Begehung der traditionellen tibetischen Feste erlassen, besonders der Feiern zum Geburtstag des Dalai Lama.

Im Zuge der „patriotischen Umerziehungskampagne“ rückten die „Arbeitsteams“ in die Klöster vor, um die Mönche/Nonnen zu indoktrinieren. Die unendlich langen politischen Unterrichtsklassen ließen ihnen keine Zeit mehr zum Studium der buddhistischen Schriften und für Gebetszeremonien. Eines der Kernziele dieser Kampagne ist der Kampf gegen die tiefe Hingabe des tibetischen Volkes an den Dalai Lama und gegen den Einfluß der „Dalai Clique“.

Das Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie (TCHRD) verzeichnete als direkte Folge dieser „patriotischen Umerziehung“ 862 monastische Ausweisungen - darunter 147 Nonnen - im Jahre 2000. Damit ist die Gesamtzahl von Mönchen und Nonnen, die unter der Wucht dieser Kampagne aus ihren Institutionen ausgewiesen wurden, auf 12.271 angestiegen. Nonnen und Mönche machen etwa 73% der derzeit in Gefängnissen in Tibet eingesperrten und uns bekannten 451 politischen Gefangenen aus.

Kultivierung von chinesischem Überlegenheitsgefühl

Tibeter leiden weiterhin unter unfairer Behandlung auf den Sektoren der öffentlichen Vertretung, der Bildung, der Beschäftigung, des Wohnungs- und Gesundheitswesen. Darüber hinaus trägt die absichtlich verfolgte Politik der Bevölkerungsverlagerung von Chinesen nach Tibet zur weiteren Diskriminierung gegen Tibeter bei. Zeugnisse von Flüchtlingen lassen ein tief sitzendes Rassenvorurteil bei chinesischen Arbeitgebern erkennen, die automatisch Tibeter als „inkompetent und rückständig“ kategorisieren. Auf dem Beschäftigungssektor läßt sich allgemein sehen, daß Tibeter ganz automatisch untergeordnete Stellen haben und Chinesen die höheren Posten einnehmen. Unter solchen Umständen gaben viele Tibeter an, die einzige Methode, eine Stelle zu bekommen, sei durch Korruption und *guanxi* (Beziehungen zu Beamten). Ebenso ist die Diskriminierung bei den Löhnen weit verbreitet: Oftmals bekommen Tibeter für denselben Job Gehälter, die gerade die Hälfte und manchmal sogar noch weniger als die ihre chinesischen Kollegen betragen.

Die Struktur und die Finanzierung des Erziehungssystems heutzutage in Tibet sind auch in hohem Maße diskriminierender Natur angesichts der Tatsache, daß die staatlichen Mittel weitgehend auf den Aufbau von Schulen in Gebieten mit einem hohen Bevölkerungsanteil an Chinesen konzentriert werden. Einige Tibeter auf dem Lande wurden gezwungen, Erziehungseinrichtungen selbst zu finanzieren und auf ihre eigenen Kosten und zu bauen. Tibetische Kinder und ihre Eltern berichten, daß horrende Gebühren bezahlt werden mußten neben allerlei sonstigen Ausgaben, welche von den chinesischen Schülern nicht verlangt werden - ganz entgegen der Behauptung der chinesischen

Zentralregierung, die Volksschulbildung sei umsonst.

Tibeter sehen sich weiterhin enormer Diskriminierung im Wohnungswesen ausgesetzt. Benachteiligende Zuteilungsschemen garantieren den chinesischen Einwanderern, daß sie entweder gleich bei ihrer Ankunft in Tibet eine Wohnung erhalten oder ganz oben auf die Warteliste kommen. Um Platz für die neu ankommenden Chinesen zu schaffen, wurden viele tibetische Familien aus ihren traditionellen Heimen vertrieben, oder diese wurden abgerissen. Die so ihrer Wohnung Beraubten bekamen oftmals keine Entschädigung und mußten, oft nach langen Wartezeiten, gar noch horrende Mieten für neue Behausungen zahlen.

Die kommunistische Kontrolle erfaßt jede Gesellschaftsschicht, und die Tibeter haben heutzutage genauso wenig politische Meinungsfreiheit wie während der finsteren Tage der Kulturrevolution. Es gibt zwar eine gewisse Zahl an Tibetern, die innerhalb dieses Systems gehobene Stellungen innehaben, doch diese stellen nur eine symbolische Repräsentation dar und haben keine wirkliche oder effektive Entscheidungsbefugnis. Meistens fungieren diese Stellenbesetzungen nur als Marionetten für die Partei oder sie sollen den Anschein geben, daß Tibeter bei der Verwaltung ihres eigenen Landes mitbeteiligt seien.

Kontrolle über Frauen und Kinder

Die Berichte der Flüchtlinge beweisen, daß viele tibetische Frauen als Folge der aufgezwungenen und unsachgemäßen Verfahren zur Sterilisierung und Empfängnisverhütung bleibende Schäden erleiden oder gar sterben. Minderwertige Einrichtungen zur Gesundheitsfürsorge, Medikamente schlechter Qualität, und unqualifiziertes, medizinisches Personal haben zu einem miserablen Pflege- und Hygienestandard in den Krankenhäusern geführt. Enorme Geldstrafen werden für Mißachtung der Geburtenkontrollpolitik verhängt, und „über die Quote geborenen“ Kindern werden die Grundrechte auf Staatsbürgerschaft, Gesundheitsfürsorge und Ernährung verweigert.

Frauen, insbesondere Nonnen, werden immer noch verfolgt, wenn sie um ihr Recht auf Ausübung ihrer Religion in diesem System kämpfen. Viele werden aus ihren Klöstern ausgewiesen und dürfen keine religiösen Tätigkeiten mehr ausüben, während andere mit langen Haftstrafen belegt werden. Ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz der wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung inhaftierten Tibeter sind Nonnen.

Tibetische Kinder sind die Leidtragenden eines immer mehr diskriminierenden Erziehungssystems. Nicht nur mangelt es im Schullehrplan an tibetischem Lehrstoff, sondern an den meisten Schulen ist das Unterrichtsmedium auch noch Chinesisch. Darüber hinaus verhindern hohe Schulgebühren und untragbar weite Anmarschwege, daß die Schüler Zugang zu den wenigen zur Verfügung stehenden Einrichtungen haben. Mit der Einführung des Mindestalters für religiöse Einrichtungen bleibt den Kindern auch die monastische Erziehung verwehrt trotz ihres Wunsches, ihr nachzugehen.

Tibetische Frauen sehen sich doppelt benachteiligt, wenn es um die Beschäftigung geht. Viele junge Mädchen, die eine ernsthafte Arbeit suchen, landen in dem blühenden Gewerbe der Prostitution in den Stadtgebieten. Die Prostitution und die Krankheiten, die diese mit sich bringt, stellen einen ernsten und wachsenden Grund zur Besorgnis in Tibet dar.

Tibeter werden in die Verarmung getrieben

Es wird berichtet, daß über 70% der in der Autonomen Region Tibet (TAR) ansässigen Tibeter unter der Armutsgrenze leben. Probleme der Armut und der Grundfragen des Überlebens beherrschen heutzutage die Struktur des täglichen Lebens in tibetischen Gebieten. Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung sieht sich von den Problemen des Nahrungsmittelmangels, des Zugangs zu medizinischer Versorgung, Unterricht, Beschäftigung und Wohnung bedrängt.

Peking pocht ständig auf die Verbesserungen, welche die „Entwicklung“ in Tibet mit sich gebracht hätte. Im Namen der Entwicklung wird vom Staat einer riesigen Zahl von Chinesen Anreiz geboten, sich in Tibet niederzulassen. Ihr Dasein bedroht den Lebensunterhalt des tibetischen Volkes und stellt den Angelpunkt der von der Regierung beabsichtigten Integration der tibetischen Wirtschaft in die chinesische dar. Chinesische Immigranten dominieren inzwischen die tibetische Wirtschaft, und heutzutage befinden sich praktisch alle Geschäfte in Tibet in ihrem Besitz. Der von fünf Jahrzehnten chinesischer Herrschaft verursachte Schaden hat die „Entwicklung“ zu einer gebrandmarkten und kontroversen Angelegenheit gemacht.

Im Widerspruch zu Pekings offiziellen Angaben, von tibetischen Bauern und Nomaden würden keine Steuern erhoben, klagten in fast jedem einzelnen vom TCHRD mit Flüchtlingen durchgeführtem Interview die tibetischen Bauern und Nomaden ganz speziell darüber, daß sie von horrenden Steuern bedrückt wurden. Die Besteuerungspolitik betrifft fast jeden Aspekt der Existenzbestreitung - angefangen von Steuern auf jeden Einwohner gibt es weitere auf Vieh, Ernteerträge, Weideland, Tierhäute und Schulbildung. Obwohl es ein Recht auf Lebensunterhalt gibt, werden die Mittel dazu schwer eingeschränkt. Eindeutig fehlt jegliche Verantwortlichkeit oder Möglichkeit zur Beschwerde gegen die in den meisten Fällen harten, unfairen und diskriminierenden Steuern.

Weiterhin stellen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ernste Probleme in Tibet dar. Viele Tibeter aus Bauern- und Nomadenfamilien halten sich für beschäftigt in der Hinsicht, daß sie trotz ihres Wunsches, einem anderen Beruf

nachzugehen, eben helfen, das Vieh ihrer Sippe zu hüten oder sich zu niedrig bezahlten Bau- oder Forstarbeiten verdingen. Ihre Chance, die gebotenen Beschäftigungsmöglichkeiten wahrzunehmen, wird ernsthaft von den absichtlich in das System integrierten Ungleichheiten beeinträchtigt. Diese Unterbeschäftigung in Landbezirken erscheint um so brisanter, wenn sie in Zusammenhang mit Chinas geplanter Urbanisierung gebracht wird.

Empfehlungen

- Das TCHRD bittet internationale Gremien eindringlich, dafür zu sorgen, daß China den ICCPR = *International Covenant on Civil and Political Rights* (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte) und den ICESCR = *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights* (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) endlich ratifiziert und sofortige Schritte unternimmt, um die in diesen zwei Verträgen verankerten Rechtsnormen in seine nationale Gesetzgebung zu integrieren und sie auch in die Tat umzusetzen.
- Das TCHRD ersucht den Sonderberichterstatter für Rassismus, Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, Tibet zu besuchen und die Auswirkung der chinesischen Regierungspolitik auf das Erziehungswesen, die Beschäftigungslage, die öffentliche Vertretung, Gesundheit und Bildung zu begutachten, wo überall das tibetische Volk in Nachteil gesetzt wird.
- Das TCHRD fordert, daß die chinesische Regierung die Dimension und Reichweite des Begriffes „Gefährdung der Staatssicherheit“ in ihrem Strafgesetz klärt und definiert: In seiner gegenwärtigen zweideutigen Form wird er nämlich verwendet, um eine ganze Reihe von legitimen Rechten, darunter das Recht auf Redefreiheit und freie Meinungsäußerung zu unterdrücken.
- Das TCHRD fordert nachdrücklich die Freilassung aller politischer Gefangener, die von der chinesischen Regierung festgehalten werden, einschließlich derjenigen, die wegen Ausübung ihres Rechtes auf Rede- und Meinungsfreiheit eingesperrt sind.
- Das TCHRD verlangt, daß die Bediensteten aller Abteilungen des Sicherheitsdienstes ab sofort und für immer auf ihre Schlagstöcke verzichten. Der Elektroschock-Schlagstock, von dem Polizei und Gefängnispersonal oftmals auf brutale und erniedrigende Weise Gebrauch machen, wird insbesondere in der geschlechtsspezifischen Folterung von weiblichen Gefangenen eingesetzt.
- Unter Verstoß gegen alle internationalen Normen über die Rechte des Kindes hält die chinesische Regierung Gedhun Choekyi Nyima, den 11. Panchen Lama Tibets, seit Mai 1995 gefangen. Das TCHRD verlangt die sofortige Freilassung dieses jüngsten Gewissensgefangenen der Welt.
- Die inoffizielle Sanktionierung der Prostitution in tibetischen Wohngebieten trägt zu ihrem Zunehmen bei und steht im Widerspruch zu den in der VR China sonst geltenden Normen. Das TCHRD verlangt, daß die chinesische Regierung durch strenge Anwendung der Gesetze, welche Prostitution als illegal einstufen, für die Eindämmung dieses Übels in Tibet sorgt.
- Tibeter werden von einer harten und diskriminierenden inoffiziellen Steuerpolitik belastet. Das TCHRD fordert die chinesische Regierung auf, besonders für das landwirtschaftliche Tibet eine durchsichtigere Besteuerungspolitik zu schaffen, um ein realistisches System und eine Unterbindung des Machtmißbrauches durch die lokalen Behörden zu garantieren.
- Ausgehend von der Politik, welche in der von China mit dem UN Hochkommissariat für Menschenrechte in 2000 unterzeichneten Vereinbarung niedergelegt ist, bittet das TCHRD die chinesische Regierung, für Regierungsangestellte, Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Polizei- und Gefängnispersonal, Universitätsdozenten und Lehrer Ausbildungsprogramme in Menschenrechten zu organisieren.
- Das TCHRD ersucht die internationalen Gremien, welche sich mit der chinesischen Regierung zu dem „bilateralen Dialog“ über Menschenrechte eingelassen haben, zuzugeben, daß dieser bis zum heutigen Tag keine positiven Resultate gezeitigt hat, sondern andauernd nur benutzt wurde, um internationaler Überprüfung und Rechenschaft zu entgehen. Dieser unproduktive Prozeß sollte eingestellt werden.
- Das TCHRD ruft die chinesische Regierung auf, unverzüglich die Praxis der Entsendung von „Arbeitsteams“ in die religiösen Institutionen einzustellen und von allen Versuchen Abstand zu nehmen, Mönche und Nonnen zur Unterwerfung unter die in dem „patriotischen Umerziehungsunterricht“ propagierte Politik zu zwingen.

Kapitel 2: Politische Repression

Ausschaltung von politisch abweichenden Meinungen

Das überragende Interesse der chinesischen Regierung, die Stabilität des Staates gegenüber „spalterischen Kräften“ zu wahren, führte zu einer Reihe von weitreichenden Repressionen im politischen Bereich. Gegen jeden Akt und jede

Ansicht, die nur entfernt an tibetische Identität erinnern und daher eine potentielle „Bedrohung der staatlichen Stabilität“ und Herausforderung der Macht der chinesischen Führung darstellen könnten, wird mit aller Schärfe vorgegangen, in der Hoffnung, damit könne die „Einheit des Mutterlandes“ gesichert werden.

Die politische Unterdrückung auf dem tibetischen Hochland hielt im gesamten Jahr 2000 unvermindert an. Im Zentrum der Aufmerksamkeit lagen die „separatistischen Aktivitäten“ der tibetischen Bevölkerung, worunter sogar so harmlose und herkömmliche religiöse Zeremonien wie Verbrennung von Weihrauch oder das Aufstellen von Altären und Dalai Lama Bildern fielen. Bei den meisten offiziellen Äußerungen prominenter Politiker der „Autonomen Region Tibet“ („TAR“) in 2000 ging es um die Sorge der Regierung um die politische Stabilität.

Peking verhärtete seine Politik „spalterischen“ Aktivitäten gegenüber, was eine Intensivierung der Repression in ganz Tibet zur Folge hatte. Diese gegenwärtige Verschärfung der politischen Unterdrückung ist eine Auswirkung der chinesischen Regierungspolitik, wie sie deutlich in offiziellen Aussagen von chinesischen Spitzenpolitikern zum Ausdruck kommt. Bei der 7. Politischen Konsultativ-Konferenz des chinesischen Volkes (CPPCC) am 22. Mai 2000 erklärte Legchog, der Vorsitzende der Autonomen Region Tibet (Tibetan Autonomous Region): „... Regierungsangestellte sollen die lokale Bevölkerung und ihre Untergebenen anweisen, sich dem Separatismus zu widersetzen und den Dalai Lama zu bekämpfen. Man sollte sich eingehend mit dem Dalai Lama Problem beschäftigen, und jegliche Untergrundgruppen, die ihr Unwesen in Tibet treiben, müssen herausgefiltert und ausgetilgt werden“. Die Erklärung von Vize-Premierminister Li Langquing bei der darauf folgenden Sitzung der CPPCC (*Chinese People's Political Consultative Conference*) am 1. September 2000 macht deutlich, daß „Regierungsbeamte nicht nachlassen dürfen, hart gegen Spalteraktivitäten vorzugehen und die konterrevolutionären Akte des Dalai Lama zu bekämpfen. Darüber hinaus müssen die Arbeitsteams wie bisher die religiösen Einrichtungen aufsuchen, was erste Priorität genießen sollte, um den Frieden in Tibet zu gewährleisten.“

Die Stadt Lhasa erlebte auf eine offizielle Anordnung vom März 2000 hin eine Atmosphäre der Furcht und Einschüchterung. Darin wurde Kadern und Regierungsangestellten verboten, sich gegen die Ziele und Überzeugungen der Chinesischen Kommunistischen Partei zu stellen. Diese Verordnung rief Empörung bei tibetischen Kadern und Regierungsangestellten hervor, die gezwungen wurden, ihre Kinder aus Schulen im Exil zurückzurufen und religiöse Gegenstände aus ihren Häusern zu entfernen. Die Funktionäre des Kreises Toelung Dechen und Vorsteher verschiedener Gemeinden richteten im Juni 2000 hierzu eine besondere Prüfungskommission ein, welche den lokalen Bewohnern mit gerichtlicher Untersuchung drohte, falls das verbotene Photo des Dalai Lama bei ihnen zu Hause gefunden würde.

Abb. 2 Slogan auf einem Gebäude an der Yuthog Lam in Lhasa: „Sei gegen Korruption und Für Ehrlichkeit, für die Partei und das Volk“ © TIN

China bietet seinen Bürgern immer noch keinen Schutz vor willkürlicher Verhaftung und ungerechten Gerichtsprozessen. Die Einführung der Anklagerubrik „Gefährdung der Staatssicherheit“ in die überarbeitete Strafprozeßordnung (*Criminal Procedure Law* = CPL) erlaubt China nun, ganz legal seine Praxis der willkürlichen Festnahme zur Unterdrückung subversiver Meinungen fortzusetzen. Die Ausübung des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung - ein bei fast allen Inhaftierungen willkürlicher Art wiederkehrender Faktor - ist unter Art. 9 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung (*Universal Declaration of Human Rights* = UDHR) und den Richtlinien des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (*International Covenant on Civil and Political Rights* = ICCPR) gesetzmäßig garantiert.

Doch in dem unter chinesischer Kolonisation stehenden Tibet sind friedliche Meinungsäußerungen und Demonstrationen gegen die chinesische Politik, sowie der Besitz des verbotenen Dalai Lama Photos und der tibetischen Nationalflagge und das Bekenntnis zur „Dalai Clique“ allgemein Gründe für Verhaftung und Festnahme. 2000 wurden dem TCHRD 26 Fälle von Verhaftung, die als willkürlich einzustufen sind, bekannt.

Das 1994 in Peking stattgefundene „Dritte Forum für Arbeit“ legte das Fundament für den Kampf gegen die „separatistischen Aktivitäten“ in Tibet. Dabei kam es zur Ausarbeitung der Kampagne „Hartes Durchgreifen“, die vorsah, „einen totalen Krieg gegen die Dalai Clique“ zu führen. Das Forum hatte zur Folge, daß in verschiedenen Bereichen innerhalb der tibetischen Gesellschaft restriktive Maßnahmen getroffen wurden. Die Unterdrückung wurde nun auch auf ländliche Gebiete ausgeweitet, wo die „loyalen“ Kader mit einflußreichen Positionen belohnt wurden. „TAR“ Politiker betonten, die örtlichen Verwaltungsbeamten in ländlichen Gebieten seien der „Schlüsselfaktor für die Einigung und Führung der Massen bei einem gründlichen Kampf gegen Separatismus und bei der Stabilisierung der land- und viehwirtschaftlichen Gebiete“.

Die Justiz spielt eine gleich große Rolle bei der Intensivierung der Repression in Tibet. Der Oberste Volksgerichtshof der „TAR“ bemühte sich entschieden, gegen politischen Aktivismus „hart durchzugreifen“ und ging geschlossen und koordiniert vor, um die Kampagne mit „Donnerkraft und Blitzesgeschwindigkeit“ durchzuführen. Seit dem Start der Kampagne „Hartes Durchgreifen“ 1996 führten die Gerichtshöfe in ganz Tibet auf allen Ebenen die Prozesse mit

besonderem politischem Fanatismus.

Die Geißel der Folterung im Gefängnis kehrt als elementarer Bestandteil in allen Berichten von ehemaligen Gefangenen wieder. Zusätzliche Informationen, die uns 2000 von ehemaligen Insassen des Drapchi Gefängnisses über die Proteste vom Mai 1998 zugingen, enthüllen noch mehr darüber, wie die von der offiziellen Linie abweichenden Stimmen der Gefangenen durch Einzelhaft, wahllose Folterung und Urteilsverlängerung zum Schweigen gebracht wurden.

Auch die im Jahre 2000 aus dem Exil zurückkehrenden Tibeter sahen sich größeren Einschränkungen ausgesetzt, was zu der mutmaßlichen Festhaltung von 50 Schülern und der Kündigung von 29 tibetischen *tour guides* führte. Die Bewegungen von Rückkehrern aus dem Exil - die unter dem ständigen Verdacht der Beteiligung an politischer Unruhe stehen - werden genauestens durch das alles durchdringende chinesische Spionagenetz und das Verhörverfahren überwacht. Tibeter, die nach einer gewissen Zeit im Exil in ihre Heimat zurückkehren, haben keine Chance, eine staatliche Anstellung zu bekommen.

Tibetische Kader auf ihre Loyalität unter die Lupe genommen

Die chinesische Regierung nahm dieses Jahr unter tibetischen Kadern mittels verschiedener Zwangsmaßnahmen eine Säuberungsaktion auf „unpatriotische Elemente“ vor. Diese Untersuchungs- und Säuberungsstrategien - eines der fundamentalen Ziele in Pekings Kampf gegen das „Spaltertum“ - bedeuteten für die tibetischen Kader ein ideologisches Dilemma. Die Chinesen halten die Ausschaltung illoyaler Kader und die forcierte wirtschaftliche Entwicklung in Tibet für die zwei wirksamsten Waffen, um Unabhängigkeitsbestrebungen zu bekämpfen.

Um tibetische Kader auf ihre Loyalität dem Regime gegenüber zu prüfen, wird zu so harten Maßnahmen wie dem Verbot offener Religionsausübung und der Forderung, ihre Kinder von Schulen im Exil zurückzuholen, gegriffen. Die „Disziplin-Inspektionskommission“ des Parteikomitees der „TAR“ wies bei ihrer sechsten Generalversammlung vom 15. bis 17. März 2000 „alle Parteikader und Regierungsangestellten an, sich an die Weisungen zu halten, welche ihren Kindern das Studium an den vom Dalai Lama betriebenen Schulen verbieten“. „Ernsthaft abgerechnet würde mit denjenigen, die diese Vorschriften übertreten, was zur Folge haben kann, daß ihre Kinder sogar das Wohnrecht verlieren. „Beförderungsstop und rücksichtslose Versetzung“ wird als Strafe für jene Kader und staatlichen Angestellten genannt, die sich nicht an die Vorschriften der Kommission halten. Diese Strafmaßnahmen finden ihren Rückhalt in der auf dem Dritten Arbeitsforum formulierten Politik, welche große Betonung auf den Kampf gegen „zersetzenden Einfluß“ und auf die „Verbesserung der internen Administration“ legte. Andere bei dem Dritten Arbeitsforum konzipierte Strategien sehen vor, daß abtrünnige, ins Exil geflohene Kader aus der Partei ausgestoßen werden, und daß diejenigen, die ihre Rückkehr verzögern, ihre Jobs in der Partei verlieren.

Strenge Befehle wurden hinsichtlich der Begehung von traditionellen religiösen und kulturellen Festen, besonders der Geburtstagsfeiern des Dalai Lama am 6. Juli, erlassen. Zusätzliches Sicherheitspersonal (PSB = *Public Security Bureau*), Bewaffnete Volkspolizei (PAP = *People's Armed Police*) und andere regionale Sicherheitskräfte wurden an der Lingkhor Route stationiert, um die Bewegungen der Tibeter zu überwachen und zu protokollieren. Die Belegschaft verschiedener Regierungsämter und Schulen wurde gezwungen, den Chinesen bei der Identifizierung von staatlichen Angestellten und Schülern zu helfen, welche die verbotenen Umrundungen ausführten.

Sollten sich Parteimitglieder, Kader und Lehrer weiterhin an den „abergläubischen religiösen Aktivitäten“ beteiligen, werden sie „gemäß den Parteibestimmungen mit Geldstrafen belegt“. In dem Schreiben wurde auch eine Telefonnummer angegeben, wo die Leute ihre Mitbürger, die offen ihre Religion ausüben, denunzieren können. Nach inoffiziellen Berichten sollen in einigen Fällen bereits Geldstrafen bis zu mehreren hundert Yuan Personen verhängt worden sein, in deren Wohnungen Bilder des Dalai Lama entdeckt wurden.

Art. 39 der chinesischen Verfassung legt die Unantastbarkeit der Wohnung jedes Bürgers der VRC (Volksrepublik China) fest. Die ausgedehnten Razzien von 18 Wohnungen von Künstlern der Tibetischen Operngesellschaft in Lhasa im Juni 2000 stellen eine deutliche Verletzung dieser Klausel dar, wonach „illegale Durchsuchung von oder Eindringen in die Wohnung eines Bürgers verboten sind“.

Auf das erneute Verbot des Besuchs von Schulen im Ausland hin hörte man von der Rückkehr von mindestens 32 Schülern aus fünf verschiedenen Exilschulen. Während 22 dieser Schüler nicht verhehlten, daß der Grund für ihre Heimkehr die Bedrohung ihrer Familienmitglieder in Tibet gewesen sei, gaben nur zehn an, Briefe von ihren Eltern erhalten zu haben, denen zufolge sie unverzüglich zurückkehren müßten. Einer der Gründe, warum es Kadern verboten wird, ihre Kinder in die von der tibetischen Exilregierung geführten Schulen zu schicken, ist der Verdacht, die jungen Tibeter könnten von „spalterischen“ Ideen infiziert werden.

Dieses Jahr wurde auch von Eltern berichtet, die in verschiedenerlei Stellung für die chinesische Regierung arbeiten und nach Indien reisten, um ihre Kinder zurückzuholen. Die meisten dieser zurückgeholten Kinder sind Oberschüler, und manche von ihnen standen im letzten Schuljahr. Das jüngste Kind, das mitten im Schuljahr die Schule verlassen mußte, war ein achtjähriges Mädchen, das 1996 in eine Exilschule aufgenommen wurde. Im Alter von vier Jahren hatte es zu Fuß in einer Gruppe von Flüchtlingen den Himalaya überquert, um in eine tibetische Schule gehen zu können.

Weil sie ihre Familien nicht in Gefahr bringen möchten, trafen diese Schüler die schwere Entscheidung zur Rückkehr in eine ungewisse Zukunft. Sowohl Eltern als auch Schüler äußerten ihr Bedauern darüber, daß sie das Studium in Indien abbrechen mußten, insbesondere weil die Schüler in dem kolonialen Tibet nur noch äußert beschränkte

Aussichten auf weitere Schulbildung und Beschäftigung haben. Außerdem werden diese Schüler vermehrter Diskriminierung, Überwachung und Unterdrückung ausgesetzt sein, weil sie eine Zeit lang auf eine von der „Dalai Clique“ geführte Exilschule gegangen sind.

Vermehrte Restriktionen für Rückkehrer aus dem Exil

Tibeter, die irgendwann einmal Indien besucht haben, werden in ihrem Heimatland mit Mißtrauen behandelt und verdächtigt, mit den „Separatisten“ politisch in Verbindung zu stehen. Tibeter, die aus Indien zurückkehren, werden unweigerlich an der nepalischen Grenze zu Tibet festgehalten - allerdings für unterschiedlich lange Zeiten. In diesem Gewahrsam müssen die Festgenommenen unliebsame Verhöre hinsichtlich der Gründe ihres Indienaufenthaltes und ihrer weiteren Absichten über sich ergehen lassen.

Ihr weiteres Dasein in Tibet gleicht dann einer Art Gefangenschaft, ohne tatsächlich eingesperrt zu sein, denn willkürliche Überwachung und routinemäßige Ermittlungen gehören zum täglichen Leben dieser Rückkehrer. Selbst jugendliche Tibeter sind nicht ausgenommen von solcher Belästigung. Die Festnahme von 50 Schülern an der Grenze in diesem Jahr und die strenge Überwachung von Khenpo Jigme Phuntsok, dem Gründer des Ngarig Nangten Lobling Instituts in Sertha, Distrikt Golog, Provinz Qinghai, der 1993 eine Audienz beim Dalai Lama gehabt haben soll, sind Beispiele hierfür.

Andere Tibeter wie Gonpo Dhondup aus der Tibetisch Autonomen Präfektur (TAP) Ngaba, der an dem Kulturinstitut von Marthang tätig war, konnten der Haft entgehen und ins Exil fliehen. Der Musiker Gonpo floh zum zweiten Mal aus Tibet und erreichte Indien im März 2000. Zuerst flüchtete er 1996, als er in das *Tibetan Institute of Performing Arts* (TIPA) in Dharamsala eintrat. Gonpo kehrte später aus gesundheitlichen Gründen nach Tibet zurück, worauf er 12 Tage lang festgehalten wurde und etwa 6.000 Yuan (US$750) Bußgeld zahlen mußte. Trotz dieser Geldstrafe und Festsetzung wurde Gonpo auch weiterhin wegen seines Indienaufenthaltes und seiner ehemaligen Zugehörigkeit zur TIPA behelligt. Weil er diese ständige Belästigung nicht mehr aushalten konnte, floh er schließlich wieder nach Indien.

Der 23-jährige Palden Sangpo aus Kreis Kawasumdo, Tsolho TAP, Qinghai, wurde von der chinesischen Grenzpolizei verhaftet, als er im August 1999 von Indien nach Tibet zurückkehrte. Palden kam daraufhin in das Nyari Haftzentrum der Präfektur Shigatse, „TAR“, wo er immer noch ohne formelle Anklage festgehalten wird.

Eine weitere Arena der Diskriminierung, welche die Exil-Rückkehrer erwartet, ist der Arbeitsmarkt. Hier werden sie allein schon deshalb diskriminiert, weil das ihnen anhaftende, abfällige Etikett „Exil-Rückkehrer“ sie offiziell von jeder Stelle ausschließt. Vor einigen Jahren drückte dies ein hoher Regierungsbeamter in Lhasa in einer offiziellen Erklärung so aus: „Jene Absolventen der Dalai Clique Schulen, die auf Arbeitsuche nach Tibet gekommen sind, sollten streng kontrolliert werden; es darf ihnen nicht erlaubt werden, in der Partei oder der Verwaltung oder anderen wichtigen Abteilungen zu arbeiten. Diejenigen, die bereits eine Anstellung in Tibet gefunden haben, sollten überprüft werden und entsprechend unterschiedlicher Sachlage muß jeweils mit ihnen verfahren werden“. Die Entlassung von 29 tibetischen Fremdenführern aus der Reiseagentur der Präfektur Shigatse in Lhasa am 1. Juli 2000 entspricht ganz dieser Weisung. All diesen 29 *tour guides* war gemeinsam, daß sie ihre Ausbildung im Exil genossen hatten und nach Tibet zurückgekehrt waren.

Das im Juni 2000 in Lhasa eingerichtete Disziplinar-Überwachungssamt für „TAR“ Fremdenführer nahm bei 18 dem *China International Tourist Service* (CITS) in Lhasa unterstehenden Reisebüros gründliche Untersuchungen vor. Sonam Wangdue, einer der gefeuerten *guides,* der im Juli Nepal erreichte, erzählte: „Ein von der neuen Disziplinarabteilung für Reiseleiter entsandtes Inspektionskomitee führte bei verschiedenen Touren- und Reisebüros in Lhasa, die dem „TAR“ *International Tourist Service* unterstehen, strenge Nachforschungen durch. Ermittlungen wurden über unseren persönlichen Hintergrund erhoben, besonders hinsichtlich der Namen von Institutionen, an denen wir studierten und ob wir irgendeine persönliche politische Vergangenheit hätten. Wir wurden darüber hinaus auch in bezug auf unsere Kenntnis der Vorschriften für *tour guides* geprüft, und wir mußten Papiere zum Beweis unserer Referenzen vorlegen. 5 Tage vor den Geburtstagsfeiern des Dalai Lama wurden 29 von uns hinausgeworfen. Drei tibetische Absolventen von chinesischen Universitäten durften jedoch ihren Job als Fremdenführer behalten“.

Im Mai 2000 wurden angeblich über 100 chinesische *tour guides* eingestellt, was die Beschäftigungsmöglichkeiten für die tibetischen weiter reduzierte. Tibetische *guides* müssen eine politische Prüfung ablegen und ein Mittelschul-Abschlußzeugnis von einer chinesischen oder einer tibetischen Schule vorweisen. Die Behörden der „TAR“ brachten eine 13 Punkte umfassende Touristenführer-Verordnung heraus.

Machtmißbrauch

Die Neufassung der Strafprozeßordnung (CPL) Chinas gewährt den Vollstreckungsorganen einen größeren Raum für Machtmißbrauch. Unter dem § 60 dieses Gesetzes kann ein Verdächtiger bereits festgenommen werden, wenn „es Anhaltspunkte gibt, welche die Fakten des Verbrechens beweisen könnten“. Dies führte zur Verhaftung von Bürgern noch vor der Erlangung handfester Beweise, anstatt daß erst Beweismaterial zur Klarstellung der Hauptfakten des Verbrechens vorgelegt worden wären.

Das Gesetz verlängerte die Zeit der Voruntersuchungshaft von 7 auf 30 Tage. Darüber hinaus gibt es in der CPL Klauseln, welche der Polizei mehr Freiraum zur Inhaftierung von Verdächtigen vor dem Prozeß geben. Während dieser

Zeit des Polizeigewahrsams werden die „Verdächtigen“ am schlimmsten behandelt, und sie haben keine Aussicht, daß ihr Fall schnell von einer richterlichen oder entsprechenden Instanz angehört würde.

Ngawang Kyonmey, der im September 2000 entlassen wurde, verbrachte wegen seines politischen Engagements zwei Jahre in der Gutsa Haftanstalt, Lhasa. Jampel Sherab wurde wegen seiner Beteiligung an einer Unabhängigkeitsdemonstration am 27. September 1988 in Lhasa 18 Monate lang in Gutsa festgehalten. Keiner von beiden wurde jemals vor Gericht gestellt, und die Zeit ihrer Inhaftierung überschritt bei weitem die festsetzte Frist. Dies sind Beispiele dafür, wie die chinesische Regierung sowohl nationale als auch internationale Gesetze und die von ihr unterzeichneten UN Verträge grob mißachtet.

Festhaltung von Tibetern unter dem Verdacht der Beteiligung an politischen Aktivitäten sind überall gang und gäbe. Die Verdächtigen werden „lange Zeit in Untersuchungshaft festgehalten ohne Recht auf Kaution oder *habeas corpus*“. Urteile werden gefällt, obwohl das zur Verfügung stehende Beweismaterial nicht ausreicht, um eine Verurteilung zu rechtfertigen. Bangri Tsamtrul Rinpoche, der Leiter des Gyatso Khimlop Instituts in Lhasa, wurde im August 2000 festgenommen. Obwohl keine spezifischen Gründe für seine Festnahme vorgebracht wurden, nimmt man an, daß die von ihm geleitete Institution von Ausländern gefördert wurde und dies eine Hauptursache für den Verdacht auf politische Aktivitäten gewesen sei. Er wurde mit seiner Frau Nyima Choedon und 4 Angestellten der Schule, dem Englischlehrer Gadhe Gya (30), dem Tibetischlehrer Dawa Dhondup (35), dem Lehrer für Thangkamalen Gelek Nyima (30) und dem Chinesischlehrer Dawa (30) festgenommen. Obwohl diese 4 Lehrer entlassen wurden, heißt es, Bangri Rinpoche und Nyima befänden sich immer noch in der Gutsa Haftanstalt. Über ihren derzeitigen Zustand gibt es keine weiteren Informationen.

Politischen Gefangenen wird nicht nur das Besucherrecht verweigert, sondern den Angehörigen wird auch die Information vorenthalten, wo sich der Inhaftierte befindet. Dies bedeutet eine Verletzung der geänderten CPL, die fordert, daß Angehörige eines Inhaftierten innerhalb von 24 Stunden nach seiner Festnahme benachrichtigt werden. Ngawang Choephel, der Exilmusiker mit einem Hafturteil von 18 Jahren wegen „Spionage“, konnte 2000 zum ersten Mal nach seiner Verhaftung 1995 seine Mutter sehen. Sonam Dekyi hatte wiederholt um ein Treffen mit ihrem Sohn ersucht, aber alle ihre Petitionen wurden bis September 2000 abgewiesen. Sie flog nach Chengdu, Sichuan, wo sie kurz unter strenger Bewachung mit ihrem einzigen Sohn durch zwei Schichten von Maschendraht hindurch kommunizieren konnte. Sie durfte ihn nicht berühren und sah ihn nur zweimal, wobei jede Begegnung etwa eine Stunde dauerte.

Abb. 3 Festnahme von Dawala © TCHRD

Während der strafrechtlichen Verfolgung wird den politischen Gefangenen meistens das Recht auf Verteidigung vorenthalten, was den angeblichen juristischen Fortschritt, den die revidierte CPL gebracht haben soll, widerlegt. Das Recht auf Berufung ist ein weiterer Punkt, der im argen liegt. Während es zahlreiche Fälle von erfolgreichen Berufungen krimineller Gefangener gab, gibt es keinen einzigen solchen Fall bei den politischen.

Politische Gefangene in Tibet

Schon allein der Begriff „politischer Gefangener“ wird von den Chinesen nicht akzeptiert. Offiziell wird der Mythos aufrechterhalten, niemand könne nur wegen seiner Überzeugung oder Meinung inhaftiert werden. Diese Aussage steht jedoch im Widerspruch zu der fortgesetzten Gefangenhaltung von unseres Wissens nach 451 politischen Gefangenen, die alle wegen der Ausübung ihres Rechtes auf freie Meinungsäußerung eingesperrt wurden.

Obwohl die genaue Anzahl von Gefängnissen, Haftzentren und Einrichtungen zur „Umerziehung-durch-Arbeit“ auf dem tibetischen Plateau nicht zur Verfügung steht, läßt sich nicht bestreiten, daß es in jedem Distrikt Haftzentren gibt, in denen tibetische politische Gefangene für lange Zeiträume eingesperrt werden.

Das TCHRD dokumentierte im Laufe des Jahres 2000 die Festnahme von 26 Tibetern. Während die Umstände der Verhaftung und der Ort variieren mögen, haben sie doch alle etwas mit politischer Aktivität zu tun, die als eine „Gefährdung der Staatssicherheit“ erachtet wird. Festnahmen von Tibetern wegen Besitzes von Bildern oder Tonkassetten mit Reden des Dalai Lama sind allgemein üblich. Und dann gibt es die Fälle von Tibetern, denen angelastet wird, sie hätten tibetische Flüchtlinge ins Exil geleitet.

Der 22-jährige Tsewang aus der Gemeinde Karang, Autonomer Distrikt Salar, Provinz Qinghai, wurde anfänglich verhaftet, als PAP Offiziere ihn verdächtigten, er würde Flüchtlingen den Weg über den Himalaya weisen. Seine Wohnung wurde durchwühlt, wobei die Staatsdiener Photos des Dalai Lama, politische Flugblätter und Audiokassetten entdeckten. Es heißt, er würde in der „Beijing Road“ Polizeistation von Lhasa festgehalten.

Während Informationen über Inhaftierte offiziell sehr dürftig sind, was soweit geht, daß sogar die Identität und die Namen der Festgehaltenen unbekannt bleiben, besteht kein Zweifel, daß all diese Gefangenen wegen Ausübung ihres

fundamentalen Menschenrechts auf freie Meinungsäußerung eingesperrt wurden. Die Art und Weise dieser Ausübung verlagerte sich in letzter Zeit von Demonstrationen auf das Anbringen von Unabhängigkeitsanschlägen an sichtbaren Stellen in der Gemeinde, vor Kommunalbüros oder sogar in religiösen Einrichtungen. In letzteren gab es des öfteren solche Zwischenfälle, wenn sich die „Arbeitsteams“ einquartiert hatten. Fünf Mönche - Jamyang Tashi (28), Tenpa (35), Tsultrim Jinpa (25), Tsering Chonden (22) und Yeshi Nyima (25) - aus dem Kloster Thenthok klebten Plakate mit Aufschriften wie „Tibet ist unabhängig“ an, als am 1. Mai 2000 ein 30 Personen umfassendes „Arbeitsteam“ von dem Religionsbüro Chamdo ihr Kloster heimsuchte. Alle wurden in dem Kreishaftzentrum von Dzogang in der Präfektur Chamdo festgehalten.

Festnahme und Inhaftierung beim Versuch, ins Exil zu fliehen, ist ein weiterer üblicher Faktor der Repression in Tibet heutzutage. Während es unmöglich ist, die Anzahl der an der Grenze festgehaltenen Personen, die Tibet entweder verlassen oder wieder betreten wollen, genau zu verfolgen, steht fest, daß die Festgenommenen Vernehmungen, Schlägen und anderen Arten der Strafe ausgesetzt werden. Tashi, ein 27-jähriger Mönch von Kloster Tashi Cho-Gang, erreichte Indien im Juni 2000. Bei seinem ersten Fluchtversuch im Dezember 1999 wurde er für 3 Monate und 9 Tage in der Gutsa Haftanstalt eingesperrt.

Zuverlässige Quellen bestätigten die Verlängerung der Haftstrafen von 9 Tibetern im Jahre 2000 um weitere 5 Jahre. Der Grund für diese Strafmaßnahme ist nicht bekannt. Die 9 wurden am 31. Oktober 1999 während der Massendemonstration in der Gemeinde Kandze, Kandze TAP, Provinz Sichuan, festgenommen, bei der die Freilassung von Geshe Sonam Phuntsok, seines Gehilfen Sonam Choephel und eines weiteren Mönches namens Agya Tsering gefordert wurde. Diese neun Häftlinge wurden in der Ortschaft zur Schau gestellt, um anderen Tibetern mit ähnlichen Konsequenzen zu drohen. Geshe Sonam Phuntsok befindet sich immer noch in einem Gefängnis in Kreis Kandze.

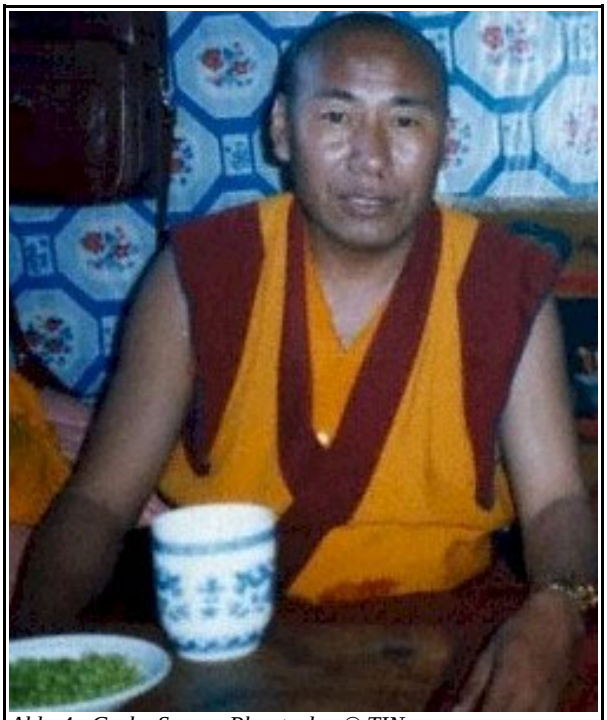
Abb. 4 Geshe Sonam Phuntsok © TIN

Neue Informationen über Urteilsverlängerungen der Drapchi Gefangenen auf den sensationellen Protest vom Mai 1998 hin gab es, als Phuntsok Wangchuk, der nach 5 Jahre im Drapchi Gefängnis am 16. Juni 1999 entlassen wurde, im Dezember 2000 Dharamsala erreichte. Er berichtet, 10 Mönche und 3 Nonnen hätten Haftverlängerungen bekommen. Jangchup Dolma, die zu ihrer ursprünglichen Strafe von 5 Jahren noch 6 weitere aufgebrummt bekam, ist nun die weibliche politische Gefangene mit der längsten Haftstrafe in der neuen *rukhag # 3.* Choying Kunsangs Aussage zufolge wurde Jangchup zur Last gelegt, als Anführerin an der Spitze des Protests im Mai 1998 gestanden zu haben, weshalb sie besonders hart bestraft wurde.

Zu den weiteren Verhaftungen dieses Jahr zählt die von Tashi Phuntsok, dem vorgeworfen wurde, in dem unter der Stadtverwaltung Lhasa stehenden Kreis Taktse während der Feiern zum Geburtstag des Dalai Lama am 6. Juni 2000 Plakate angebracht zu haben. Trotz offizieller Verbote erschienen in Kreis Taktse Plakate mit Slogans wie „Free Tibet“, „Tibet gehört den Tibetern“ und „Chinesen raus aus Tibet“. Nach einer Reihe von Ermittlungen zu dem Vorfall wurde Tashi von den PSB Kräften von Takste festgenommen. Sie fanden, Tashis Handschrift sei mit derjenigen auf den Plakaten identisch. Nichts ist bekannt über seinen jetzigen Festhalteort oder seinen Zustand.

8 Personen aus dem Kreis Sog in der Präfektur Nagchu wurden im März 2000 unter der Beschuldigung politischer Betätigung festgehalten. Fünf davon sind Mönche des Klosters Sog Tsendhen. In der Nacht des 17. März 2000 wurden Yeshi Tenzin (32) und Gyurmey (28) festgenommen und geschlagen, damit sie die Namen ihre „Komplizen“ preisgeben. Zwei Tage später wurden 3 Mönche, Tenzin Chowang (63), Namgyal Soepa (26) und ein nicht identifizierter Mönch, sowie 3 Laien, Diru Dadak (36), Tsering Lhagon (40) und Serpa Sichoe (80), im Büro des Geheimdiensts von Lhasa festgehalten. Seitdem fehlt jede Spur von diesen acht, noch durften ihre Angehörigen sie besuchen. Aus anderer Quelle war von der Verhaftung von 4 weiteren Personen (Khedrup, Thupten Tsering, Dhra Thutop und Yeshi aus Yong Nag) aus dem Kreis Sog zu hören. Die Umstände ihrer Festnahme sind zwar unklar, doch könnten sie mit den zuvor genannten Verhafteten in Verbindung gestanden haben. Von diesen vieren soll sich Khedrup im Lhasa Gefängnis befinden.

Trotz der ständigen offiziellen Beteuerungen, China sei ein atheistisch-marxistischer Staat, legt Peking merkwürdige Heuchelei in seinen Handlungen an den Tag. Einerseits sind den Tibetern religiöse Zeremonien und der Besitz sakraler Gegenstände verboten, während sich andererseits der Staat in die Ernennung reinkarnierter hoher Lamas einmischt. Viele Tibeter wurden im Zusammenhang mit ideologischen Konflikten um die Reinkarnationen festgenommen. Am 30. Dezember 1999 erklärten die Chinesen den Jungen Lodroe Gyatso (Laienname Sonam Gyatso) zur Wiedergeburt des 6. Rating Rinpoche. 8 Mönche des Klosters Rating wurden am 17. Mai 2000 unter dem Verdacht eines „Komplotts zur Ermordung des reinkarnierten Knaben“ verhaftet. Die Namen und Einzelheiten über die 8 Mönche stehen bis heute nicht zur Verfügung.

Die politische Unterdrückung der Tibeter ist auch ersichtlich an dem Entstehen neuer Anstalten zur „Umerziehung-durch-Arbeit“, der Erweiterung des Outridu Gefängnisses - jetzt Lhasa Gefängnis genannt - und eines Neubaus im Drapchi Gefängnis. Auf die Unruhen von 1998 in Drapchi hin schritten die Behörden umgehend zu Umbauarbeiten, um mehr Häftlinge in Isolierzellen unterbringen zu können. Außerdem begannen sie Umstrukturierungen im Gefängnis, um internationale Untersuchungen zu erschweren. Man hörte auch von einem neuen dreistöckigen Gebäude mit Balkonen, das möglicherweise der Unterbringung von zusätzlichem Sicherheitspersonal in Drapchi zur Verhinderung weiterer Störfälle dienen soll. Auch das Lhasa Gefängnis erfuhr seit 1997 einige bedeutsame bauliche Veränderungen, die eine annähernde Verdoppelung der Kapazität ahnen lassen. Anfang 2000 gab es mindestens 17 Zellenreihen, wogegen früher nur vier Zellblöcke gezählt wurden.

Dieses Jahr wurde auch über eine neue Anlage zur „Umerziehung-durch-Arbeit“ in dem Dorf Zethang, 10 km östlich von Chamdo, berichtet. Diese direkt der Strafvollzugsbehörde unterstehende Anstalt ist seit Januar 1998 in Betrieb, obwohl die Nachricht über sie erst dieses Jahr zu uns drang. Die Anlage umfaßt 30 Zimmer für je 6 Häftlinge und für 30 Wachen. Insgesamt 30 Häftlinge würden derzeit dort festgehalten, zwei davon aus politischen Gründen, die für jeweils 3 Jahre eingesperrt seien.

Die logistischen Schwierigkeiten, aus allen Ecken des chinesisch besetzten Tibets Informationen zu bekommen, bedeuten, daß manche Daten über Festnahmen in vergangenen Jahren erst jetzt ans Licht kamen. So erfuhren wir erst 2000 von der 1997 erfolgten Festnahme Lobsang Nyimas aus dem Kloster Pomda. Er wurde im September 1997 verhaftet, weil er sich geweigert hatte, die ihm von einem „Arbeitsteam“ vorgelegten Schmähschriften gegen den Dalai Lama zu lesen. Lobsang wurde zu 5 Jahren Haft verurteilt. Ähnliche Verzögerung gab es im Fall von Dawa Dorjee, der 1996 von dem Mittleren Volksgericht von Nagchu zu 18 Jahren verurteilt wurde, weil er Unabhängigkeitsplakate angebracht hatte. 1997 wurde er nach Drapchi verlegt.

Abb. 5 Ngaba Gefängnis in Sichuan © TIN

Mißhandlung in Haftanstalten

Beinahe alle Häftlinge erlitten im Verlauf ihrer Gefangenschaft irgendwann einmal schwere körperliche Mißhandlung entweder durch Kräfte des *Public Security Bureau* (Büros für öffentlichen Sicherheitsdienst) oder durch die Gefängniswachen - oder oftmals durch beide. Folter ist ein weit verbreitetes Vorkommnis in Haftzentren und Gefängnissen in Tibet und hat schon zu vielen Todesfällen geführt. Die Erpressung von Geständnissen durch Folter ist allgemein üblich, obwohl das chinesische Strafgesetz diese Art der Vernehmung verbietet. Faktisch bestraft das Gesetz diejenigen, die Geständnisse erpressen, hart, was § 43 der CPL bekräftigt. Diese gesetzlichen Garantien werden jedoch deutlich mißachtet bei dem ständigen Einsatz der Folter als Mittel, um die Häftlinge einzuschüchtern, gewaltsam Informationen aus ihnen herauszuholen und sie zu kränken.

Die Gefängnisleitungen scheinen sich in der Ausübung dieses „barbarischen“ Privilegs zu gefallen. Die Gefängnisbeamtin Pema Bhuti, die fast in allen Berichten ehemaliger weiblicher politischer Gefangener vorkommt, ist berüchtigt für ihr unstillbares Verlangen, die Nonnen zu schlagen und zu bestrafen. Ehemalige Insassen von *rukhag # 3* des Drapchi Gefängnisses sagen, der bloße Gedanke an ihre Bösartigkeit lasse sie erschauern. Von einer einfachen Gefängniswärterin hat sie es dank des „außerordentlichen“ Mißbrauchs ihrer Macht bis zum Posten der Chefin von *rukhag 3* gebracht. Die eingesperrten Nonnen pflegt sie mit *dumo* („böser Geist“) anzureden.

Zwei politische Gefangene starben während des Jahres 2000 in der Haft. Obwohl die wirkliche Todesursache oft wegen Informationssperre nicht einmal den Angehörigen der Verstorbenen mitgeteilt wird, besteht kein Zweifel, daß der häufige Gebrauch, der von der Folter und Mißhandlung gemacht wird, für den Tod der politischen Gefangenen verantwortlich ist. § 4 der im März 1990 in Kraft getretenen Bestimmungen für Haftzentren der chinesischen Regierung zufolge sind Schläge und verbale Beschimpfung, körperliche Züchtigung und Mißhandlung von „Straftätern“ alle streng verboten. Tatsächlich gibt es aber niemanden in einem tibetischen Gefängnis, bei dem Gefangene sich über Mißhandlung beklagen könnten. Aus den Aussagen ehemaliger politischer Gefangener geht deutlich hervor, daß solche häufigen und brutalen Akte von Folterung und verbaler Beschimpfung einfach zum chinesischen System der Vernehmung politischer Gefangener gehören. Das Vorkommen von Todesfällen in Haft beweist, wie grausam die Foltermethoden sind.

China verpflichtete sich, die Klauseln der Konvention gegen Folter (*Convention against Torture* = CAT), die es am 4. Oktober 1988 ratifizierte, zu respektieren. Damit ging es die Pflicht zur Ergreifung von legislativen, administrativen, juristischen und anderen Maßnahmen ein, um Akte der Folterung auf jedem ihm unterstehenden Territorium zu verhindern. Erst im Mai 2000 beteuerte Quio Zong Zhun, der chinesische Vertreter bei einer Sitzung von CAT, daß die „chinesischen Staatsorgane die Bestimmungen der Konvention respektierten und ihnen gemäß handelten“, und daß „der Staat sein Bestmögliches unternimmt, um die Anwendung von Folter und anderer unmenschlicher und erniedrigender Behandlung von Gefangenen zu verhindern“.

Die den politischen Gefangenen von dem Sicherheitspersonal verabreichten Schläge strafen diese Aussage der chinesischen Regierung hinsichtlich der Einhaltung der Konvention jedoch Lüge. Zwei politische Gefangene aus dem Drapchi Gefängnis, Lobsang Wangchuk (ein Mönch des Klosters Gaden, der im Mai 1995 verhaftet und zu 10 Jahren Haft verurteilt worden war) und Khedrup (ein 26-jähriger Mönch aus Kloster Gaden, der im August 1994 wegen einer Demonstration festgenommen und zu 5 Jahren Haft verurteilt worden war) wurden Opfer einer solchen Mißhandlung im Gefängnis, die innerhalb von Tagen zu ihrem vorzeitigen Tod führte. Beide Mönche wurden während der Mai-Proteste in Drapchi brutal mit Eisenstangen geschlagen. Unter Schlägen wurden sie mit straff auf dem Rücken gefesselten Händen aus ihren Gefängniszellen gezerrt und in Isolationszellen gesetzt. Obwohl beide ernste Verletzungen davontrugen, wurde ihnen sofortige medizinische Hilfe verweigert, was ihren Zustand noch verschlechterte. Zwei Tage später wurde Lobsang Wangchuk, als sein Zustand hoffnungslos geworden war, in ein Spital gebracht, aber auf dem Weg dorthin erlag er seinen Verletzungen. Mitgefangene sahen einen Augenblick Khedrup, wie er am 17. Mai mit in Schellen gelegten Händen und Beinen zur Vernehmung hinausgebracht wurde. Er starb Ende Mai in der Einzelhaft.

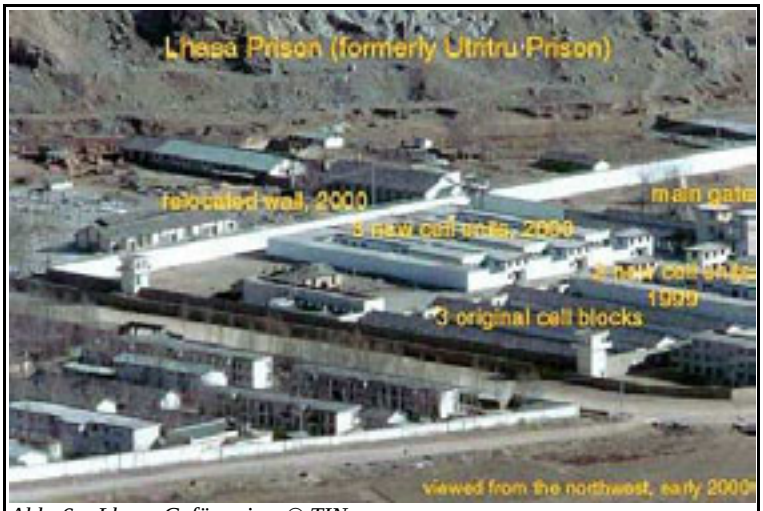

Abb. 6 Lhasa Gefängnis © TIN

Im Februar 1999 beteuerte die chinesische Regierung dem UN Sonderberichterstatter über Gewalt gegen Frauen fälschlicherweise, im Mai 1998 hätte es überhaupt keine Proteste in Drapchi gegeben. Im April 2000 lieferte Choeying Kunsang einen genauen Bericht über die Vorfälle in Drapchi und die Ereignisse, die am 7. Juni 1998 zum Tod ihrer Freundin und Mitgefangenen Dekyi Yangzom und 4 anderer Nonnen führten. Choeying zufolge kam Dekyi „am ganzen Körper schwarz-blau geschlagen und kaum mehr fähig zu gehen“ zurück. Sie sagte Choeying, die Gefängniswärter hätten ihr einen Elektroschlagstock auf die Brüste und Wangen gestoßen und diesen dann in ihre Vagina gesteckt. Am nächsten Tag wurde Dekyi zusammen mit den anderen Gefangenen einer kollektiven Bestrafung unterzogen, was ihren Zustand noch verschlimmerte. Choeying sah sie zuletzt am 13. Mai 1998.

Diese Frauen erleiden nicht nur schwere Verletzungen der Menschenrechte, indem sie von einem höchst dubiosen Rechtssystem wegen der friedlichen Äußerung ihrer religiösen und persönlichen Überzeugung inhaftiert werden, sondern als Insassen der Haftanstalten erfahren sie auch ständig barbarische Ungerechtigkeit und Brutalität. Dies offenbart eine krasse Mißachtung der Rechte, Würde und Gesundheit von tibetischen Frauen.

Abb. 7 Paramilitärisches Trainingsgelände, Lhasa Gefängnis © TIN

Im Mai 2000 war in einer von der chinesischen Delegation bei dem UN Komitee gegen Folter in Genf gemachten Erklärung viel die Rede von der humanitären Behandlung und besonderen Rücksichtnahme, welche Gefangenen in Tibet zuteil würde. So hieß es etwa: „Besondere Rücksicht wird auf die Lebensweise und die jeweiligen Sitten der Gefangenen ethnischer Minderheiten genommen“, oder: „Große Aufmerksamkeit wird den Charaktereigenarten und besonderen Eigenschaften der verschiedenen ethnischen Gruppen bei der Gestaltung der Erziehungs- und Erholungsprogramme für Insassen ethnischer Minoritäten geschenkt“. Alleine schon die Behauptung der „besonderen Rücksicht“ auf kulturelle Bräuche ist leicht widerlegbar, während die Floskel über die „kulturellen und Erholungsprogramme für die Insassen“ geradezu lächerlich ist. Auch die Verabreichung von Folter wurde geleugnet in Behauptungen wie: „Die Gefängnisbehörden führen die Gefängnisse und beaufsichtigen die Gefangenen in strenger Einhaltung der Grundsätze der rigorosen, zivilisierten, wissenschaftlichen und direkten Überwachung und Kontrolle von Häftlingen gemäß dem Gesetz“. Es gebe keine Diskriminierung oder Mißhandlung von Gefangenen, hieß es weiter. Deren „legitime Rechte werden voll geschätzt. Und sie werden menschenfreundlich behandelt“.

Am 1. Mai 1998 wurden nach der anfänglichen, drei Stunden währenden Verabreichung von Schlägen 16 Nonnen von der neuen *rukhag # 3* abgeführt und in Isolationszellen gesperrt. Drei von ihnen erfuhren Verlängerungen ihrer

Haftstrafen, die übrigen blieben 7 Monate lang bis Dezember 1998 in der Einzelhaft. Die dieses Jahr von Choeying und anderen Gefangenen der neuen *rukhag # 3* gelieferte Information widerlegt die ständige Phrasendrescherei der chinesischen Regierung.

Bei einer durchschnittlichen Haftzeit in 2000 von 8 Jahren und 11 Monaten für weibliche Gefangene fordern diese Akte von Brutalität einen ernsten und gegebenenfalls langfristigen Tribut an der physischen und psychischen Gesundheit der Häftlinge. Selbst scheinbar kleinere Übel sind so angelegt, daß sie sich äußerst entkräftend auswirken sollen. Im Winter etwa ersetzen Arbeitsprogramme das Nachmittagsexerzieren, aber sogar dieses scheinbar humanere Regime soll den Häftlingen zum Nachteil gereichen. Da die Frauen Befehl haben, aus Vlies eine festgesetzte Menge Wolle zu spinnen, müssen sie auf Schlaf verzichten, um die extrem hohen Quoten zu erfüllen. Solch eine Schinderei fügt dem psychischen Wohlbefinden der Gefangenen dauerhaften Schaden zu.

Nichts Ungewöhnliches ist es, daß Gefangene während oder nach ihrer Entlassung ernste physische und psychische Störungen erleiden. Berichte über Gefangene mit gestörtem psychischem Gleichgewicht nehmen zu. Jangchup Dolma ist nun wegen der wiederholten Mißhandlung, deren Opfer sie im Gefängnis wurde, klinisch irrsinnig geworden. Nach dem Drapchi Gefängnisprotest wurde Dolma drei Monate lang in Einzelhaft gesperrt. Wegen der in Drapchi erlittenen Folterung hat sie nun Magengeschwüre und Nierenschmerzen. Als sie einmal die Gefängnisaufseher wegen einer Gefährtin ansprach, die in Einzelhaft abgeführt wurde, weil sie „so bös dreingeschaut hatte“, wurde sie sechs Stunden lang schwer geschlagen. Danach wurde sie wegen ihres unverblümten Benehmens und mangelnden Respekts für die Aufseher immer wieder gepeinigt. Sogar banaler Dinge wegen wurde sie ständig zur Rede gestellt und bestraft, bis sie schließlich den Verstand verlor.

Die Bestimmungen in § 22(2) der Standard Minimumregeln für die Behandlung von Gefangenen, welche fordern, daß „kranke Häftlinge, die Behandlung durch einen Spezialisten erfordern, in dafür geeignete Institutionen oder zivile Krankenhäuser verlegt werden müssen“, werden in den meisten Fällen der krank daniederliegenden Gefangenen in eklatanter Weise ignoriert.

Auf die Drapchi Proteste hin erhielt Choekyi Wangmo (eine weitere Nonne neben Ngawang Sangdrol, deren Urteil wegen des Vorfalls verlängert wurde) 18 Monate Verlängerung ihrer Haftstrafe und wurde schwer geschlagen. Es heißt, sie sei daraufhin verrückt geworden. Die Gefängnisleiter beschuldigten sie jedoch, nur „verrückt zu spielen“ und steckten sie sechs Monate lang in Einzelhaft, wo sie zusätzlich regelmäßig geschlagen wurde. Zu keinem Zeitpunkt erhielt sie ärztliche Hilfe. Choekyi Wangmo wurde am 31. Dezember 1999 aus Drapchi entlassen und lebt nun in der Obhut ihrer Angehörigen. Sie kann diese aber nicht einmal erkennen, weil sie durch die schrecklichen Schläge ihr Gedächtnis eingebüßt hat. Sie trug viele Verletzungen und Narben davon, ist geistesgestört und stolpert ständig über Gegenstände oder stößt irgendwo an, so daß sie der ständigen Pflege und Beaufsichtigung ihrer Familie bedarf.

Den Beschreibungen der weiblichen politischen Gefangenen über die Lage im Gefängnis ist voller Glaube zu schenken, denn die vielen politischen Gefangenen, die im Laufe des Jahres 2000 im Exil eintrafen, erzählen alle unabhängig voneinander ähnliches. Weiterhin werden ihre Aussagen durch viele analoge Berichte, die über die Jahre bei uns eingingen, erhärtet. Diese überwältigenden Zeugnisse stehen in krassem Widerspruch zu der 2000 von Lobsang Geleg, einem ehemaligem Gefängniswart von Drapchi und dem derzeitigem Chef der Gefängnisaufsichtsbehörde der „TAR“, aufgestellten Behauptung: „Wir haben die grundlegenden legitimen Rechte durch ein gesetzmäßiges und kultiviertes Management und mittels vielfältiger Überwachungsmethoden sichergestellt, so daß es in den letzten Jahren keine Fälle gab, wo die Rechte von Häftlingen verletzt worden wären“.

Einige politische Gefangene sind während der Behandlung gestorben, weil ihr Zustand infolge der Schläge und anderer Folterungen bereits sehr kritisch war. Die erst im Jahre 2000 eingegangene Information über den Tod von Jamyang Thinlay im Januar 1997 bestätigt, daß er durch die Wärter der Haftanstalt Chamdo schwer geschlagen wurde. Schließlich brachten sie ihn in ein öffentliches Spital in Chamdo, wo der erst 28-jährige Thinlay drei Tage später seinen Verletzungen erlag. Es gibt viele Fälle von politischen Gefangenen, die kurz nach ihrer Entlassung starben. Beispielhaft ist der von Ngawang Jinpa (ein am 6. Mai 1996 verhafteter und zu 12 Jahren Haft verurteilter Mönch vom Kloster Gaden), der nach seiner vorzeitigen Entlassung am 14. März 1999 aus medizinischen Gründen binnen eines Monats starb.

Norzin Wangmo, einer ehemaligen politischen Gefangenen, die 1999 ins Exil floh, zufolge „händigten die Gefängnisleiter oftmals die Leiche eines Gefangenen, wenn sie schwere Zeichen von Mißhandlung trägt, nicht den Angehörigen aus, was bedeutet, daß diese die Bestattungsriten nicht ausführen können“. Sholpa Dawa, ein 60-jähriger Schneider aus Lhasa, starb am 19. November 2000 im Gefängnis. Es heißt, nur wenige Tage vor seinem Tod sei er kurz zu einer Untersuchung in ein Spital in der Stadt Lhasa gebracht worden. Sein Körper wurde offensichtlich nicht der Familie zur Ausführung der letzten buddhistischen Riten übergeben.

Es ist nicht verwunderlich, daß sich die Gesundheit von politischen Gefangenen im Laufe ihrer Inhaftierung verschlechtert. Nur selten haben sie Zugang zu medizinischer Behandlung, was ehemalige politische Gefangene den Gefängnisbehörden am meisten vorwerfen. Nicht nur wird ihnen bei weniger schweren Erkrankungen und Verletzungen Medikation und Behandlung verweigert, sondern auch ernste Fälle werden ignoriert und durch weitere Mißhandlung und Unterernährung noch verschlimmert. Die Vertreter des Staates sehen sich erst zum Handeln veranlaßt, wenn ein Gefangener dem Tode nahe ist, und dann ist es meistens zu spät.

Berichte lassen schließen, daß Frauen nicht einmal die banalsten sanitären Artikel und die Möglichkeit zum Waschen erhalten. Der australische Senator Bob Brown veröffentlichte einen Bericht über seinen inoffiziellen Besuch vom November 1999 in Tibet, in dem steht: „Eine junge Nonne wurde in einem tibetischen Gefängnis einer Bauchoperation,

vermutlich gynäkologischen Charakters, unterzogen, ohne daß ihr der Grund dafür gesagt wurde. Die Folge war eine fortschreitende und offensichtlich irreversible Verschlechterung ihrer Gesundheit. Als ein ehemaliger Arzt bin ich entsetzt über die Einzelheiten dieses Falles“.

Abb. 8 Lundrup Monlam © TCHRD

Ehemalige Insassen legten die Gründe für ihre Abneigung gegen ärztliche Behandlung dar. Lhundup Monlam, ein ehemaliger politischer Gefangener, sagte, in Drapchi existiere zwar eine Krankenstation, aber meinte: „Ich ging nicht dorthin, weil sie nur abgelaufene Medikamente ausgaben. Überhaupt verordneten sie nur eine Art von Medizin, ob man nun erkältet war oder Kopfweh hatte. Den politischen Gefangenen wurde einfach keine richtige Arznei verabreicht.“

Eine der vielen negativen Folgen des Drapchi Protestes ist die Beschneidung der Kommunikationsmöglichkeiten für politische Gefangene. Während nicht-politische Gefangene weiterhin Briefe empfangen können, ist für die politischen nun Schluß damit. Dies ist ein deutlicher Verstoß gegen die „Standard Minimum Regeln für die Behandlung von Gefangenen“, die vorsehen, daß Gefangene „unter der nötigen Aufsicht mit ihren Angehörigen und Freunden guten Rufes in regelmäßigen Intervallen durch Korrespondenz oder durch den Empfang von Besuchen kommunizieren dürfen“ (Art. 37). Auch sind in jeder Zelle Überwachungskameras und Abhörwanzen angebracht.

Es gibt auch Fälle, wo die politischen Gefangenen zusammen mit den kriminellen gehalten werden, damit letztere sie bespitzeln sollen. Und diese werden großzügig belohnt, wenn sie irgend etwas in Erfahrungen bringen und gescholten, falls es ihnen mißlingt. Das führt dazu, daß nicht-politische Gefangene irgendwelche Geschichten erfinden, um entweder belohnt zu werden oder Repressalien zu entgehen.

Der Fall von Tseyang und ihres tragischen Todes im Alter von nur 15 Jahren ist ein typisches Beispiel. 1995 wurde Tseyang zu 6 Jahren in der alten *rukhag # 3* des Drapchi Gefängnisses verurteilt und zusammen mit anderen weiblichen politischen Gefangenen eingesperrt. Die berüchtigte Pema Bhuti, Chefin der Einheit drei, beauftragte sie, die gefangenen Nonnen zu bespitzeln. Tseyang wurde in solch einem Maße unter Druck gesetzt, daß sie im Winter 1995 Selbstmord beging (Tseyang hatte versehentlich eine alte Frau beim Spielen mit einem Stein getroffen, was deren Tod herbeiführte. Sie kam ins Drapchi Gefängnis, wo die Aufseher ihr auferlegten, die Insassen von *rukhag 3* auszuspionieren. Tseyang, eine Waise, schloß Freundschaft mit den politischen Gefangenen, die Essen und Kleidungsstücke, die ihnen von Besuchern mitgebracht wurden, mit ihr teilten. Ständig wegen Information belästigt und mit Urteilsverlängerung bedroht, falls sie keine liefern könne, erhängte sie sich schließlich an ihrem Bettgestell).

Kapitel 3: Beschneidung der religiösen Freiheit

Die Chinesen übten das gesamte Jahr 2000 harte staatliche Kontrolle über die Religion aus, weil ihrer Meinung nach Religion die Instabilität, den Separatismus und die Subversion fördert. Das massive Vorgehen der Behörden, welches die Ausschaltung des Einflusses des religiösen Glaubens bei den Tibetern zum Zweck hat, beeinträchtigte die Ausübung der Religion auf vielerlei Weise. Neue und noch drakonischere, auf die Vernichtung der besonderen kulturellen und ethnischen Identität des tibetischen Volkes gerichtete Kampagnen wurden dieses Jahr vom Stapel gelassen, angefangen von den aggressiven Anti-Dalai-Lama Hetzkampagnen und den Einschränkungen für „Kader Kontingente“, religiöse Rituale auszuführen, bis zur verstärkten Kontrolle und Überwachung der religiösen Institutionen. Es gab eine neue Welle von Vorschriften, welche die Klöster noch häufigeren Inspektionen und Kontrollen aussetzt.

Abb. 9 Polizei bewacht Pilger beim Gebetsfest © TIN

Chen Kuiyan (der bisherige Parteichef der „TAR“), Raidi (der zweite kommunistische Parteisekretär der „TAR“) und Guo Jinlong (der neue Parteichef) schrieben am 20. April 2000 anläßlich einer Arbeitssitzung zu Tibet in Chengdu, Sichuan, die allgemeine Instabilität und die Disharmonie in Tibet ausschließlich der Religion und dem Dalai Lama zu. Sie schmähten ihn, Spiritualität zu einem Werkzeug der Opposition gegen die chinesische Regierung zu machen.

Das interne Protokoll der Sitzung, das im Juni unter der Hand herumgereicht wurde, fordert alle betreffenden Politoffiziere in der „TAR“ auf, die Gesetze, welche die Teilnahme an religiösen Riten einschränken und den Leuten den Besitz oder das Aufstellen von Bildern des Dalai Lamas oder Hausaltären verbieten, rigoros durchzusetzen. Diese Maßnahmen bezwecken, die buddhistische Religion aus dem Horizont Tibets auszulöschen. Das Chengdu Dokument prangert weiterhin das Ritual des *sangsol* (Räucheropfer) am dritten Tag des tibetischen Neujahres und dem Geburtstag des Dalai Lama im Juli in der Nähe der Kuru Brücke in Lhasa an und bezeichnet es als illegal. Die

Behörden haben Anweisung, solche traditionellen Bräuche in Zukunft zu unterbinden.

Während der dritten Sitzung des siebten CPPCC (*Chinese People's Political Consultative Congress*), die am 10. Mai 2000 in der „TAR" stattfand, stellte Dongbu Tsering Dorje fest: „Die Auslöschung des religiösen Glaubens, der sich in unserer Empfindsamkeit und unseren Marotten manifestiert, ist eine wichtige Verantwortung für uns".

Die nicht kleinzukriegende religiöse Tradition Tibets, die dem kommunistischen China ein permanenter Dorn im Auge ist, gilt in den tibetischen Regionen der VR China als eine Quelle von Instabilität und „spalterischer" Aktivität. Die chinesische Antipathie gegen den tibetischen Buddhismus ist auf die übergroße Sorge um die nationale Einheit und Identität zurückzuführen, denn die Religion ist ein wesentliches Element der tibetischen Psyche. Die religiöse Praxis *per se* wird von den Chinesen als ein Hindernis für die wirtschaftliche „Entwicklung" der Region erachtet, und die Mönche werden heftig kritisiert, weil sie nichts zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die grundlegende politische Haltung der Partei in Sachen Religion wird von der Rede Präsident Jiang Zemins von 1999 über die korrekte Umsetzung der Religionspolitik der Partei, die Handhabung der religiösen Angelegenheiten gemäß dem Gesetz und die Anpassung an die sozialistische Gesellschaft als der „dreifachen Lösung zum Umgang mit religiösen Problemen" reflektiert.

In ihrem Weißbuch „Die Entwicklung der tibetischen Kultur" erklären die Chinesen, daß „der Staat die Rechte der Tibeter und anderer ethnischen Gruppen in Tibet, ihr Leben zu gestalten und gesellschaftlichen Aktivitäten gemäß ihrer Tradition nachzugehen, schützt und ihre Freiheit auf normale Religionsausübung und die Begehung der großen religiösen und Volksfeste respektiert. Die zentrale Volksregierung und die Regierung der TAR betonten schon immer den Schutz der Freiheit der religiösen Überzeugung und der normalen religiösen Praxis des tibetischen Volkes." Im Gegenteil dazu besagt eine Anfang Mai von dem Chef der „TAR" Volksregierung Legchog vor dem Volkskongreß der „TAR" gemachte scharf formulierte Erklärung, daß die Staatsorgane der „TAR" weitere Pläne zur Straffung der Kontrolle religiöser Aktivitäten schmieden.

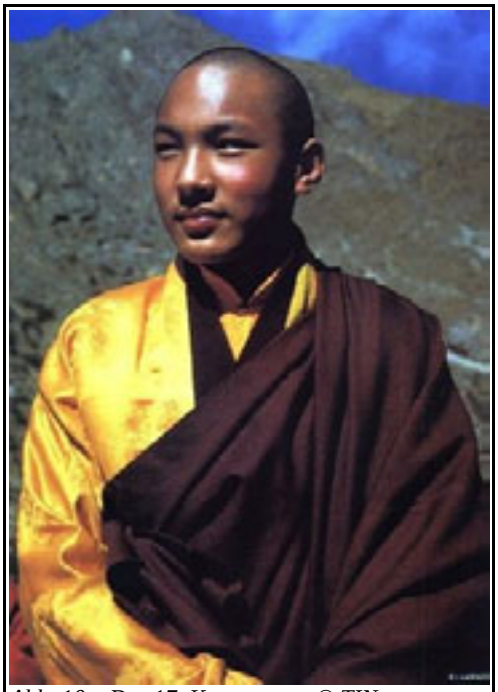

Abb. 10 Der 17. Karmapa © TIN

Tausende von Tibetern fliehen weiterhin jedes Jahr aus Tibet. Der prominenteste unter ihnen war im vergangenen Jahr der 17. Karmapa, Orgyen Trinley Dorjee. Bisher wurde er als eine wichtige pro-chinesische religiöse Persönlichkeit herausgestellt, denn außer vom Dalai Lama wurde er ja auch von der chinesischen Regierung anerkannt. Die heimliche Flucht dieses profilierten tibetischen religiösen Führers in den letzten Tagen des 20. Jahrhundert ist eine peinliche Angelegenheit für die chinesische Regierung, deren anfängliche Erklärung für die Flucht lautete, er hätte sich nach Indien begeben, um dort Ritualgegenstände zu holen. Nach dem dramatischen Ausbruch des 14-jährigen Karmapa in die Freiheit führten ausgedehnte Ermittlungen und Vernehmungen zu einer Serie von Festnahmen in der Gegend von Kloster Tsurphu, dem traditionellen Sitz der Karmapas in Tibet.

Die chinesische Regierung hat noch nie die wahre Kraft des Glaubens der Tibeter an ihre Religion, an die Institution der Dalai Lamas und an die Echtheit ihres historischen Anspruchs auf eine eigene Nation begriffen. In einem internen offiziellen Dokument, das im Juni 2000 insgeheim herumgereicht wurde, war auch von dem Trotz des Karmapa gegen die chinesische Regierung die Rede, der durch seine Äußerung, er sei in Tibet in seinem Studium und der freien Praxis seiner Religion eingeschränkt gewesen, die herrschende religiöse Unterdrückung bekräftigte.

Am 19. Februar 2000 erklärte der Karmapa in einer öffentlichen Ansprache in Dharamsala: „...im Laufe der letzten zwei oder drei Jahrzehnte erlitt Tibet große Verluste. Tibetische Religion und Kultur sind an einem Punkt vollständiger Auslöschung angelangt."

Ein weiterer Fall von „Abtrünnigkeit", der im Jahr 2000 Schlagzeilen machte, war der des 49-jährigen Agya Rinpoche, des Abtes von Kloster Kumbum in der Provinz Qinghai (Amdo), der von einer Reise in die USA 1998 nicht zurückkehrte und dort politisches Asyl suchte. Er befand sich damals in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Buddhistischen Vereinigung Chinas und Stellvertretender Vorsitzender der „Politischen Konsultativkonferenz des Volkes von Qinghai" auf einer offiziellen Auslandsreise. Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt im März 2000 sprach er ausführlich über den Mangel an religiöser Freiheit in seinem Kloster im besonderen und in der ganzen Provinz Qinghai im allgemeinen. Im Juni brachte Chinas offizielle Nachrichtenagentur Xinhua eine kurze Notiz über die Amtsenthebung von Agya Rinpoche aus seinen bisherigen Ämtern in der chinesischen kommunistischen Regierung, jedoch ohne die Gründe für seine Entlassung zu nennen. Wegen Agya Rinpoches „Abtrünnigkeit" und der kürzlich von ihm geübten Kritik geriet Peking in eine weitere Glaubwürdigkeitskrise.

In der chinesischen Verfassung ist die Freiheit der religiösen Überzeugung als Grundrecht eines jeden Bürgers verankert. Der § 36(3) der chinesischen Verfassung verkündet, daß „der Staat normale religiöse Betätigung beschützt". Art. 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR) gewährleistet das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, sowie das Recht, Religion und Glauben in Lehre, Ausübung, Anbetung und Riten frei zu bekunden, während der Art. 27 des Internationalen Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR) den Mitgliedern ethnischer, religiöser oder linguistischer Minderheiten das Bekenntnis und die Ausübung ihrer eigenen

Religion garantiert. Absatz 147 des chinesischen Strafgesetzes legt fest, daß Beamte, die sich der illegalen Beraubung von Bürgern ihres Rechtes auf Freiheit der religiösen Überzeugung schuldig machen, mit bis zu 2 Jahren Gefängnis bestraft werden können. Trotz der massiven Verletzung der Religionsfreiheit in ganz China wurden jedoch bisher noch niemals Amtsträger dieses Tatbestandes wegen überführt.

Das im März 1982 formulierte Dokument „grundlegende Position und Politik über die Religionsfrage während der sozialistischen Periode unseres Landes“ rief die Kader von Partei und Staat vehement auf, bei der Durchführung der Religionspolitik „korrekt und effektiv“ vorzugehen. Besser bekannt als „Dokument 19“ gilt es als Pekings „maßgeblichste Erklärung über das erlaubte Ausmaß religiöser Freiheit“. Das Verdikt über die Zukunft der Religion, welche dem Dokument zufolge letztendlich „durch die langfristige Entwicklung von Sozialismus und Kommunismus aus der Geschichte der Menschheit verschwinden wird“, riecht nach blindem atheistischem Dogma.

Eine weitere Reihe spezifischer, die Religion einschränkender Maßnamen wurde bei dem „Dritten Nationalen Forum über die Arbeit in Tibet“ im Juli 1994 konzipiert. Das Forum gab Richtlinien für strengere Kontrolle über die monastischen Einrichtungen heraus, verfügte einen Baustop für nicht bewilligte religiöse Baulichkeiten, zahlenmäßige Kürzungen der monastischen Belegschaft und Einschränkungen für tibetische kommunistische Kader hinsichtlich ihrer Religionsausübung. Einer der Angelpunkte des Dritten Arbeitsforums ist die besonders „feindliche und aggressive Kampagne“ gegen den Dalai Lama, der zufolge die Instabilität in Tibet dem angeblich sezessionistischen Einfluß des Dalai Lama und der „Dalai Clique“ angelastet wird. Aus den Berichten über die massive religiöse Intoleranz, die für das Jahr 2000 kennzeichnend ist, wird deutlich, daß sich die chinesischen Staatsorgane immer noch streng an die politischen Richtlinien des Forums halten.

Buchung Tsering, ein ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der „TAR“ Regierung, erklärte 1987, von den über 2.700 Klöstern, die es 1959 in Tibet gegeben hätte, seien 1996 noch 550 übrig geblieben und beim Ende der Kulturrevolution hätten nur noch acht gestanden. Chinas Weißbuch über Menschenrechte in Tibet, das im Februar 1998 herauskam, beziffert die derzeitig vorhandenen religiösen Einrichtungen auf 1.787 und die Mönche/Nonnen innerhalb der „TAR“ auf 46.380. Als Passang (chin. Basang) den parlamentarischen Vertreter der USA Matt Salmon über die politische Lage Tibets unterrichtete, stellte er fest: „Es gibt 1.700 religiöse Versammlungsorte aller Art und 46.000 Mönche/Nonnen in der Region, um den Bedürfnissen der religiösen Anhänger zu genügen“.

Der Jahresbericht 1999 des US State Department (Außenministerium) über die „Menschenrechtslage in China und Tibet“, der am 25. Februar 2000 herauskam, beschreibt ausführlich die „mangelhaften Menschenrechtsverhältnisse, welche sich in dem ganzen Jahr merklich verschlechterten“. Neben dem Hinweis auf „zunehmende Übergriffe auf den Buddhismus durch die chinesische Regierung“, gab es „Berichte über Inhaftierung und Folter oder Mißbrauch von Mönchen/Nonnen, welche des politischen Aktivismus angeklagt waren, sowie über die Schließung mehrerer Klöster“. Raymond Chan, ein Mitglied des kanadischen Kabinetts, stellte nach seinem Besuch in Tibet am 8. Juni 2000 nachdrücklich fest, die religiöse Repression verschlimmere sich immer mehr in Tibet, wo nun auch Staatsbediensteten das Recht auf Ausübung der buddhistischen Religion verweigert würde, und wo Mönche in fortgeschrittenem Alter aus ihren Klöstern vertrieben und in den Ruhestand geschickt würden. „Die Kontrolle über die Religion wird immer härter. An der Oberfläche sieht man nicht viel, aber darunter liegt alles im argen“, fügte er hinzu.

Indoktrinierung von Mönchen und Nonnen

Die seit 1996 in den religiösen Institutionen gehandhabte „patriotische Umerziehung“ erstickt das Recht der tibetischen Mönche/Nonnen auf freie Ausübung ihrer Religion. In Verletzung vieler internationaler Konventionen, die auch von China unterzeichnet wurden, werden tibetische Mönche und Nonnen gezwungen, ihrem Glauben, ihrer religiösen Praxis und Loyalität abzuschwören. Im März 1998 erklärte der stellvertretende Parteisekretär der „TAR“ Raidi, dank der patriotischen Umerziehung hätten 35.000 Mönche/Nonnen in über 700 religiösen Institutionen nun die richtige Einstellung gewonnen. Der Chef der „TAR“ Regierung Legchog prahlte am 22. Mai 2000 bei der Sitzung des „TAR“ Volkskongresses, 1.300 Klöster in der Region seien von der „patriotischen Umerziehung“ rektifiziert worden, und betonte gleichzeitig, wie wichtig es sei, „in den Schlüsselklöstern häufig Unterricht über Patriotismus abzuhalten, damit die Führung der Klöster stets in den Händen patriotisch gesinnter Würdenträger bleibt“.

Das traditionelle Studium der buddhistischen heiligen Schriften wird von der Indoktrinierung der Mönche/Nonnen überschattet, die anhand von Lehrbüchern mit Titeln wie „Geschichte Tibets“, „Opposition gegen die Spalter“, „Einführung in das Gesetzsystem“ und „Ausführungen über Religionspolitik“ nun Geschichte, Politik, Recht und Religionspolitik aus chinesischer Sicht studieren müssen.

Die ermüdend langen politischen Schulungen und das häufige Auftauchen der „Arbeitsteams“ stellen schwere Beeinträchtigungen für die normale monastische Erziehung dar. Der Umerziehungsprozeß findet meistens von drei Monaten bis zu einem Jahr statt, wobei die „Arbeitsteams“ ein Kloster mehr als einmal heimsuchen können. Der Unterricht dauert dann gewöhnlich von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer Stunde Mittagspause. Die religiöse Gemeinschaft ist sehr besorgt wegen dieser Einschränkung ihrer normalen Routine und die vielen Mönchen/Nonnen drohende Ausweisung aus den Klöstern.

Wie sehr die monastischen Studien in Mitleidenschaft gezogen werden, kann man an der Häufigkeit der politischen Indoktrination seit 1996 im Kloster Tsang in Distrikt Hulong, Tsoshar TAP, Qinghai, ermessen. Das erste „Arbeitsteam“ suchte das Kloster Tsang im Juni 1996 heim, die zweiten Besuchsserien erfolgten im Januar, Juni und August 1997, und die dritten im Januar, Mai, Juni und August 1998. Auch der Überfall eines 50-köpfigen chinesischen Arbeitsteams

auf das Kloster Kumbum im Herbst 1998 ist beispielhaft für die Handhabung der Umerziehung. Während ihres dreimonatigen Aufenthaltes veranstalteten die Kader regelmäßige Indoktrinierungssitzungen über die Wichtigkeit von „Patriotismus“ und den Widerstand gegen das „Spaltertum“ und den Dalai Lama. Zum Schluß jeder Schulungsperiode hielten sie Prüfungen ab, bei denen die Mönche antworten mußten, was ihnen eingebläut worden war.

Zur Verzweiflung getrieben

Der grauenhafte Umerziehungsunterricht wirkt sich oft in verheerender Weise auf das mentale Gleichgewicht der Mönche und Nonnen aus und bewegt sie manchmal zu extremen Schritten. Auf die ständige politische Gehirnwäsche folgen intensive Frageprozeduren, mittels derer die Kader die Mönche/Nonnen zwingen, die Parteiideologie wiederzukäuen. Die meiste Zeit befinden sich die Mönche/Nonnen in einer Zwickmühle, in der ihre grundlegenden religiösen Überzeugungen von dem Befehl der Chinesen, sich dem marxistischen Standpunkt zur Religion anzuschließen, grob verletzt werden. Die Opfer machen eine entsetzliche mentale Agonie durch, die sie gelegentlich sogar zum Selbstmord treibt.

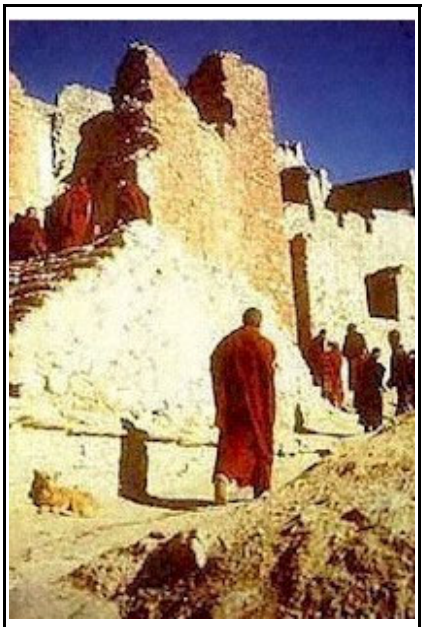

Abb. 11 Mönche in den Ruinen von Kloster Ganden © TIN

Tashi Rabten starb am 1. Mai 2000 auf mysteriöse Weise, kurz nachdem ein aus 30 Personen bestehendes Arbeitsteam ihn vernommen und dann in den privaten Gebetsraum des Thenthok Klosters (Gemeinde Thenthok, Distrikt Dzogang, Präfektur Chamdo) gezerrt hatte, um ihn nach Dalai Lama Photos zu durchsuchen. Kurz darauf fanden Mitmönche ihn in einem kritischen Zustand auf der Erde liegend vor. Es heißt, er sei aus dem dritten Stockwerk heruntergefallen, und trotz der Bemühungen der Mönche, ihn zu retten, starb er auf der Stelle. Ortsansässige, die vermuten, Tashis Tod sei ein vorsätzlicher Mord gewesen, machten ihrer Empörung Luft und verlangten Aufklärung von den Behörden. Daraufhin drohten die Sicherheitsbeamten am 3. Mai, diejenigen, die sich erdreisten, örtliche Offizielle für diesen Todesfall verantwortlich zu machen, erwarte eine drastische Gefängnisstrafe. Sie lehnten jegliche Verantwortung ab und bezeichneten Tashi Rabtens Tod als einen Fall von Selbstmord.

Auf der Höhe der Panchen Lama Affaire im Juli 1995 veranstalteten Mönche von Tashi Lhunpo, dem Stammkloster des Panchen Lama, bei einer von Raidi und Gyaltsen Norbu, den beiden stellvertretenden Vorsitzenden der „TAR“ Regierung, besuchten Massenversammlung einen Protest. Nach Auftauchen einiger Mauerplakate wurden mehrere Mönche festgenommen und die übrigen täglich 12 Stunden einer rigorosen politischen Indoktrinierung ausgesetzt. Deren Zweck war, sie zur Abkehr vom Dalai Lama, von Gedhun Choekyi Nyima (dem vom Dalai Lama bestätigten Panchen Lama) und von Chadrel Rinpoche (dem Abt von Tashi Lhunpo) zu bewegen, „die Fehler anderer zu denunzieren und das eigenen Verbrechen einzugestehen“. Acht chinesische Polizisten und Arbeitsteam-Kader schlugen die Mönche immer wieder und drohten mit auf sie gerichteten geladenen Gewehren, sie zu erschießen. Der 25-jährige Mönch Wangdu von Tashi Lhunpo, der diese Pein nicht mehr aushalten konnte, beging am 17. Juli 1995 Selbstmord.

Entvölkerung der religiösen Einrichtungen

Um die monastischen Institutionen ihrer Mönche/Nonnen zu entledigen, wurden im Jahr 2000 in allen Teilen Tibets verschiedene Neuregelungen getroffen, damit die Klöster zu Einrichtungen werden, in denen nur noch ein paar Hauswarte übrig bleiben.

Chinesische Behörden üben strenge Kontrolle über das Zulassungsverfahren von Novizen zu den religiösen Institutionen aus und schicken alle unter Achtzehnjährigen weg. Dem UN Sonderberichterstatter für Religion Abdelfattah Amor wurde bei seinem Besuch in China 1995 erklärt, die zu den Minoritäten Chinas gehörenden Bürger seien von dieser 18-Jahres-Altersgrenze ausgenommen. In seinem Bericht forderte Amor von den Chinesen die Schaffung von Gesetzen, welche Minderjährigen das Recht auf Religionsausübung garantieren. Der Bau von Klöstern und die Aufnahme neuer Mönche/Nonnen in Tibet wird von der Regierung mit großem Argwohn verfolgt. Abgesehen davon, daß die offiziell festgesetzten Obergrenzen eine Verweigerung des Rechtes auf Studium und religiöse Praxis darstellen, führen sie auch zu einer fortschreitenden Entvölkerung der Klöster.

Eine Mitte 2000 ergangene offizielle Order hatte einen massiven Rückzug von jugendlichen Mönchen/Nonnen aus Klöstern verschiedener Kreise des Verwaltungsbezirks Lhasa zur Folge. Kader und Regierungsangestellte wurden aufgefordert, ihre Kinder aus den Klöstern zu nehmen, andernfalls drohe ihnen Gefängnis oder Verlust ihres Arbeitsplatzes. Etwa 13 Nonnen aus dem Kloster Potoe und 20 Mönche aus Kloster Sera in Kreis Phenpo Lhundup mußten auf diesen Befehl hin ihre Einrichtungen verlassen. Tsering Karma, ein Offizieller aus der Gemeinde Chusang in Kreis Toelung Dechen, mußte seine drei Kinder, zwei Novizinnen und einen Novizen, nach Hause rufen. Lhabu und Paldon aus dem Dorf No. 2, Gemeinde Tsodue, holten Sohn und Tochter aus den jeweiligen Klöstern zurück. Den Sohn von Tenpa Samphel und Pema Youdon und die Tochter von Jampa Wangyal traf dasselbe Schicksal.

Darüber hinaus gefährdet die Versetzung von über 50-jährigen Mönchen/Nonnen in den Ruhestand das Überleben der tibetisch-buddhistischen Tradition, denn bisher spielten die erfahrenen älteren praktizierenden Buddhisten eine zentrale Rolle bei der Weitergabe der religiösen Lehren. Dem Monitordienst *Tibet Information Network* aus London zufolge „stellt diese Maßnahme eine ernsthafte Bedrohung für die buddhistische Tradition in Tibet dar und ist ein neuer Faktor in der patriotischen Umerziehungskampagne". In einem Fall wurden 49 von 52 älteren Lamas aus dem Kloster Youning in Distrikt Gonlung, TAP Haidong, Provinz Qinghai, gezwungen, ihre religiösen Pflichten für immer niederzulegen.

Die Zahlenlimits für die Aufnahme von Mönchen/Nonnen werden heutzutage von staatlichen Verordnungen bestimmt. Ein Artikel in *Xizang Ribao* vom 10. März 1995 fordert, daß „Klöster sich ihrer überschüssigen Belegschaft entledigen".

Die „Arbeitsteams" spielen bei der Durchführung solcher Reduzierungen eine große Rolle. Von den 40 Klöstern in Distrikt Ngaba, Provinz Sichuan, gilt Kirti mit über 3.000 Mönchen als das größte. Das „Arbeitsteam", das im Winter 1999 dort einzog, dezimierte die monastische Belegschaft auf 600. Auch im Kloster Pashoe führten die Kader 1998 die Altersgrenze ein und zwangen viele Mönche zum Verlassen. Gegenwärtig darf es dort nicht mehr als 238 Mönche geben. Weitere 140 Mönche, die offiziell ausgewiesen wurden, setzen jedoch heimlich ihre Studien fort und machen sich aus dem Staub, sobald ein „Arbeitsteam" anrückt.

Usurpation der traditionellen Autorität

Durch Übernahme der Verantwortung für die Klosterdisziplin und die Festlegung des Lehrplans rissen die *Democratic Management Committees* (DMC) die historische Autorität der Äbte, der traditionellen Häupter der monastischen Hierarchie, an sich. Diese sogenannten „Demokratischen Verwaltungskomitees" spielen oft eine repressive Rolle, indem sie bei der Festnahme und Ausweisung von Mönchen mit dem Sicherheitspersonal gemeinsame Sache machen. Das Ausmaß an Kontrolle, welches die Komitees bei der Führung der religiösen Angelegenheiten, der Finanzen, der Sicherheit und dem Studienablauf ausüben, ist ziemlich verschieden. In größeren Klöstern ist ihre Beteiligung repressiver, während kleinere und entlegenere Klöster immer noch relativ unabhängig und demokratisch funktionieren können.

Die offizielle Begründung für die Einrichtung und die Ziele der DMCs werden in der „Goldenen Brücke zu einer Neuen Ära" (ein bei dem Dritten Arbeitsforum zu Tibet 1994 verabschiedeter Parteitext über die Richtlinien für die Religionspolitik) so definiert: „Die Demokratischen Verwaltungs-Komitees bilden in allen Klöstern die Basiseinheiten unserer Verwaltung, und sie sind an der Führung der Klostergeschäfte mitbeteiligt. Wir müssen ihre Mitglieder sehr sorgfältig auswählen, damit diejenigen, welche Autorität über die Klöster haben, ganz sicherlich Patrioten sind, die gemäß den bürgerlichen und religiösen Gesetzen handeln. Wir müssen den Mönchen/Nonnen ein besseres Verständnis von Patriotismus und Gesetz beibringen."

Der Stab der „Arbeitsteams" identifiziert gemeinsam mit den DMCs abweichlerische Mönche/Nonnen, um sie auszuweisen oder festzunehmen, und sorgt dafür, daß die Parteiprinzipien den Vorrang vor der buddhistischen Doktrin einnehmen. Als die zwei Kader eines Arbeitsteams im September 1999 zum zweitenmal in das Kloster Yungdrung Peri kamen, hielten sie eine Sitzung mit dem DMC des Klosters ab, um sich ein Bild von dessen Arbeitsweise und dem Verhalten der Mönche zu machen. Dem DMC wurde befohlen, die Umerziehung weiterzuführen, denn die Kader würden nun regelmäßig zur Inspektion und Kontrolle der Disziplin ins Kloster kommen. Fünfzehn Novizen unter dem Mindesteintrittsalter und drei Mönche über dem Pensionsalter wurden des Klosters verwiesen.

Ächtung überlieferter Rituale

Die Propaganda-Abteilung der „TAR" beschloß bei ihrer Sitzung am 8. Januar 1999, „Atheismus sei zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region und zum wirksameren Kampf gegen die Infiltrierung der Dalai Clique notwendig". Daß die chinesische Regierung den Tibetern ihren religiösen Glauben und die traditionellen Rituale verbietet, bedeutet eine unmittelbare Verletzung der Universellen Erklärung der Menschenrechte und anderer internationaler Völkerrechtsnormen. Dem tibetischen Volk wurde sein Recht auf Glauben und Religion genommen, sowie die Möglichkeit, sich voll und frei dem religiösen Studium zu widmen. Die bisher nur für staatliche Angestellte und Parteimitglieder geltenden restriktiven Maßnahmen wurden nun auch auf die übrige tibetische Bevölkerung in Lhasa ausgeweitet.

Einschneidende Restriktionen, wie die Verordnung vom März 2000, verbieten Tibetern im Staatsdienst und Parteikadern, Bilder des Dalai Lama aufzustellen, die traditionellen Gebetsfahnen aufzuhängen und Rauchopfer-Öfen zur Verbrennung von Wachholderzweigen zu installieren. Bei einer Durchsuchung von 18 Häusern von Mitgliedern der Lhasa Opern-Vereinigung beschlagnahmten chinesische Offizielle im Juni 2000 alle religiösen Gegenstände wie Altäre, Thangkas, Statuen und andere Devotionalien, die schließlich in den nahen Kyichu Fluß geworfen wurden. Auf diese plötzlichen Razzien hin sollen viele tibetische staatliche Angestellte und Kader ihre Hausaltäre und religiösen Artefakte zur sicheren Aufbewahrung in Klöster in ihrer Nähe gebracht haben. Ein ähnlicher Vorfall wurde aus Distrikt Sog berichtet, wo Regierungsangestellte, darunter solche im Gesundheitsdienst, gezwungen wurden, Butterlämpchen, Thangkas, Hausaltäre und Dalai Lama Bilder aus ihren Heimen zu entfernen. In Lhasa sollen zwei Schüler von ihrer Schule geflogen sein, weil sie Gebete um Erfolg bei ihren Prüfungen dargebracht hatten.

Das Zentralkomitee der Regierung in Lhasa gab am 26. Januar 2000 ein Zirkular heraus, das Tibetern verbietet, zu den üblichen Rauchopfer-Zeremonien zu gehen, die am tibetischen Neujahrsfest bei der Hauptbrücke, die den Sichuan-Tibet Highway mit Lhasa verbindet, traditionsgemäß abgehalten werden. Darin wird die Order so begründet: „Das Weihrauch-Verbrennungsritual in der Nähe der Brücke zieht nicht nur eine große Zahl von Leuten und Fahrzeugen an, sondern hindert auch das freie Fließen des Verkehrs und wirkt sich negativ auf das gesellschaftliche Leben der breiten Volksmassen während der Festzeit aus“. Besorgt um die „nationale Einheit“ und „Stabilität“ schließt das Zirkular: „Wird der Zeremonie freier Lauf gelassen, so besteht Gefahr, daß die spalterischen Kräfte die Ansammlung solch vieler Menschen ausnützen, um Störungen zu verursachen“. Selbst größere buddhistische Feste wie das *Lhabab Duchen* (Sakyamuni Buddhas Herabstieg aus dem Himmel) im November zogen wegen der intensiven Kontrollen in Lhasa nur wenige Feiernde an. Dieses Fest, das als eines der wenigen von der Obrigkeit erlaubten öffentlichen Ereignisse gilt, war von einem seltsamen Nebeneinander von politischer Spannung und gedämpfter Feierlichkeit geprägt.

Die chinesische kommunistische Partei argwöhnt, eine nicht geringe Zahl ihrer Kader verschiedener Dienstgrade sei nicht richtig über die grundlegende Parteidoktrin und die Religionspolitik unterrichtet. „Je niedriger die Dienstebene, desto verwirrter sind die Köpfe unserer Kader was Religion betrifft“, schrieb *South China Morning Post* am 14. März 2000, weshalb es so wichtig sei, Präsident Jiang Zemin zu folgen, der empfiehlt, den Einfluß der Religion zu reduzieren und dem marxistischen Standpunkt zu Religion mehr Gewicht zu verschaffen.

Das behördliche Verbot der Umschreitung der Stadt Lhasa (ein religiöses Ritual für Tibeter) wurde während der buddhistischen Festzeit *Saga Dawa* (dem Monat von Buddhas Geburt, Erleuchtung und Tod) im Juni 2000 einen ganzen Monat lang streng gehandhabt. Am meisten davon betroffen waren Regierungsbedienstete, im Ruhestand befindliche Angestellte und Schüler, denen mit Verlust ihrer Stelle, ihrer Rente oder Ausstoß aus ihrer Schule gedroht wurde. Zuverlässigen Berichten zufolge waren Überwachungskameras an strategisch wichtigen Ecken positioniert, um die „Schuldigen“, welche dem Verbot zuwiderhandelten, zu identifizieren. Sogar die Erneuerung der Gebetsfahnen an den Häusern war den staatlichen Angestellten um die Zeit des tibetischen Neujahrfestes im Februar 2000 verboten.

Ein ähnliches Verbot hatte im Vorjahr wenige Tage vor dem *Saga Dawa* alle Schulen in Lhasa durch ein Zirkular der Erziehungsbehörde der „TAR“ ereilt. Im Juni 1999 verkündete der Schulrat der Lhasa Mittelschule # 8 bei seiner ordentlichen Sitzung, den Schülern sei von nun an die Abschreitung des traditionellen *Lingkhor* und die Teilnahme an dem *Trunglha Yarsol* (Geburtstagsfeier des Dalai Lama) verboten. Wer bei solchen Verrichtungen erwischt würde, fliege von der Schule, hieß es.

Abb. 12 Chinesischer Tourist photographiert einen Tibeter bei seinen Niederwerfungen © TIN

Eine zu Beginn 2000 in Kreis Nyemo, Zentraltibet, herausgegebene Verordnung verbietet Tibetern, besonders den Kadern in jener Gegend, Stupas zu umschreiten, Butterlämpchen anzuzünden, Hausaltäre zu pflegen und die religiösen Riten für die Verstorbenen abzuhalten. Den Tibetern wurde befohlen, ihre traditionellen Gebetsfahnen entweder ganz abzunehmen oder sie durch die chinesische Flagge zu ersetzen. Auf diese Verordnung hin entfernten Offizielle von Gemeinde und Kreis alle Hausaltäre aus den Häusern von Ärzten im Staatsdienst, Lehrern und pensionierten Angestellten. Im Februar 2000 wurde allen Mönchen und Nonnen in Kreis Nyemo, die Verwandte im höheren Staatsdienst haben, geboten, „freiwillig“ ihre religiösen Institutionen zu verlassen. Die Behörden erklärten, die Einhaltung dieser Anordnung bedeute „eine Steigerung des Ansehens der tibetischen Offiziellen und ihres Rufes bei den Regierungsbehörden der Volksrepublik China“.

Im Laufe der Jahre ergriff die chinesische Regierung immer mehr Maßnahmen, um den Fluß von Spenden und Zuwendungen der Laienbevölkerung an die Klöster zu reduzieren. Der Parteisekretär Sichuans Zhou Yongkhang kritisierte am 13. März 2000 die Tibeter seiner Provinz dafür, daß sie ihr Geld verschwenden, wenn sie den buddhistischen Klöstern Spenden geben und deshalb verarmen: „Die Förderung der Religionsfreiheit hat den Leuten derartige Probleme beschert. Obwohl Tibeter ein hartes Leben führen, spenden sie dennoch 30% oder manchmal sogar zwei Drittel ihres Einkommens an die Klöster“. Das Ziel der Leute sollte den Präfekturbehörden zufolge sein, „ihr Geld in kommerzielle Produktion zu investieren, statt es den Klöstern zu geben“.

Verleumdung des Dalai Lama

Die Worte, mit denen China den Dalai Lama kennzeichnet, sind in den letzten Jahren immer aggressiver geworden. Eine maßgebliche politische Taktik der Chinesen ist, die tiefe Hingabe des tibetischen Volkes an den Dalai Lama besonders durch seine Diffamierung bei den Umerziehungskampagnen zu unterhöhlen. Die Politoffiziere bringen gerne den Dalai Lama mit „Separatistenaktivität“ in Verbindung und versuchen daher, wo immer sich die Gelegenheit bietet, irgendwie einen solchen Zusammenhang aufzuspüren. So wurde im Jahr 2000 die Zurschaustellung von Dalai Lama Photos und die Beteiligung an Feiern zu seinem Geburtstag verboten. Öffentliche Ablehnung des Dalai Lama gehört zu den fünf politischen Verpflichtungen, zu denen sich Mönche/Nonnen bei jeder „Umerziehungsprüfung“ schriftlich

bekennen müssen. Diese Forderung führt immer wieder zu Protesten, Ausweisungen und Verhaftung von Mönchen und Nonnen.

Wegen einer solchen Geringfügigkeit wie die Gewährung einer Audienz beim Dalai Lama halten die Chinesen vermutlich Khenpo Jigme Phuntsok seit Anfang 1999 unter strenger Überwachung. Khenpo, der prominente Gründer des Ngarig Nangten Lobling Instituts in Osttibet, erhielt 1993 in Dharamsala eine Audienz vom Dalai Lama, weshalb die chinesische Regierung seine Bewegungen innerhalb und außerhalb Tibets schwer einschränkte. Sogar Besuche in dem Nachbardistrikt werden ihm versagt. Das Sicherheitsbüro von Kandze forderte Khenpo Jigme Phuntsok darüber hinaus auf, alle Dalai Lama Bilder aus seinem Institut, ja sogar aus seinem Zimmer zu entfernen. Frühere Berichte lassen schließen, daß Khenpo in seinem dreistöckigen Gebäude unter Hausarrest gehalten wird. Über seinen derzeitigen Status oder sein Befinden wurde nichts weiteres bekannt.

Guo Jinlong, der neu ernannte Parteisekretär der „TAR“, erklärte am 17. September 2000 anläßlich einer Rede vor der „Pantibetischen Konferenz für ideologische und politische Arbeit“: „Die Tatsachen beweisen, daß der Dalai der oberste Boß einer richtiggehenden Separatistengruppe ist, ein willfähriges Werkzeug internationaler antichinesischer Kräfte, die allgemeine Quelle der Unruhe in Tibet und das größte Hindernis für die Schaffung normaler Verhältnisse bei der Tradierung des tibetischen Buddhismus“. Die frühere Kritik am Dalai Lama als einer politischen Figur, der „Wurzel der Instabilität in Tibet“, wurde nun dahingehend erweitert, daß auch sein religiöser Status in die Verunglimpfungen mit einbegriffen wird. Mitte September 2000 wurden rote Spruchbänder mit Schmähungen gegen den Dalai Lama weithin sichtbar an der Tibet Universität in Lhasa angebracht, ein deutliches Zeichen dafür, daß die kompromißlose Politik der zentralen Staatsorgane unverändert bleibt.

Chen Kuiyans Erklärung vom Mai 1996, „wir anerkennen den Dalai Lama überhaupt nicht als religiöse Autorität“, ist als ein polemischer Angriff auf die religiöse Würde des Dalai Lama zu werten. Er und seine Anhänger hätten Gerüchte verbreitet und eine Gruppe gegen die andere aufgehetzt: „Wie kann denn der Dalai Lama da überhaupt noch als ein spiritueller Führer betrachtet werden?“ wurde bereits früher gefragt. Diese Denunzierungskampagne, die hinsichtlich des Status des Dalai Lama sowohl als politische als auch religiöse Figur Samen des Zweifels in die Gemüter der Tibeter säen soll, hat sich als konterproduktiv erwiesen. Eine derartige Propaganda vermehrt nur noch die Hingabe der Mehrheit der Tibeter an den Dalai Lama und ihre Aversion gegen Peking.

Die Behauptungen, welche die chinesische Regierung in ihrem am 22. Juni 2000 herausgegebenen Weißbuch über tibetische Kultur aufstellte, widersprechen eklatant der Realität der restriktiven Religionspolitik, welche die Rechte des tibetischen Volkes in grober Weise verletzt. Die Disziplinar-Kommission des Bezirks Lhasa verbot bei ihrer sechsten Generalversammlung vom 15. bis 17. März 2000 den Bürgern, sich irgendwie religiös zu engagieren, den Dalai Lama als ein erleuchtetes Wesen zu betrachten, ihre Kinder in Schulen im Exil zu schicken und dem Pfad der „Dalai Clique“ zu folgen. Die Kommission warnte, diejenigen, welche diese gesetzlichen Verordnungen verletzen, würden strenger Untersuchung und harter Bestrafung unterliegen.

Ein deutliches Zeichen für die Eskalation der religiösen Unterdrückung in Tibet ist das Verbot von Dalai Lama Bildern. Es erstreckt sich nun auf die gesamte tibetische Bevölkerung, während es bislang nur für Mitglieder der kommunistischen Partei, Regierungsbeamte, staatliche Angestellte und die Mönchsgemeinde galt. Im März 2000 führten chinesische Sicherheitskräfte ausgedehnte Razzien in den Häusern von Tibetern in Lhasa durch und fahndeten nach religiösen Artefakten und Bildern des Dalai Lama. 450 Tibeter wurden zu einer Strafe von je 500 Yuan verdonnert (US$60), weil sie ein Dalai Lama Bild in ihrer Wohnung aufgestellt hatten. In den meisten Klöstern mußten die Bilder ebenfalls entfernt werden.

Im Jahr 2000 wurde auch privaten Druckereien und Verlagen von der Propagandabehörde der „TAR“, der staatlichen Druckerei und dem PSB das Drucken und der Vertrieb von Dalai Lama Bildern verboten. Kürzlich getroffene Maßnahmen weisen darauf hin, daß dieses Verbot immer strenger gehandhabt wird, und Privatgeschäfte wurden neuerlich sogar unter Druck gesetzt, keine Bilder des ins Exil geflohenen 17. Karmapa mehr zu verkaufen.

Der Bildersturm hat schon ländliche Gegenden in Zentraltibet wie Kreis Phenpo Lhundup und Kreis Toelung Dechen erreicht. Im Juni 2000 führte eine aus Kadern von Kreis Toelung Dechen und verschiedenen Gemeindechefs bestehende Sonderkommission Razzien durch, um nach Dalai Lama Bildern zu forschen. In mindestens 10 Gemeinden von Kreis Toelung Dechen wurden diese Bilder in tibetischen Häusern beschlagnahmt. In der dritten Juniwoche 2000 verbrannten die Politoffiziere die konfiszierten Photos des Dalai Lama öffentlich in der Gemeinde Nangkha. Die Kommission drohte der Lokalbevölkerung mit Strafverfolgung, falls immer noch Dalai Lama Bilder bei ihnen entdeckt würden.

Die Industrie- und Handelskammer des Bezirks Lhasa brachte am 26. Juni 2000 ein Zirkular mit Titel „Kurzinformation über die Abschaffung des sinnlosen Zeitvertreibs des *Trunglha Yarsol* durch die Volksregierung von Lhasa“ heraus, mit dem die Teilnahme an dem *Trunglha Yarsol* als illegal erklärt wurde. Diese Order klagte die „Dalai Clique“ an, „unter dem Vorwand der Feier des *Trunglha Yarsol* in verschiedenen Teilen Tibets mit dem Ziel der Spaltung des Mutterlandes Unruhe zu stiften“. Weiter hieß es darin, die Regierung würde die „notwendigen Aktionen gegen diese illegale Beschäftigung ergreifen, weshalb von den Leuten erwartet wird, nicht daran teilzunehmen“. Zwei Bettler zerstörten auf Anweisung des PSB in Lhasa und nach 100 Yuan Belohnung den Rauchopfer-Ofen an der Stätte, an der gewöhnlich alljährlich die Geburtstagsfeier des Dalai Lama stattfindet. Chinesische Offizielle in der Gemeinde Ngachen bauten extra eine Halle für Tanzwettbewerbe auf den Ruinen des *Sangsol* (Weihrauchzeremonie) Platzes. Außerdem wurde ein Zaun gebaut, um die Tibeter an Betreten dieser heiligen Halle zu hindern.

Tendenzen bei Verhaftung und Ausweisung

Festnahme und Ausweisung bilden wichtige Faktoren in dem Repressionsmechanismus der Chinesen, mittels derer sie etwaige politische Aktivitäten in Klöstern von vornherein zu vereiteln suchen. Der „patriotische Umerziehungsfeldzug“ hat unserer Aufzeichnung nach seit seinem Start in 1996 bis Dezember 2000 zur Ausweisung von 12.271 Personen aus den Klöstern geführt, von denen 1.876 Nonnen sind. Im Jahr 2000 alleine verzeichnete das TCHRD 862 Ausweisungen, davon 147 Nonnen. Den Behauptungen der Parteigenossen über die erfolgreiche „Rektifizierung“ der Mönchsgemeinde zuwider stieß diese Kampagne überall auf Groll, Proteste und Demonstrationen.

Mönche/Nonnen machen annähernd 73% der uns derzeit bekannten insgesamt 451 politischen Gefangenen in verschiedenen Haftanstalten in Tibet aus. Dies zeigt deutlich, wie groß Chinas Argwohn ist, Religion könnte mit dem tibetischen Nationalismus verknüpft sein. Je größer und häufiger der Widerstand der Mönche/Nonnen, desto härter die Niederschlagung durch den chinesischen Staat. Weil Glaube, Patriotismus und Überzeugung jedoch innere Werte sind, kommt es nur dann zu Problemen, wenn sie äußerlich in Form von religiöser Observanz, Gebeten, Ritualen und direktem Widerstand gegen die Anweisungen der chinesischen Obrigkeit in Erscheinung treten.

Der Ausstoß von 30 Mönchen aus dem Tsuklhakhang (Haupttempel) Lhasas folgte unmittelbar auf einen Aufruf der chinesischen Behörden vom 15. Juli 2000, religiöse Einrichtungen in und um Lhasa größerer Kontrolle zu unterziehen. Zudem wurde ihnen verboten, fortan in Lhasa oder in ihren Heimatorten religiöse Rituale auszuführen. Viele Mönche und Nonnen wurden ihrer Klöster verwiesen, festgenommen und eingesperrt, weil sie nicht den Dalai Lama verleugnen und sich nicht vom tibetischen Nationalismus abkehren wollten und Dinge taten, die mit den Zielen der „patriotischen Umerziehung“ unvereinbar waren.

Das Kloster Thenthok, Region Nagchu, war am 1. Mai 2000 Schauplatz von fünf Verhaftungen, 20 Festnahmen und einem Todesfall. Die Mönche hatten heftig gegen die staatliche Verordnung, die Dalai Lama Photos aus dem Kloster zu entfernen, protestiert. Zur Vergeltung schlug das Sicherheitspersonal drei Mönche brutal zusammen, wobei einer einen Rippenbruch davontrug. In der darauffolgenden Nacht erschienen an den Wänden der Hauptgebetshalle Parolen wie „Tibet ist unabhängig“. Nun leiteten die PS? Kräfte von Kreis Dzogang gemeinsam mit lokalen Offiziellen eine Ermittlung ein, die zur Verhaftung von 5 Mönchen und der Festnahme von 20 Laien führte.

Weiter gelten die Teilnahme an friedlichen Demonstrationen, das Verteilen von Druckschriften oder der Besitz geächteter religiöser Texte als „Verbrechen“. In strengen Worten verordnete das Dritte Arbeitsforum, daß „diejenigen, die konterrevolutionäre Schriftsätze verfassen, aufhängen oder verteilen, und diejenigen, die konterrevolutionäre Parolen schreien, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen hart und unverzüglich zu bestrafen sind“. Dem „Stolz der separatistischen Kräfte einen Stich zu versetzen“, ist ein Kernpunkt der Strategie. Acht Personen wurden im März 2000 in Kreis Sog, Region Nagchu, wegen vermeintlicher Anbringung von Plakaten verhaftet, was als ein ernstes Delikt gilt. Fünf davon sollen Mönche aus dem Kloster Sog Tsendhen gewesen sein, die restlichen drei Laien aus derselben Gegend. Seitdem sie vom Sicherheitsdienst der „TAR“ in Gewahrsam genommen wurden, hat niemand diese acht mehr gesehen, noch wurde ihren Angehörigen erlaubt, sie zu besuchen.

Mönche/Nonnen, die aus dem indischen Exil zurückkehren, werden häufig mit Bußgeldern belegt oder festgehalten. Mit Argwohn betrachtet, sie könnten womöglich andere Leute zu politischen Taten anregen, unterliegen ihre Bewegungen von nun an ständiger Überwachung, und immer wieder werden sie zur Rede gestellt. Im September 1999 wurden zwei ehemalige Nonnen des Klosters Gonlung (Gemeinde Dathang, Kreis Driru, Präfektur Nagchu) wegen eines Fluchtversuches nach Indien etwa zwei Monate lang in dem Nyari Haftzentrum von Shigatse festgehalten und mit 500 Yuan bestraft. Als sie dann in ihre Heimatpräfektur Nagchu zurückkehrten, wurde ihnen der Eintritt in ihr Kloster verwehrt. Sie dürfen keine religiösen Dienste mehr ausführen und sich ohne Erlaubnis der Lokalbehörden nicht mehr über Nagchu hinaus begeben. Abgesehen von der ständigen behördlichen Belästigung wird ihnen noch vorgeworfen, sie würden einen schlechten Einfluß auf andere Nonnen ausüben.

Schließung unpatriotischer religiöser Institutionen

Die Chinesen treffen in fast jeder religiösen Einrichtung, die sie „gesäubert“ haben, immer noch auf starken Widerstand gegen ihre „patriotische Umerziehungsaktion“. In Fällen, wo sich die Mönche/Nonnen der aufoktroyierten Indoktrinierung hartnäckig widersetzten, schritten die Behörden kurzerhand zur Schließung der Klöster. In einer Verlautbarung wurde gewarnt, diejenigen Klöster, welche mit den „reaktionären Kräften“ gemeinsame Sache machen und Unruhe stiften, würden innerhalb einer gewissen Zeit „umorganisiert“ und „falls notwendig, würden ihre Tore auch ganz geschlossen“. Bis 1999 verzeichnete das TCHRD seit Beginn der „Schlag-hart-zu“ Kampagne die Schließung von 18 Klöstern. Wie berichtet, wurden bis 1998 insgesamt 17 religiöse Institutionen geschlossen, davon drei in 1997. Im Jahr 2000 erfuhr das TCHRD von vier weiteren Schließungen, womit die Anzahl der geschlossenen Klöster auf 22 gestiegen ist.

Im Mai 2000 schlossen und versiegelten die Sicherheitsbeamten das Kloster Nag (nördlich von Kreis Tawu, Provinz Sichuan). Die 130 Nonnen hatten einmütig der Forderung des „Arbeitsteams“, dem Dalai Lama abzuschwören, Widerstand geleistet und das Unterschreiben der Verpflichtungen verweigert. Daraufhin hoben die Kader die Funktion des Klosters auf. Am 13. November 1999 wurde das Kloster A-Kyong Yarthang (Golog TAP, Provinz Qinghai) für geschlossen erklärt, weil die Mönche während drei Heimsuchungen durch „Arbeitsteams“ wiederholt die „patriotischen Umerziehungssitzungen“ boykottiert hatten. Selbst Androhung von Verhaftung und Reduzierung ihres Taschengeldes konnte sie nicht zum Erscheinen bewegen. Die Mönche erklärten, sich dem Dalai Lama zu widersetzen, sei für sie

gleichbedeutend mit einem Bruch ihrer grundlegenden Gelübde der Zufluchtnahme zum Buddhismus und widerspreche dem eigentlichen Mönchstum.

Andere Gründe wurden jedoch für die Schließung der Klöster Nyizong und Dolma Lhakhang (Kreis Sershul, Kandze TAP, Provinz Sichuan) Mitte 1998 genannt. Die Kader erklärten, die Klöster seien „Besitz des chinesischen Staates und niemand sonst hätte Anspruch auf sie“. Sie stoppten die Renovierungsarbeiten, warfen alle 206 Mönche hinaus und schickten sie nach Hause. Gegenwärtig sind beide Klöster geschlossen

Abb. 13 Umerziehungsorder in Kloster Sera © TIN

Kapitel 4: Rassendiskriminierung

Kultivierung des chinesischen Superioritätskomplexes

Das Wort „barbarisch“, das fast das gleiche wie „tierisch“ und „ignorant“ besagt, tauchte in China erstmals vor über 2000 Jahren bei der Interpretation klassischer konfuzianischer Texte auf. Auch heutzutage findet es immer noch in den offiziellen chinesischen Aussagen über die Tibeter als einer „rückständigen“ und „barbarischen“ Rasse Verwendung. Nicht etwa, daß China in den letzten zwei Jahrtausenden intellektuell keine Fortschritte gemacht hätte, aber es hat alte rassische Vorurteile und hierarchische Begriffe hervorgeholt und umformuliert, um sie seinem gegenwärtigen Ziel der „Gleichförmigkeit des Mutterlandes“ dienlich zu machen. Die Reduzierung von „ethnischen Minoritäten“ zu fügsamen, untergeordneten Stereotypen, welche durch abfällige Propaganda, wirtschaftlichen Druck und die bloße Übermacht der Zahl leicht zu manipulieren sind, war schon immer eine bevorzugte Taktik der Partei zur Brechung von Widerstand. Überdies wird die von den Parteifunktionären kultivierte chinesische Überheblichkeit von den westlichen Medien kaum zur Notiz genommen, denn sie richten ihre Kritik eher auf Mißhandlung und Inhaftierung einzelner politischer Aktivisten als auf die größeren demographischen Veränderungen, welche das Überleben des tibetischen Volkes als ganzes gefährden.

Abb. 14 Golmud: Staudamm und Kraftwerk © TIN

Die offizielle chinesische Propaganda fördert die Idee, nur die Menschen im Westen hätten die Schuld des Rassismus auf sich geladen hätten, während China sich entschieden von solchen „imperialistischen Tendenzen“ distanziere. Und doch weigerte sich China von Anfang an, Tibet auf einer Basis der Gleichwertigkeit zu behandeln. China rechtfertigte seine 1949 begonnene Invasion eines friedlichen Landes mit dem Argument, die „zivilisierten“ Chinesen hätten die „rückständigen“ Tibeter „befreien müssen“. Und damit war bereits der Begriff einer rassischen Hierarchie heraufbeschworen, der sich in den folgenden 50 Jahren noch verstärken sollte. Die Idee von der chinesischen Überlegenheit bildet in der Tat seit Jahrhunderten einen wesentlichen Faktor der chinesischen Weltanschauung, wobei die Einschätzung anderer Rassen immer vor diesem ethnozentrischen Hintergrund vonstatten geht. Es wäre jedoch unrichtig, daraus ableiten zu wollen, das chinesische Volk sei aufgrund dieser sein Land prägenden Ideologie von vornherein rassistisch.

Das Ausmaß, in dem die kommunistischen Parteidogmen die chinesische Gesellschaft infiltrieren und sie bestimmen, darf nicht unterschätzt werden. Die gräßliche Unterdrückung des Tiananmen Protestes von 1989 illustriert, wie weit die herrschende Elite in ihrer Grausamkeit geht, um die Unterwürfigkeit der Bürger zu gewährleisten. Wichtiger ist daher, zu ermitteln, wie viel von der Voreingenommenheit der Chinesen, von welcher die geflohenen Tibeter zu erzählen pflegen, nur eine passive Akzeptanz des Kultes des Nationalismus reflektiert und wie viel tatsächlich aus einem echten Gefühl von Überlegenheit resultiert.

Das Leben des chinesischen Volkes wird weiterhin von den Lehrmeinungen der herrschenden Partei-Elite diktiert, wie in jüngster Zeit das Vorgehen gegen *Falun Gong* demonstriert. Bei vielen Chinesen scheint das Überlegenheitsgefühl den Tibetern gegenüber auch aus der Wahrnehmung ihres verarmten und marginalisierten Status in der Gesellschaft entstanden zu sein. Chinesische Immigranten, die aus den östlichen Teilen Chinas nach Tibet strömen, kennen nur den Stereotyp des „rückständigen“ Tibets, das seit 1949 von der Partei propagiert wird. Sie tendieren daher dazu, den jetzigen ärmlichen Zustand der Tibeter (welcher der von den chinesischen Herrschern betriebenen Diskriminierungspolitik zuzuschreiben ist) mit ihrer entstellten Geschichtsauffassung in Zusammenhang zu bringen. In gewisser Hinsicht kann ihnen wegen dieser Verkennung kein Vorwurf gemacht werden, aber sie liegen falsch, wenn sie diese Disparität einfach als *status quo* akzeptieren, und ungeniert die den Tibetern rechtmäßig zustehenden

wirtschaftlichen Erträge einstecken.

In vielen Gegenden Tibets hat dieses Immigrantenvolk den Tibetern bereits demographisch unmöglich gemacht, auf gleicher Basis am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, und trotzdem reißt der Zustrom nicht ab. Systematische Diskriminierung auf den Sektoren der Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungsbeschaffung, Erziehung und politischen Repräsentation verwehren den Tibetern nach wie vor, an der Entwicklung ihres Landes teilzuhaben. All dies hat den Status der Tibeter in der Gesellschaft bis zu dem Grad herabgewürdigt, daß sie allein schon aufgrund ihrer Rasse als Bürger zweiter Klasse angesehen werden.

China ratifizierte 1981 die *International Convention on the Elimination of all Forms of Racial Discrimination* (CERD. Der Art. 5 dieser „Internationalen Konvention über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung“ erklärt, daß die beigetretenen Staaten sich verpflichten, Rassendiskriminierung zu verbieten und auszumerzen, und das Recht eines jeden auf den Genuß politischer, bürgerlicher, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte zu gewährleisten. Diese Rechte werden auch von dem *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights* (ICESCR) und dem *International Covenant on Civil and Political Rights* (ICCPR) garantiert, Vereinbarungen, die China 1997 bzw. 1998 unterzeichnete. Die chinesische Verfassung reflektiert ähnliche Bedenken, wenn sie „Diskriminierung und Unterdrückung irgendeiner Nationalität“ verbietet. Trotz des Vorhandenseins solcher gesetzlichen Garantien ist die Diskriminierung der Tibeter eine allgemeine Tatsache.

Die Zeugenberichte, die wir 2000 von tibetischen Flüchtlingen erhielten, zeigen, daß China nicht aufhört, seine unter den internationalen Rechtsnormen eingegangenen Verpflichtungen zu mißachten. Tibeter erleiden weiterhin ungleiche und unfaire Behandlung auf den Sektoren der öffentlichen Vertretung, Bildung, Beschäftigung, Wohnung und der Gesundheitsdienste. Darüber hinaus verschärft die absichtlich verfolgte Politik der Einschleusung ethnischer Chinesen nach Tibet noch weiter die Diskriminierung der Tibeter und stellt eine Bedrohung bereits für das bloße Überleben der tibetischen Kultur und Identität dar.

Beschäftigung

Wegen der gewaltigen Bevölkerungsverlagerung von Chinesen nach Tibet wird der Arbeitsmarkt von immer schärferer Konkurrenz geprägt, wobei fortwährend die chinesischen Bewerber bevorzugt werden. Obwohl die „Chinesische Gesellschaft für Menschenrechtsstudien“ im Juli 1999 den Anspruch erhob, in Tibet würden „die Angehörigen verschiedener Sprachgruppen bei der Einstellung von Arbeitern, Anwerbung von Kadern und Zulassung von Studenten gleich behandelt, wobei den tibetischsprachigen stets der Vorzug gegeben würde“, ist die fließende Beherrschung der chinesischen Sprache zu einem entscheidenden Faktor bei der Auswahl der Bewerber geworden, wodurch die Tibeter, welche Chinesisch als zweite Sprache lernen müssen, in einen deutlichen Nachteil versetzt werden.

Der 18-jährige Dawa Dorje aus der Präfektur Shigatse sah sich auf eben diese Weise diskriminiert, so daß ihm nichts übrig blieb, als im Januar 2000 ins Exil zu fliehen: „Ich ging 9 Jahre lang zur Schule und lernte eifrig, aber weil ich am Ende immer noch nicht fließend Chinesisch sprechen konnte, wollte mich niemand einstellen. Ich hatte keine Möglichkeit zur Weiterbildung, weshalb ich schließlich die Suche nach Arbeit aufgeben mußte. Mir kam es vor, alle meine Studien seien zu nichts wert und nur eine Zeitverschwendung gewesen“.

Die Zeugnisse der Flüchtlinge enthüllen ein eingewurzeltes Rassenvorurteil bei den chinesischen Arbeitgebern, die automatisch Tibeter als rückständig und ineffizient einstufen. So berichtete der 19-jährige Jamyang, der im Januar 2000 im Exil eintraf, daß es in seiner Gegend Ngaba viele junge Tibeter mit Hochschulabschluß gebe, die aber keine Arbeit finden könnten: „Wenn ein/e Tibeter/in bei einer Behörde um Anstellung nachsucht, dann wird er/sie behandelt, als ob er/sie keinen Grips hätte. Wenn es nach den Chinesen ginge, dürften sich die Tibeter nicht einmal bewerben, denn ihrer Meinung nach sind sie ja rückständig und unfähig zur Arbeit. Die Eltern geben so viel Geld für die Erziehung ihrer Kinder aus, aber es läuft alles auf nichts hinaus, wenn ihnen später niemand eine Beschäftigung gibt“.

Der 22-jährige Dhondup aus der Golog TAP, Provinz Qinghai, der im Januar 2000 Indien erreichte, ist ebenso frustriert: „In Tibet zur Schule zu gehen, ist sowohl eine Zeitverschwendung als auch ein finanzieller Verlust, weil tibetische Studenten einfach keinen Job bekommen, wenn sie mit ihrem Studium fertig sind. Alle guten Stellen werden ungeachtet ihrer Befähigung an die Chinesen vergeben, weshalb viele Tibeter es vorziehen, bei der erstmöglichen Gelegenheit die Schule zu verlassen“.

Im Berufsleben ist es zu einer allgemeinen Erscheinung geworden, daß Tibeter die untergeordneten Stellen und Chinesen die übergeordneten innehaben, sogar dort, wo erstere in der Überzahl sind. Wie ein 26-jähriger Mönch aus Kreis Phenpo Lhundrup, Bezirk Lhasa, berichtet, „werden in Tibet alle höheren Stellen den Chinesen und die niedrigeren den Tibetern gegeben. Chinesen haben die vorgefaßte Meinung, daß jemand, der Tibeter ist, einfach unfähig zur Erledigung schwieriger Aufgaben ist, ganz egal was seine Qualifikationen sind. Und wenn jemand trotzdem eine Stelle ergattert, wird er fast immer in eine entlegene Gegend geschickt.“

Das Ergebnis von alledem ist - wie viele Tibeter berichten - daß eine Anstellung überhaupt nur durch Schmieren und *guanxi* (Beziehungen zu höheren Beamten) zu bekommen ist. So erzählte der 16-jährige Dhondup, Bestechung sei eine Notwendigkeit geworden, um eine anständige Stelle zu bekommen: „Nach der Schule findet nur eine Handvoll von Studenten aus reichen Familien Arbeit. Es gelingt ihnen eben, weil ihre Eltern die Arbeitgeber mit Geschenken und Geld schmieren können. Ein paar Leute haben zuweilen auch Glück und bekommen einen Job ohne Bestechung, aber es handelt sich dann meistens um Fabrikarbeit oder andere untergeordnete Verrichtungen.“

Viele Tibeter bekommen nur unter der Bedingung eine Anstellung, daß sie gewisse Gepflogenheiten in ihrem privaten Leben einschränken, besonders alles, was mit religiöser Observanz zu tun hat. Die Arbeitgeber warnen ihre Angestellten oftmals davor, Klöster und Tempel zu besuchen und religiöse Feste wahrzunehmen, und verbieten ihnen zuweilen sogar, Kleidung zu tragen, die irgendwie den Anschein von „tibetisch“ erweckt. Die 17-jährige Lubu aus Lhasa, die im Januar 2000 nach Indien floh, berichtet von derartigen Restriktionen: „Meine Eltern konnten mir den Schulbesuch nach der Grundschule nicht mehr ermöglichen, weshalb ich in dem staatlich betriebenen Lhasa Hotel Zimmermädchen wurde. Die meisten der Angestellten dort waren Chinesen, die wegen der hohen Arbeitslosigkeit aus China gekommen waren. Unsere Chefin war eine sehr strenge Chinesin, welche die harte Arbeit stets den Tibetern zuwies, und uns wie Sklaven behandelte. Die chinesischen Angestellten fanden immer Ausflüchte, um etwa dem Säubern der Toiletten zu entgehen, oder sie konnten ab und zu eine Pause einlegen, was die Chefin alles akzeptierte. Aber wenn eine Tibeterin sich zum Ausruhen hinsetzte, wurde sie sogleich getadelt und bestraft. Sogar nach Feierabend mußten wir noch den Chinesen gehorchen, denn die Chefin erklärte uns, daß alle tibetischen Angestellten einschließlich ihrer Angehörigen keine traditionellen Riten mehr ausführen, keinen Weihrauch mehr verbrennen oder Klöster aufsuchen dürften. Wenn wir so etwas täten, würden wir unverzüglich entlassen werden. Niemand hätte es auch gewagt, weil es immer so viele Spitzel gab, die uns beobachteten“.

Unfaire Regeln hinsichtlich der Vergabe von Geschäftslizenzen führten im kommerziellen Sektor zu einer Dominanz der Chinesen, wo illegale Praktiken wie das Raubkopieren und das Unterbieten von Preisen die örtlichen Tibeter aus dem Geschäft geworfen hat. Dorje Tongmey aus der Kandze TAP, Sichuan, berichtet: „Ich verließ meine Heimat mit 20 Jahren, um in Lhasa ein kleines Geschäft aufzumachen. Ich mußte eine riesige Summe Geld von Verwandten und Freunden borgen, weil die Bank sich weigerte, mir zu helfen. Die Banken geben den Tibetern nur sehr selten Darlehen, und wenn sie es überhaupt tun, müssen die Tibeter alle ihre persönlichen Wertgegenstände und Habe hinterlegen, egal was die Höhe des Kredits ist. Die meisten Kredite werden chinesischen Regierungsbeamten und ihren Verwandten zugeteilt, die aber kein Pfand zu hinterlegen brauchen. Ohne das Vertrauen meiner Freunde und Familie hätte ich überhaupt nicht starten können“.

Diejenigen, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes von der Landwirtschaft abhängen, müssen mit den lokalen chinesischen Kadern Geschäfte machen, die ihre Produkte zu viel geringeren Preisen abkaufen, als diese auf dem Markt erzielen würden. Ein 44-jähriger Bauer aus Distrikt Kandze, Provinz Sichuan, der im Februar 2000 in Indien eintraf, erzählte: „Meine Familie zählte 12 Mitglieder, darunter 4 kleine Kinder. Wir hatten etwa 60 *mu* (1 *mu* = 62 m^2) Ackerboden, worauf wir Weizen und eine Art Hülsenfrüchte anbauten, aber nach jeder Ernte mußten wir unsere gesamten Erträge an die Chinesen verkaufen. Sie zahlten uns nur 35 Yuan pro Sack, während wir auf dem Markt 60, 70 oder zuweilen gar 100 Yuan pro Sack erzielt hätten. Und das wenige Geld, das wir für unsere Produkte bekamen, mußten wir dann den Chinesen in Form von Bezahlung für Dünger zurückgeben, für den sie uns 65 Yuan pro Sack abverlangten. Wegen dieser Zwangsverkäufe litten meine Familie und viele andere Bauersleute der Gegend permanent an Nahrungsmangel. Vielen Bauern blieb nichts übrig als betteln zu gehen, und in manchen Jahren war es so schlimm, daß ganze Familien des Hungertodes starben. Ehe die Chinesen kamen, hatten wir nie Knappheit an Nahrungsmitteln - alles haben sie nun zu ihrem eigenen Vorteil verändert.“

Dawa Dorje, ein Bauer aus Kyirong, Präfektur Shigatse, der im Januar 2000 nach Indien floh, berichtet über ähnliche Praktiken in seiner Gegend: „Wir konnten, was immer wir wollten, auf unseren Feldern anbauen, aber sobald die Erntezeit kam, rückten die Chinesen an und nahmen uns die Erzeugnisse weg. Wir bauten Kartoffeln, Weizen, Rapssamen und etwas Mais an, was alles von den Chinesen zu von ihnen selbst festgesetzten Billigpreisen aufgekauft wurde. Wir hatten keine Gelegenheit zu handeln oder um den Preis zu fälschen. Darüber hinaus mußten wir noch viel unseres Einkommens für den obligatorischen Kunstdünger ausgeben, der 150 Yuan pro Sack kostete. Diesen mußten wir jedes Jahr kaufen, weil er nur bei Dauereinsatz nützlich ist. Die paar chinesischen Bauern, die es in meiner Gegend gibt, wurden bald reicher als die tibetischen, weil sie nur die Grundsteuer bezahlen mußten, aber sonst ihre Erzeugnisse uneingeschränkt auf dem Markt zu höheren Preisen verkaufen konnten.“

Abb. 15 Tibetische Straßenarbeiter bei Tingri © TIN

Wo chinesische und tibetische Arbeiter dieselbe Arbeit leisten, hört man häufig von unterschiedlicher Besoldung, wobei die Gehälter der Tibeter nur die Hälfte (oder manchmal sogar noch weniger) von denen ihrer chinesischen Pendants betragen. So klagte der 29-jährige Nortso aus Kreis Ngamring der Präfektur Shigatse bei seiner Ankunft in Indien im Januar 2000 über die weitverbreitete Lohndiskriminierung in allen Beschäftigungssparten, besonders im Bauwesen: „Als ich bei einer Straßenbaufirma arbeitete, gaben sie mir für einen 8-Stundentag 15 Yuan. Das äußerste, was Tibeter bekommen konnten, waren 25 Yuan, während den chinesischen Arbeitern 40 Yuan, manchmal bis zu 80 Yuan pro Tag gezahlt wurden. Als ich beim Bau eines Fernmeldegebäudes in der Kreishauptstadt mitarbeitete, erhielt ich nur 10 Yuan pro Tag, während die Chinesen 50 Yuan bekamen.“

Von einer ähnlichen Disparität bei den Löhnen berichtete der 20-jährige Kalsang Tendar. Er betätigte sich zwei Jahre lang als Bauarbeiter und Rikscha-Fahrer in Lhasa, ehe er im Februar 2000 nach Indien floh: „Als ich auf dem Bau

arbeitete, merkte ich, daß die Chinesen 40 Yuan pro Tag bekamen – doppelt soviel wie die Tibeter - obwohl sie genau dieselbe Arbeit taten. Als ich mich bei dem chinesischen Bauunternehmer beklagte, antwortete dieser, die Chinesen seien eben qualifizierter, und ich sollte froh sein, daß ich überhaupt einen Job hätte. Darauf beschloß ich, wegzugehen und es als Rikscha-Fahrer zu versuchen, aber auch da fand ich dieselbe Benachteiligung. Um eine Rikscha zu pachten, mußte ich monatlich 40 Yuan bezahlen, während mein chinesischer Freund, der für dasselbe Unternehmen arbeitete, nur 25 Yuan pro Monat zahlte. Ich war so ärgerlich darüber, aber konnte nichts tun. Die chinesischen Arbeitgeber wissen ganz genau, wie verzweifelt wir Tibeter nach Arbeit suchen, was unsere Lage sehr miserabel macht."

Viele fest angestellte Tibeter wurden von unerwarteten Entlassungen betroffen, um für die immer größer werdende Zahl chinesischer Arbeitnehmer, die von außerhalb Tibets hereinströmen, Platz zu schaffen. Vor ihrer Flucht nach Indien im Januar 2000 arbeitete die 17-jährige Palden als Verkaufslehrling in einem staatlichen Einkaufszentrum in Lhasa. Durch die Beziehungen ihrer Großmutter und dank einiger „Geschenke" für den Chef wie Zigaretten und Schnaps hatte sie diesen Job erhalten. Sie erzählte: „Ich hatte großes Glück, daß ich diese Stelle überhaupt bekam, aber sie gefiel mir gar nicht. Für uns Tibeter gibt es keine Garantie bei der Beschäftigung, und wir wissen, daß wir jederzeit ohne irgendwelche Schuld unsererseits entlassen werden können. Eine ganze Menge Tibeter arbeiteten in diesem Geschäftsviertel, aber ich sah, wie viele von ihnen unter dem Vorwand, sie würden die Kunden nicht gut genug bedienen, entlassen und durch Chinesen ersetzt wurden. Die Chinesen erfinden irgendeinen Grund, um Tibeter hinauszuwerfen, weil sie wissen, daß wir uns nirgends beklagen können."

Der 28-jährige Thupten war insgesamt drei Jahre lang als Fremdenführer in Lhasa tätig, ehe er im November 1999 nach Indien entkam: „Um als *guide* zu arbeiten, braucht man eine Lizenz, die jährlich erneuert werden muß. In Lhasa gibt es viele Reisebüros, die alle staatlich geführt werden, und die Anzahl der *guides* beträgt etwa 300. Obwohl die meisten *guides* anfänglich Tibeter waren, werden nun immer mehr Chinesen eingestellt, die viele Erleichterungen haben: Sie bekommen eine Wohnung und brauchen ihre Lizenzen nicht jedes Jahr erneuern zu lassen. Die tibetischen *guides* sehen nichts von solchen Vergünstigungen - sie werden nur angewiesen, nicht über tibetische Freiheit und Menschenrechte zu sprechen. Manchmal werden die tibetischen *guides* auch von Spitzeln gefolgt und dann später zur Rede gestellt, warum sie irgendwo irgend etwas gesagt hätten. Keiner traut uns".

Gesundheitsfürsorge

Die chinesische Regierung behauptet immer noch, in Tibet gebe es freie medizinische Versorgung, aber die über die Grenze entkommenen Flüchtlinge berichten von diskriminierenden Belastungen, die im ganzen Land gang und gäbe sind. Die einschneidendste davon ist die Hospital-Kaution, die bis zu 5000 Yuan betragen kann und die unabhängig von der Schwere der Erkrankung bei der Aufnahme in ein Krankenhaus gefordert wird. Wie Flüchtlinge erzählen, behandelt das chinesische Krankenhauspersonal, welches den medizinischen Bereich dominierend, die chinesischen Patienten bevorzugt und verlangt in vielen Fällen eine geringere Kaution von ihnen oder verzichtet ganz auf sie. So berichtete Samten aus Distrikt Kyirong im Januar 2000, wenn man in einem Krankenhaus Aufnahme finden wolle, müsse man 2000 - 3000 Yuan hinterlegen: „Kann jemand das nicht geben kann, dann nehmen sie einen nicht auf, selbst wenn man dem Tode nahe ist. Die chinesischen Patienten brauchen überhaupt keine Kaution zu leisten, werden aber dafür besser und respektvoller behandelt. Bei kleineren Beschwerden werden manche Chinesen sogar unentgeltlich versorgt. Es macht mich so wütend, wenn ich sehe, wie Tibeter vor der Krankenhaustür sterben."

Abb. 16 Volkshospital der TAR in Lhasa © TIN

Viele Tibeter, die wegen der geschilderten ungerechten Besoldungspraxis wirtschaftlich dermaßen schlecht gestellt sind, daß sie diese hohen Kautionen nicht aufbringen können, sterben einfach, weil ihnen die medizinische Behandlung verweigert wird. Wegen des akuten Mangels an Medikamenten allerorten bekommen viele Tibeter, besonders Nomaden, von dem medizinischen Personal absichtlich abgelaufene oder falsche Medikamente ausgehändigt, denn dieses weiß sehr wohl, daß sie ungebildet sind und keinen Unterschied merken. Dhundup berichtete dem TCHRD im Januar 2000 über die Mißstände in seiner Region, der Golog TAP, Provinz Qinghai: „Die Medikamente in unserer örtlichen Krankenstation waren immer abgelaufen. Das Kreiskrankenhaus gab die abgelaufenen Medikamente an unsere Krankenstation zum Verkauf weiter, weil die meisten Leute in unserer Gegend arme und ungebildete Nomaden sind, die sich nicht auskennen. Selbst wenn wir Geld genug hatten, um die Arzneien zu kaufen, brachten sie uns keine Heilung. Manchmal verschlimmerten sie sogar noch unsere Beschwerden."

Die in den Krankenhäusern aufgenommenen Patienten erhalten sehr unterschiedliche Behandlung, denn den Chinesen stehen die besten Einrichtungen zur Verfügung - oft sogar ganz unentgeltlich - während die Tibeter auf unsaubere Stationen gelegt werden und dafür noch bezahlen müssen. Eine Tibeterin aus Shigatse, die im Januar 2000 in Indien ankam, berichtete dem TCHRD, welche Erfahrung einer ihrer Verwandten im Volkshospital gemacht hatte: „Als mein Cousin sich ein Bein brach, mußten wir 1.500 Yuan zahlen, um ihn ins Krankenhaus legen zu können.

Obwohl er nur 20 Tage dort war, betrug die Rechnung für die Behandlung 2.700 Yuan. Als ich ihn besuchte, wechselte ich auch ein paar Worte mit den chinesischen Patienten auf derselben Station, die ebenfalls Knochenbrüche hatten. Sie mußten auch zahlen, aber viel weniger als mein Cousin, und eine Kaution brauchten sie auch nicht zu hinterlegen“.

Erziehung

Auch bei der Struktur und Finanzierung des Erziehungswesens herrscht heutzutage in Tibet eine große Disparität, wobei sich staatliche Mittel größtenteils auf die Entwicklung von Schulen in Gegenden mit einem hohen Bevölkerungsanteil an chinesischen Siedlern konzentrieren. Tibeter auf dem Lande sehen sich gezwungen, Erziehungseinrichtungen auf ihre eigenen Kosten zu bauen und zu unterhalten.

Ein 60-jähriger Bauer aus dem Kreis Jomda in der Präfektur Chamdo erreichte im Januar 2000 Indien und erzählte: „In unserem Dorf gab es keine Schulmöglichkeiten, und fast alle Leute waren Analphabeten. Dann erklärten uns die Behörden, sie wollten in unserem Dorf eine Schule bauen, und wir waren alle voller Begeisterung. Weil es eine Gemeindeschule werden sollte, müßten wir sie selbst finanzieren und bauen, sagten sie. Von jeder Familie im Dorf sammelten sie Geld und Holz ein, und verpflichteten jeden Haushalt, eine Person zur Mithilfe bei der Bauarbeit zu stellen. Wir trugen alle so viel zum Entstehen dieser Schule bei, aber als sie fertig war, verloren die Behörden einfach das Interesse an ihr und schicken uns keine Lehrer, um uns zu unterrichten. Die Schule stand fast immer leer, weil keiner von uns wußte, wie man Unterricht hält. Nur wenn die Kader von der Kreisverwaltung kamen, mußten die Kinder hingehen, weshalb es uns schien, daß unsere ganze Arbeit nur dazu gedacht war, um der Außenwelt zu zeigen, wie die Chinesen uns geholfen haben. Vielleicht hatten sie überhaupt nie die Absicht gehabt, uns etwas Richtiges beizubringen“.

Tibetische Eltern und Kinder berichten auch von extrem hohen Gebühren und diversen Ausgaben, von denen chinesische Schüler ausgenommen sind, was im Widerspruch zu der Behauptung der Zentralregierung, die Grundschulbildung sei unentgeltlich, steht. Der 14-jährige Namsel, der in der Hoffnung, in Indien in einer Schule Aufnahme zu finden, aus Tibet floh, berichtet: „Zur Grundschule zu gehen, ist in Lhasa Pflicht, und Eltern müssen 1.000 Yuan Bußgeld zahlen, wenn sie ihre Kinder nicht zur Schule schicken. Ich besuchte 7 Jahre lang, von meinem 5. bis zu meinem 12. Lebensjahr, zusammen mit annähernd 1.000 anderen Kindern, von denen die meisten Chinesen waren, die Shol Volksschule. Die Eltern aller tibetischen Kinder mußten eine anfängliche Aufnahmegebühr von 400 Yuan zahlen, und danach 600-700 Yuan pro Halbjahr. Für chinesische Eltern galt ein ganz anderer Satz: nur 200 Yuan für die Aufnahme und nicht mehr als 450 Yuan an laufenden Schulgebühren. Das weiß ich, weil meine Mutter mit vielen Chinesinnen sprach. Ähnlich mußten die Tibeter 160 Yuan für die Schuluniform zahlen und 100 Yuan für Schreibmaterial, während den Chinesen nur 75 bzw. 60 Yuan abverlangt wurden. Darüber hinaus nahmen die Lehrer in Shol zuweilen den Tibetern ein wenig Extrageld ab, um für das Klassenzimmer benötigte Dinge zu kaufen, aber von den chinesischen Kindern forderten sie nie etwas. Keiner wagte zu fragen, warum diese Beiträge so unterschiedlich waren - ganz allgemein schauen sie eben auf uns als rückständige, schmutzige Tibeter herab“.

Abb. 17 Tibetische Kinder in der Barkhor Schule in Lhasa © TIN

Die 15-jährige Dolma aus Lithang in Sichuan berichtet ebenfalls, sie hätte das Doppelte der chinesischen Schüler an Schulgebühren bezahlen müssen: „Ich kam relativ spät zur Schule, erst mit 8 Jahren, und besuchte dann 5 Jahre lang die Kreisvolksschule von Lithang. Es war eine große Schule mit rund 700 Kindern, von denen etwa die Hälfte Tibeter waren. Diese mußten alle 6 Monate rund 200 Yuan Schulgebühren zahlen, während von den Chinesen nur 100 Yuan verlangt wurden. Ein paar chinesische Kinder, deren Eltern an der Schule angestellt waren, brauchten überhaupt nichts zu bezahlen. Zusätzlich sammelten manchmal die Lehrer von jedem Kind 20 Yuan ein, um Gegenstände für das Klassenzimmer zu kaufen, aber zuerst gingen sie zu den Tibetern, und nur wenn das nicht reichte, fragten sie noch die chinesischen Kinder“.

Das größte Problem ist wohl der tendenziöse Lehrplan, der auf chinesische Geschichte, Sprache und Wirtschaft ausgerichtet ist und jeglichen Unterricht in tibetischer Geschichte und Kultur verdammt. Der 22-jährige Nyiser aus Kreis Kawasumdo, Tsolho TAP, floh im Dezember 1999 aus Tibet und berichtet: „Ich lernte an einer Privatschule, die von einem gelehrten tibetischen Mönch aus dem Kloster Raja, das gleich rechts der Schule lag, geführt wurde. Die Schule trug früher einen anderen Namen, der dann aber wohl von der Lokalverwaltung geändert wurde, weil er für sie einen politischen Anklang hatte. Jetzt heißt sie *Jigme Gyaltsen Volksschule*. Auf jeden Fall waren die Kreisbehörden immer besorgt, die Schüler könnten unter den Einfluß der Mönche des benachbarten Klosters, von denen viele wegen Demonstrierens verhaftet worden waren, geraten, weshalb sie uns derselben ‘patriotischen Umerziehung’ wie die Mönche unterwarfen. Jedes Jahr mußten wir schriftliche Fragen beantworten wie: ‘Tibet ist seit 700 Jahren ein Teil Chinas - Ja oder Nein?’ Wir wurden auch mündlich geprüft, wobei jeder Schüler gefragt wurde, ob er den Dalai Lama

verabscheue oder nicht. Und wir alle bejahten notgedrungen diese Frage, weil wir Angst hatten, daß die Schule sonst geschlossen würde."

Diejenigen Kinder, die es bis zur höheren Schule bringen, sehen sich dort wegen des überwiegenden Gebrauchs der chinesischen Sprache, in der sie bisher keinen formellen Unterricht hatten, in einen großen Nachteil versetzt. Ein Mädchen aus Lhasa beschrieb die Probleme, die sie auf der Schule hatte: „Von der dritten Klasse an wurde Mathematik auf Chinesisch unterrichtet. Ich verstand überhaupt nichts von dem, was die Lehrerin sagte. So saß ich die ganze Zeit müßig da und wartete, bis die Klasse zu Ende war. Ich fiel natürlich in allen Mathe Tests durch, aber meiner Lehrerin war es egal, daß ich kein Chinesisch verstand, sie schalt mich einfach, ich hätte versagt, weil ich zu dumm sei."

Diese Diskriminierung im Erziehungswesen ist mit ein Hauptgrund, warum so viele Tibeter später auch in allen anderen Bereichen des täglichen Lebens benachteiligt werden.

Wohnungswesen

Auch auf diesem Sektor werden die Tibeter vor allem wegen des geschilderten Bevölkerungstransfers von Chinesen schwer benachteiligt. Diskriminierende Zuteilungsschemen sorgen dafür, daß chinesische Immigranten entweder gleich bei ihrer Ankunft in Tibet eine Wohnung erhalten oder daß sie oben auf die Warteliste kommen. So berichtete der 37-jährige Tsering aus Kyirong, Präfektur Shigatse, nach seiner Flucht nach Indien im Januar 2000: „Meine Familie und ich mußten viele Jahre lang in einer Lehmhütte hausen, obwohl wir auf der Warteliste für eine staatliche Wohnung waren. Die Betonhäuser, die viel bessere Wohnungen boten als unsere Lehmmauern, wurden immerzu den aus dem Osten zugewanderten chinesischen Familien gegeben. Als wir schließlich für eine mögliche Zuweisung an die Reihe kamen, war die Miete, die sie verlangten, so gestiegen, daß wir sie uns nicht mehr leisten konnten."

Der ebenfalls aus Shigatse stammende Wangyal berichtet: „Meine Familie wohnt noch in einem Holzhaus, wo es überall hereinregnet und im Winter alles gefriert. Wir wollten uns um eine Wohnung in einem Betonhaus bewerben, aber sie erklärten uns, die Warteliste sei sehr lange und die Wohnqualität übersteige außerdem unsere Einkommensklasse. Tatsächlich waren aber die Betonblocks bereits für chinesische Arbeitnehmer reserviert, die Beziehungen zu Regierungsbeamten hatten."

Abb. 18 Tibetische Mittelschule in Macho (Kanlho) © TIN

Um Platz für neue chinesische Immigranten zu schaffen, mußten sehr viele tibetische Familien ihre traditionellen Wohnhäuser räumen, die daraufhin abgerissen wurden. Die Hinausgeworfenen wurden oft nicht einmal entschädigt, vielmehr zusätzlich gezwungen, Mieten zu zahlen die viel höher als die ihrer bisherigen Behausungen waren. Offiziell wird diese Zerstörung mit „Verschönerung" oder mit Schaffung moderner, „sozialistischer" Siedlungen verbrämt, die der chinesischen Interpretation von „Schönheit" entsprechen. Das Resultat ist die Entstehung von Städten, die von der monotonen Einförmigkeit der chinesischen Plattenbauten geprägt sind und in denen vielleicht einige wenige dem Schein nach im „tibetischen Stil" gebaute Häuser den einzigen architektonischen Ausdruck tibetischer Kultur darstellen. Wo tibetische Gemeinschaften dieser „Verschönerung" standhalten, finden sie sich von modernen chinesischen Siedlungen bedrängt, und wegen der strikten Trennung der Wohnbereiche von Tibetern und Chinesen sind sie nicht an moderne Versorgungsnetze angeschlossen. Staatliche Beihilfen für die Einrichtung von fließendem Wasser, Elektrizität und ordentlichen sanitären Anlagen gibt es nur für chinesische Wohngebiete, während die tibetischen Gemeinden selbst zurechtkommen müssen. Ebenso wenig ist es den Tibetern möglich, ihre Behausungen zu verlassen und in bessere Gegenden zu ziehen, weil das chinesische Haushaltsregistrierungssystem die freie Wohnungswahl schwer einschränkt, und selten anderen Personen als chinesischen Siedlern die Erlaubnis für einen Umzug erteilt wird. Infolge dieser diskriminierenden Praktiken ist, insgesamt gesehen, nicht nur der Lebensstandard der Tibeter gesunken, sondern auch die Anzahl der Obdachlosen, die auf der Straße leben müssen, ist gewaltig angestiegen.

Öffentliche Vertretung

China erklärte 1965 Tibet zu einer autonomen Region, die sich selbst regieren und ihre eigenen administrativen Entscheidungen treffen kann. Nach nunmehr 30 Jahren klingt das Etikett „autonom" ebenso verlogen, wie all die vergangenen Jahre, denn das Land steht wie eh und je unter der Knute der Parteiherrschaft der Zentralregierung. Die kommunistische Kontrolle erstreckt sich auf jede Schicht der Gesellschaft, und Tibet genießt heutzutage genauso wenig Ausdrucksfreiheit wie während der Kulturrevolution. Obwohl es eine Reihe von Tibetern gibt, die innerhalb dieses Systems gehobene Positionen einnehmen, handelt es sich nur um eine Proforma-Vertretung, die keine reale oder effektive Entscheidungsgewalt hat. In den meisten Fällen dienen derartige Besetzungen von Ämtern mit Tibetern nur der Partei zur Legitimierung ihrer Macht oder sie sollen den Anschein erwecken, daß die Tibeter an der Führung

der Geschäfte ihres Landes mitbeteiligt sind. Einige Ernennungen werden auch in Übereinstimmung mit den offiziellen Richtlinien vorgenommen, und die Partei wäre dumm, sich nicht daran zu halten. Beispielsweise fordert die Verfassung, daß der Vorsitzende der Regierung und des Volkskongresses jeder Region und Provinz ein Angehöriger der größten Volksgruppe dieses Gebietes sein muß. Deswegen ist der Vorsitzende der Autonomen Region Tibet eben immer schon ein Tibeter gewesen. Doch die dominierenden Elemente der „TAR“ Regierung und des Volkskongresses bilden nach wie vor die reaktionären Partei-Loyalisten, und ihr ungeheures Maß an Autorität läßt nicht einmal die Möglichkeit zu, politische Vorstellungen aufkommen zu lassen, die im Widerspruch zu den Parteidekreten stehen könnten.

Dies gilt ebenfalls für die tibetischen Kader in staatlichen Stellungen. Jeder ihrer Schritte wird sorgfältig verfolgt und wenn nötig von Parteifunktionären getadelt, deren spezielle Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, daß „der Stabilität des Mutterlandes“ kein Abbruch getan wird. Im Februar 1999 wurde in der „TAR“ eine neue Kampagne vom Stapel gelassen, deren erklärtes Ziel es ist, „die Gesamtqualität der Kader, insbesondere ihre ideologischen und politischen Fähigkeiten zu verbessern“. Sie zielt ausdrücklich auf die „mit der Dalai Clique im Zusammenhang stehenden separatistischen Tendenzen“ ab und betont, daß alle staatlichen Angestellten eine positive Haltung zu Wirtschaftsreformen und der „Öffnungspolitik“ hinsichtlich des Zustroms chinesischer Siedler nach Tibet einnehmen müssen.

Und ein Jahr danach, im Februar 2000, wurden die Angehörigen der in Kreis Nyemo, Bezirk Lhasa, angestellten Kader von neuen Verordnungen betroffen, die angeblich „das Ansehen der tibetischen Beamten und ihren Ruf in den Regierungsämtern der VR China stärken“ sollten. Alle Mönche/Nonnen der Gegend, die Verwandte in der Regierung haben, wurden von den Behörden aufgefordert, sich aus ihren jeweiligen religiösen Institutionen zurückzuziehen. Nichtbefolgung der Order hatte zur Folge, daß ihre staatlich bediensteten Verwandten sofort ihre Stelle verloren, ohne Rücksicht darauf, was für eine Position sie innehatten.

Die große Mehrheit der höheren Verwaltungsbeamten in der „TAR“ sind Chinesen oder regimetreue Tibeter, die von ihren Vorgesetzten sorgfältig geprüft und ausgefiltert werden. Und nur sie dürfen überhaupt als Kandidaten bei den Pseudowahlen antreten. Der 39-jährige Dorje Tongmey, der im Februar 2000 nach Indien floh, hat sogenannte Wahlen sowohl in der Kandze TAP in Sichuan als auch in Lhasa, wo er 17 Jahre lang lebte, mitgemacht und erzählt: „Tibeter haben sehr wenig Gelegenheit, an maßgeblichen Entscheidungen auf irgendeiner Ebene teilzunehmen. Wahlen sind sinnlose Propagandafarcen - demokratische Fassaden, hinter denen sich interne Filterungsprozesse verbergen. Funktionäre und leitende Beamte werden immer von oben nach unten ausgewählt: Die Funktionäre auf Präfekturebene ernennen jene der Kreisverwaltung, und diese ihrerseits bestimmen die für die Gemeinden verantwortlichen Kader. Im Laufe dieser Prozesse wird das Volk irgendwann einmal zur Abstimmung gebeten, aber weil die Kandidaten ja schon alle von der Partei im voraus bestimmt sind, ist es gleich, wen die Leute wählen: Die Entscheidungen wurden ja bereits getroffen. Selbst wenn es irgendwann einmal vorkommen sollte, daß ein unabhängiger Kandidat bei einer Wahl gegen einen Partei-Kandidaten antreten darf, überwiegen in den meisten Regionen heutzutage bereits die Chinesen über die Tibeter, weshalb das Resultat nur den *status quo* bestätigen würde.“

Kapitel 5: Die Rechte der Frauen und Kinder

Kontrolle von Frauen und Kindern

Im Februar 2000 gab China ein Weißbuch über Menschenrechte heraus. Darin war die Rede von großen Fortschritten auf dem Gebiet der Menschenrechte und persönlichen Freiheiten, darunter auch was die Rechte von Frauen und Kindern betrifft. Berichte, die wir im Jahr 2000 aus Tibet erhielten, schildern jedoch eine ganz andere Realität, nämlich eine der zunehmenden Diskriminierung, Gewalt und des allgemeinen Mißstandes.

Ein im Juni 2000 von der *Tibetan Women's Association* (TWA) veröffentlichter Bericht bestätigt, daß „die Grundmenschenrechte in Tibet in grober Weise mißachtet werden, ein Zustand, der fünf Jahre nach der Gründung der *Beijing Platform for Action* in erschreckender Weise unverändert geblieben ist“. Im Jahr 2000 flohen 507 Frauen und 900 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren aus Tibet. Tibeterinnen werden von einer immer härteren und konsequenter durchgeführten Geburtenkontrollpolitik bedrängt ohne Rücksichtnahme auf ihr kulturelles Überleben und das ihrer Familie oder auf ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen. Die für Tibeter diskriminierenden und schlechten Gesundheitsdienste machen dieses durch die Sterilisierungen und die Verhütungstechniken entstandene medizinische Dilemma noch größer. Für nicht bewilligte Kinder werden Eltern zu außerordentlich hohen Geldstrafen verurteilt, während dem Kind selbst alle bürgerlichen Rechte abgesprochen werden.

Eine unverhältnismäßig hohe Zahl der wegen ihrer religiösen oder politischen Überzeugung zu überlangen Haftstrafen verurteilten Tibeterinnen machen die Nonnen aus. Weibliche politische Gefangene schweben in besonders großer Gefahr, während ihrer Festhaltung oder unmittelbar nach ihrer Freilassung ihr Leben zu verlieren. So kamen im Jahr 2000 zusätzliche Fakten heraus über die schwere Mißhandlung und den Tod von fünf Nonnen im Anschluß an die Proteste im Drapchi Gefängnis von 1998. Medizinische Behandlung wird den inhaftierten Nonnen konsequent verweigert, kleinere Verletzungen und Beschwerden werden als Vorwand abgetan, sie versuchten auf diese Weise der Arbeit oder den militärartigen Drillübungen zu entgehen, und ernste Erkrankungen werden erst dann bin zu einem

gewissen Grad behandelt, wenn sich die Gefangenen in einem äußerst ernsten Zustand befinden.

Tibetische Kinder sind innerhalb eines ohnehin schon minderwertigen Erziehungssystems von einem ungenügenden Zugang zu Erziehungseinrichtungen und von Diskriminierung betroffen. Untragbar weite Entfernungen, mangelhafte Einrichtungen, hohe Gebühren und tendenziöser Unterricht hindern die junge tibetische Generation daran, eine vernünftige Schulbildung zu erhalten und Wissen zu erwerben. Die bei der höheren Erziehung und auf dem Beschäftigungssektor herrschende große Diskriminierung läßt fast alle außer die Allerentschlossensten verzagen. Außerdem wissen die Tibeter ganz genau, wie nutzlos es ist, ohne den notwendigen finanziellen Rückhalt oder gewichtige Beziehungen höhere Stellungen anzustreben.

Den tibetischen Kindern wird auch die religiöse Erziehung verweigert, und Frauen, besonders Nonnen, sehen sich intensiver und heimtückischer Repression durch die Chinesen ausgesetzt. In einem Klima strenger Kontrolle droht wegen des geringsten Ausdruckes von Nicht-Einverstanden-Sein mit den Anweisungen der Behörden Ausweisung aus der jeweiligen Institution oder gar Verhaftung. 143 Nonnen wurden 2000 aus ihren Klöstern ausgewiesen. Neuesten Informationen zufolge könnte es derzeit 87 weibliche politische Gefangene in Tibet geben, von denen 74 Nonnen sind. Und von den 17 jugendlichen Häftlingen sind vermutlich 3 weiblich und 14 männlich.

Das Übel der Prostitution nimmt zunehmendes überhand, und obwohl die Mehrheit dieser Mädchen aus China kommen, gibt es eine deutliche und scheinbar wachsende Zahl von jungen Tibeterinnen, die aus Verzweiflung in dem blühenden Sexgewerbe enden. Schlechte hygienische Verhältnisse und ein totaler Mangel an entsprechender Aufklärung gefährden diese Mädchen immer mehr durch Hepatitis und HIV/AIDS. Pekings stillschweigende Billigung der Prostitution in Tibet steht nicht nur im Widerspruch zu der Politik in China selbst, sondern artet oft sogar in regelrechte Befürwortung aus.

Erzwingung der Geburtenkontrolle

Während des Jahres 2000 machte die chinesische Regierung ganz offen widersprüchliche Aussagen über das Bevölkerungswachstum in den „rückständigen westlichen Teilen des Landes“. Nachdem offiziell in den westlichen Regionen infolge der steigenden Bevölkerung gewisse negative Entwicklungen eingeräumt wurden, besann man sich wieder verstärkt auf die repressive Geburtenkontrollpolitik in Tibet. Das bedeutete ihre Ausweitung auch auf ethnische Minderheiten, die bisher ausgenommen waren - was eine flagrante Mißachtung der bestehenden Gesetze darstellt. Praktisch heißt dies, daß tibetische Nomaden- und Bauernfamilien nun streng auf zwei Kinder beschränkt sind, wobei sie mit finanziellen Anreizen von oben untere Druck gesetzt werden, sich auf eines zu beschränken; Kader und staatliche Angestellte wurden auf ein Kind gesetzt.

Dabei zeigen die offiziell genannten Fakten deutlich, daß die Bevölkerung der „TAR“ deutlich unter dem Ziel des neunten Fünfjahresplanes für Tibet liegt: So hat sich die Geburtenrate seit 1991 um 0,8% verringert, und das Nettobevölkerungswachstum ist gegenüber dem vergangenen Fünfjahresplan über 50% gefallen, womit es beträchtlich unter der Quote für die gesamte VR China liegt. Die offizielle Rechtfertigung basiert auf dem Argument, das Bevölkerungswachstum sei dem wirtschaftlichen Wachstum ein Hindernis im Wege, während durch Befolgung dieser Politik die finanzielle Lage der Familien verbessert werden könnte.

Die von den chinesischen staatlichen Organen auferlegte Geburtenkontrollpolitik verletzt nicht nur die gesetzlich festgelegten Rechte der Frauen, sondern bedroht besonders in den Nomaden- und Bauernregionen das Überleben der tibetischen Familien, sowie das eigentliche Leben der tibetischen Frauen. Die TWA bestätigt, daß „Verletzungen des Rechtes tibetischer Frauen auf Fortpflanzung nicht nachlassen, im Gegenteil zuzunehmen scheinen“. Der auf das Verwaltungspersonal ausgeübte Druck, die Ziele der Familienplanung zu erfüllen, verschärft die Lage zusätzlich.

Zu der Begrenzung der Anzahl von Kindern in einer Familie kommt die Vorschrift über einen zeitlichen Abstand von 2 bis 3 Jahren zwischen den Kindern hinzu; außerdem dürfen ledige Frauen keine Kinder bekommen. Auf lange Sicht gesehen, untergraben diese Politiken nicht nur die traditionellen Mittel der Landbevölkerung zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes, sondern weisen geradezu in Richtung von potentiellem Genozid.

Tibetische Familien sehen sich auch durch die schweren finanziellen Lasten in ihrem Überleben bedroht, welche einerseits durch die hohen Geldstrafen bei Nichteinhaltung der Vorschriften entstehen und andererseits durch die Kosten, welche ihre Einhaltung mit sich bringt. Im Jahr 2000 eingegangene Berichte liefern ein erschreckendes Bild exzessiver finanzieller Einzelforderungen und aufzehrender laufender Kosten. Die Gewinne, welche die chinesische Regierung auf diese Weise einzustecken hofft, bedeuten eine unerträgliche Last für die Mehrheit der Tibeter, die ohnehin schon unter der Armutsgrenze leben. Auf der anderen Seite pflegt die Regierung Familien zu belohnen, die sich auf ein Kind beschränken. Außerplanmäßigen Kindern werden die Grundmenschenrechte auf Erziehung, Lebensunterhalt und medizinische Versorgung verweigert, während ihre Eltern Gefahr laufen, ihre Arbeitsstelle zu verlieren.

Khando Kyi aus der Gemeinde Akham, Distrikt Ngaba, Provinz Sichuan, war bei der Familienplanungsbehörde angestellt. Zu ihren Pflichten gehörte die Bekanntgabe und Überwachung der Geburtenkontrolle und dafür zu sorgen, daß die Gesetze für Eheschließung und Mutter- und Kinderfürsorge eingehalten werden. Diese Behörde erhob jährlich Geldstrafen von 2000-3000 Yuan ($250-375) für ein über das Limit geborenes Kind, und von rund 80 Yuan ($10) bei Nichteinhaltung des Abstandes von 2-3 Jahren zwischen den einzelnen Kindern. Dazu kam im Januar 2000 eine neue Verordnung, für jedes überschüssige Kind im Dorf seien 200-800 Yuan aus dem Gemeindefonds zu entnehmen. Andererseits wird Ein-Kind-Familien bis zum 16. Lebensjahr des Kindes eine Belohnung von 12 Yuan ($1.50) im Monat

in Aussicht gestellt.

Die 25-jährige Bäuerin Dolma aus Lithang, Kandze TAP, Sichuan, erzählte, Mütter eines dritten Kindes müßten nicht nur 5.000 Yuan Strafe ($625) zahlen, sondern auch ledigen Müttern würden 1.800 Yuan ($225) abverlangt. Die Distriktoberen betrachten dritte Kinder als illegal und verweigern ihnen die Registrierung, die sie zu einem Personalausweis und zu dem vollen Status eines Bürgers berechtigen würde. Damit ist ihnen wiederum der Zugang zu Schulbildung und anderen Grundrechten verwehrt, was in direktem Widerspruch zu den von der PRC ratifizierten Grundsätzen der Konvention für die Rechte des Kindes steht.

Zwangssterilisierung und Zwangsverhütung

Außer daß sie diesen erdrückend hohen Geldstrafen für Überschreitung der Geburtenlimits unterliegen, werden tibetische Frauen routinemäßig zu kontrazeptiven Prozeduren gezwungen, die oft ein Risiko für ihr Leben darstellen. Der „Peking +5 Bericht“ der TWA (*Alternative Report on the Status of Tibetan Women: 1995-2000*) über den Status tibetischer Frauen bestätigt diese Situation und fügt hinzu, wie wenig geneigt Tibeterinnen sind, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen, weil sie fürchten, daß ihnen als Folge auch Abtreibung oder Sterilisierung drohen. Der Bericht erwähnt auch, daß die Müttersterblichkeitsrate in Tibet 3,2 mal höher als im übrigen China liegt.

Die Erlebnisberichte bezeugen, daß tibetische Frauen durch die unfreiwilligen Sterilisierungs- und Verhütungseingriffe permanente Gesundheitsschäden erleiden oder gar sterben, was eine direkte Verletzung der 1980 von China ratifizierten CEDAW Konvention (*Committee on Elimination of Discrimination against Women*) darstellt, sowie seiner eigenen zentralen Regierungspolitik, die formell die Anwendung von Gewalt verbietet, um Frauen zur Abtreibung oder Sterilisierung zu zwingen. Schlechte medizinische Einrichtungen, minderwertige Medikamente und ein unqualifiziertes medizinisches Personal sind die Hauptursachen, warum Tibeter in den Spitälern ein so niedriges Niveau der ärztlichen Versorgung und Hygiene vorfinden, wozu noch die Rassendiskriminierung kommt. Damit wird das Leben für tibetische Familien auf dem Lande noch schwerer, denn bei Erkrankung eines Angehörigen fehlt ihnen eine Arbeitskraft, und bei permanenter Arbeitsunfähigkeit wird die Arbeitslast und finanzielle Belastung für die Familie noch größer.

Bei einem Interview im Februar 2000 meinte ein 25-jähriger Nomade aus Distrikt Sangchu, Provinz Gansu, fest: „In Tibet gibt es heutzutage viele Probleme, aber das schlimmste ist die Geburtenkontrolle“. Eltern müßten für ein überschüssiges Kind 3000 Yuan ($375) Strafe zahlen, bei Abtreibung müßten sie die Krankenhauskosten und laufend die Kosten für die Empfängnisverhütung tragen. Die Zwangssterilisierung bringe ernste Gesundheitsrisiken für Tibeterinnen mit sich. Eine gesunde 20-jährige Frau aus seinem Dorf wurde nach ihrem zweiten Kind zwangssterilisiert, wonach sie todkrank nach Hause zurückkam und bald darauf starb. Die Ärzte behaupteten, sie sei einer schweren Krankheit erlegen. Die Frau seines Bruders wurde zur selben Operation gezwungen. Sie kam völlig geschwächt und krank zurück, unfähig Nahrung zu sich zu nehmen und kann seitdem überhaupt keine Arbeit mehr tun.

Die 19-jährige Yangchen aus dem Dorf Terda, Provinz Sichuan, berichtete von der in ihrer Region intensiv betriebenen Familienplanungspolitik. Kader der Gesundheitsämter von Gemeinde und Kreis kämen regelmäßig in die Dörfer, und Frauen, die bereits die Höchstzahl an erlaubten Kindern haben, würden zur Sterilisierung ins Krankenhaus bestellt. Die Geldstrafen für unerlaubte Kinder reichten von 2000 bis 3000 Yuan ($250-375), alle Beihilfen würden der Frau gestrichen und wenn jemand den Betrag nicht bezahlen könne, würden seine Habe statt dessen konfisziert. Der Dorfchef müsse jede Geburt registrieren und sie der Kreisbehörde melden.

Die intrauterine Spirale (*intrauterine device* = IUD) ist die häufigste verwendete Methode zur Empfängnisverhütung. Diese Pessare müssen alle 3 Jahre erneuert werden; die billigeren Ausführungen kosten 30 Yuan ($3.75), während sich wohlhabendere Frauen die bessere Qualität um 200 Yuan ($25) leisten können. Eine Frau aus Yangchens Dorf starb sogar wegen dieser Spiralen und zwei andere leiden an permanenten Gesundheitsstörungen.

Nach ihrer Ankunft in Dharamsala 2000 berichtete die 19-jährige Tamden Tsering, wie in ihrem Dorf in Kreis Haiyan, Tsojang TAP, Provinz Qinghai, alle Frauen mit 2 Kindern zwangssterilisiert wurden. Drei Frauen starben nach diesem Eingriff, und das einmonatige Baby einer dieser Frauen starb ein paar Wochen später. Den betroffenen Familien wurde keine Entschädigung gezahlt. Tanden Tsering meint: „Die Frauen in meinem Dorf haben alle schreckliche Angst vor diesem Eingriff, aber sie können ihn nicht vermeiden“.

Verweigerung der eigenen Wahl der Empfängnisverhütung

Das Beweismaterial enthüllt auch, daß den Frauen nicht nur verweigert wird, die Methode der Empfängnisverhütung selbst zu bestimmen, sondern daß in den verschiedenen Regionen auch unterschiedliche Methoden zur Anwendung kommen. Zwangssterilisierung, Einsetzen der IUD, Implantate in den Unterarm mit Langzeitwirkung oder orale Verhütungspillen werden in scheinbar willkürlicher Kombination von den verschiedenen Lokalbehörden geboten. Bestenfalls sollen diese den Schein erwecken, daß bei der Geburtenkontrollpolitik eine freie Wahl bestehe. Weit öfters werden die Bestimmungen einfach durchgesetzt, ohne daß irgendeine Option gelassen würde. Folglich erleiden die Frauen schreckliche Einschränkungen, die sich auch gegen ihren Glauben richten, in ihrem täglichen Leben, und sie haben gar kein oder kaum ein Wort mitzureden, welche Methode bei ihnen zur Anwendung kommt. Man hörte von Fällen, wo Frauen nach einem solchen Eingriff nicht einmal wissen, ob ihnen eine IUD eingesetzt wurde oder ob sie

sterilisiert wurden.

Die 23-jährige Nomadin Druklha aus der Golok TAP erzählte, wie die Familienplanung mit zwei Kindern pro Familie 1980 in ihrem Dorf eingeführt wurde. Seit jener Zeit wird bei einem dritten Kind eine Strafe von 5000 Yuan erhoben, und nach dem zweiten Kind ist die Sterilisierung durch chirurgischen Eingriff Zwang für die Frauen geworden. Sie berichtet, bei den Verhütungsmethoden gebe es keine Wahl, was bedeutet, daß die Frauen sich nicht gegen die mit hohem Risiko verbundenen Eingriffe wehren können. In Druklhas Dorf gibt es etwa 80 Familien, aus denen 70 bis 80 Frauen bereits zwangssterilisiert wurden.

Es gibt ständig neues Beweismaterial, daß zur Durchführung der Sterilisierung weiterhin politischer Druck ausgeübt wird. Frauen haben gar keine andere Wahl, als sich nach der Geburt von zwei Kindern sterilisieren zu lassen, weil sie sonst als politisch reaktionär abgestempelt werden und ernste Probleme bekommen. So müssen viele Frauen die Sterilisierung über sich ergehen lassen, nur um „die Regeln des Staates zu achten". Aus den Berichten geht hervor, daß Frauen, die sich gegen die Geburtenkontrolle aussprechen, wegen ihres „Trotzes gegen die chinesische Regierung" gerügt werden. So wurden bei einem Familienplanungs-Meeting in einer Gemeinde Frauen, die sich nicht sterilisieren ließen, „der Opposition gegen den Sozialismus" bezichtigt.

Beängstigend ist auch - wie aus den Berichten der Betroffenen von 2000 zu erkennen - die zusätzliche Repression und Kontrolle, die einige regionale Behörden durch die Geburtenkontrolle ausüben. Die 22-jährige Dhondup aus der Provinz Qinghai erzählte, daß zusätzlich zu der extrem strengen Geburtenkontrolle, die dort 1994 eingeführt wurde, mit einer für ein außerplanmäßiges Kind sieben Jahre lang zu entrichtenden Geldstrafe von 1.500 Yuan, weitere Frauen ohne Rücksicht auf ihr Alter und ihren ehelichen Status durch Verlosung zur Sterilisierung herausgepickt werden. Die vom Los bestimmte Frau kann sich nicht weigern, und wenn sie ein „gutes Beispiel" gibt, wird sie noch mit einem Bargeldbetrag oder einem Posten in der Lokalverwaltung belohnt. Chinesinnen sind natürlich von dieser Lotterie ausgeschlossen.

Tenzin, ein 21-jähriger ehemaliger Mönch aus Gemeinde Marthang, Distrikt Labrang, Provinz Gansu, berichtet, in Kreis Labrang der Gannan TAP erhalte jede verheiratete Frau ein gelbes Zertifikat und müsse jedes Jahr eines der üblichen Meetings mit dem Thema Geburtenkontrolle besuchen. Das Zertifikat müsse an einer sichtbaren Stelle in ihrer Wohnung angebracht werden, damit die regelmäßig erscheinenden Inspektoren es gleich sehen könnten. Bei den Inspektionsbesuchen müßten sowohl die Kinder als auch das Zertifikat vorgewiesen werden, auf dem auch steht, daß Frauen mit zwei Kindern in dem Spital ihrer Gemeinde oder ihrer Kreisstadt sterilisiert werden müssen.

Wie aus einer Studie von ICLT (*International Committee of Lawyers for Tibet*) hervorgeht, kommt als erschwerender Faktor die Verweigerung von pränataler oder postnataler ärztlicher Betreuung hinzu, entweder weil die Patientinnen zahlungsunfähig sind oder weil die Spitäler geschlossenen sind. Selbst wenn die Betreffenden eine gewisse medizinische Betreuung erfahren, so ist diese ungenügend: „Ein Kind erzählte, seine Mutter sei in der Nacht, als die Wehen einsetzten, zum Krankenhaus gegangen, aber abgewiesen worden mit der Begründung, es sei geschlossen. Sie gebar dann auf der Erde und das Baby starb".

Förderung der Prostitution

Bisher beliefen sich die Schätzungen über die Anzahl von Bordellen alleine in Lhasa auf bis zu 1.000, wobei es sich noch um eine vorsichtige Zahl handelt (*TIN Briefing Paper: Social Evils: Prostitution and Pornography in Lhasa*). Dabei existiert ein chinesisches Gesetz, welches Prostitution verbietet, und Peking behauptet gar, sie sei inzwischen „ausgerottet" (*China's White Paper on Human Rights, 17 February 2000*). Es gibt zwei Haupttypen von anerkannten Bordellen: die eigentlichen Bordelle und dann die vielen Bars, Clubs, Nachtclubs und Karaoke Bars, in denen die Mädchen ihr Gewerbe treiben. Viele dieser Häuser haben Hinterzimmer für die Prostituierten und ihre Kunden, so daß sie den Ort nicht zu verlassen brauchen.

Hepatitis und HIV/AIDS stellen eine weitere, immer größer werdende Gefahr in Tibet dar. Untersuchungen zeigen, daß in einigen Gegenden Chinas bis zu 80% der Prostituierten Hepatitis haben. Obwohl diese Misere von der chinesischen Regierung geleugnet wird, ist HIV/AIDS merklich im Steigen begriffen und wird unvermeidlich zu einem größeren Gesundheitsproblem in Tibet werden. Leider steht nur wenig Information über die aktuelle Lage zur Verfügung, aber Berichte deuten an, daß es praktisch keine Präventivmaßnahmen und Aufklärung über diese Krankheiten gibt. Auch die banalsten Schutzmethoden werden nicht oder nur sporadisch angewandt. Ein kürzlich aus Lhasa erhaltener Bericht deutet an, daß zwar einige Prostituierte bei chinesischen Kunden Kondome benützen, die ihre eigenen mitbringen, diese jedoch von den tibetischen Kunden verabscheut und nicht benutzt werden.

Die Zunahme der Prostitution stellt besonders bei dem großen Zustrom von chinesischen Prostituierten eine deutliche Bedrohung für die Verbreitung von HIV/AIDS dar, aber wegen der stillschweigenden Duldung dieser illegalen Praxis durch die Obrigkeit wird nichts zu ihrer Unterbindung getan. „Obwohl die Zentralregierung und die verschiedenen Provinz- und Lokaladministrationen einige Versuche machten, dem Sexgewerbe Einhalt zu gebieten, gab es zahlreiche glaubhafte Berichte in den Medien darüber, wie Lokalbeamte Komplizen bei der Prostitution sind. Bisher waren alle Bemühungen, gegen dieses lukrative Gewerbe durchzugreifen, bei dem organisierte Verbrecherbanden, Geschäftsleute und sogar die Polizei und das Militär mit im Spiel sind, im großen und ganzen wirkungslos" (*US Department of State: Human Rights Report*, Februar 2000).

Lhasa ist jedoch nicht der einzige Bezirk, in dem sich die Prostitution in Tibet sich einnistete und gedieh. Es gibt

genügend Berichte über die Zunahme des Sexgewerbes auch in verschiedenen Kleinstädten in ganz Tibet, und konstant heißt es, Kader und Polizei seien Mittäter oder würden sie gar regelrecht unterstützen.

Abb. 19 Die Prostitution floriert in Lhasa © TIN

Rinchen Paldon, eine 20-jährigere Schullehrerin, erzählte im Oktober 2000, Prostitution würde in der Dorfschaft Pashoe inoffiziell gebilligt. Anfänglich sei hinsichtlich des Sexgewerbes Diskretion geübt worden, es hätte in Bars und Karaoke-Buden stattgefunden, aber 1997 wurden dann für die Dutzenden aus China gekommenen Prostituierten regelrechte Unterkünfte gebaut, und es sei ihnen erlaubt worden, ihr Gewerbe ganz offen zu betreiben.

Einem Artikel in *Kathmandu Post* vom 1. März 2000 zufolge ist Dram, eine tibetische Ortschaft gleich jenseits der Grenze zu Nepal, ein populärer und frequentierter Treffpunkt für Nepalis geworden, die von dem florierenden Prostitutionsgewerbe dort angezogen werden. Nepalesische Geschäftsleute, Reisende und LKW-Fahrer machen den Großteil der Kunden in den etwa 12 Bars aus, die seit Mitte der Neunziger „verschiedene Formen von Sex“ anbieten. Es heißt in dem Bericht, diese Bars seien leicht an den funkelnden Lichterketten und den Neonreklamen erkennbar, und die Mädchen seien allesamt chinesischer Nationalität. Die Preise lägen bei Rs. 1000-2000 (US$110-220), und die Besitzer der Bars müßten Steuern an die Regierung abführen, obwohl dieser Punkt offiziell nicht bestätigt wurde.

Am 1. Juli 2000 lancierte Peking die „Schlag-hart-zu“ Kampagne gegen Drogen, illegales Glücksspiel und Prostitution. Einem Zeitungsbericht vom Dezember 2000 zufolge sei daraufhin die Prostitution in China etwas zurückgegangen, aber die lokale Polizei meint, es handle sich nur um eine vorübergehende Maßnahme von nicht allzu großer Wirkung. Außerdem gibt es keine Hinweise, daß dieser Teil der Kampagne auf irgendeiner Ebene in Tibet durchgeführt worden wäre, was wiederum den Verdacht auf die aktive Handreichung der Regierung bei der Prostitution in tibetischen Gebieten bestätigt. Eine 20-jährige Tibeterin, die ein Jahr in einer Bordell-Bar in Lhasa arbeitete, beschreibt, wie am Eingangsschalter eine Glocke geläutet wurde, sobald die PSB Beamten zur Inspektion kamen, und alle Prostituierten sich schnell oben versteckten. Dabei waren solche Besuche selten. Sie erzählte auch, ihre chinesischen Freundinnen hätten erwähnt, in Tibet dürfe man so etwas tun, während es in China verboten sei. Dort würden die Behörden ein derartiges Lokal innerhalb zwei bis drei Tagen schließen.

Thupten, ein früherer Bürger von Kham, der im November 2000 in Indien eintraf, hielt sich vor seiner Flucht 10 Tage lang in Lhasa auf. Er sah, wie viele arme Leute aus Osttibet, unter denen auch viele junge Männer und junge Mädchen sind, auf Pilgerfahrt oder Arbeitsuche nach Lhasa kommen. Er beschreibt, wie sowohl tibetische als auch chinesische Bar- und Restaurantbesitzer, die besonders nach diesen jungen Leuten spähen, Beute auf die hübschen Mädchen machen. Sie identifizieren diese gleich bei ihrer Ankunft und bieten ihnen dann in ihrer Bar oder ihrem Restaurant Arbeit an. Nachdem sie einige Zeit lang normale Tätigkeiten verrichtet haben, werden sie dann von ihrem Arbeitgeber unter Druck gesetzt, in seinem Nachtlokal Prostitution zu betreiben. Thupten zufolge seien die meisten dieser Mädchen jung und bemitleidenswert.

Dieses Szenario wurde kürzlich von einem westlichen Touristen bestätigt, der mit einer jungen tibetischen Prostituierten in Lhasa sprach. Das 17-jährige Mädchen war von ihrem Zuhause in Shigatse weggelaufen, um in Lhasa zu arbeiten, und wurde sofort als Prostituierte eingestellt. Ihre Arbeitgeber sind Tibeter, welche die Bar von der Regierung anmieteten. Ihr Wohnraum, der zugleich ihr Arbeitsraum ist, weist kaum Ausstattung auf, es fehlt an Hygiene, und sie hat überhaupt keine Privatsphäre. Das Mädchen, welches trockenes, fahles Haar und schmutzige, gelbliche Haut hat, sitzt trinkend und rauchend an der Bar und ist bei schlechter Gesundheit. Dem Beobachter zufolge scheint es in Lhasa verglichen mit der vorhandenen Kundschaft einen Überschuß an Prostituierten zu geben, so daß viele Mädchen lange Zeit müßig dasitzen.

Unterdrückung des religiösen Glaubens

Chinas Behauptung, „ethnische Minderheiten genießen begünstigt von spezifischen staatlichen Politiken Religionsfreiheit“ (*China's White Paper on Human Rights,* Peking 17.2.2000) wird von den direkt aus Tibet berichtenden Augenzeugen fortlaufend widerlegt. China bekennt sich zu dem *International Covenant on Civil and Political Rights,* der das Recht auf freie Religionsausübung schützt, verstößt aber durch die unbeschreiblich grausame und offene Bedrängnis von Mönchen/Nonnen und Novizen, sowie die willkürliche Festnahme und brutale Folterung so

vieler Nonnen ständig gegen diese Abmachungen.

Nonnen und Jugendlichen unter 18 Jahren wird ihr Recht auf Religionsausübung verweigert. Eine offizielle Verfügung zwang staatliche Bedienstete, ihre Kinder aus religiösen Institutionen nach Hause zu holen. Diese Anordnung wurde weiter durch die Instruktionen in einem in *Tibet Daily* veröffentlichten Artikel verschärft, der von dem Disziplinarkomitee der Sport- und Erziehungsbehörde des Bezirks Lhasa für Eltern stammt und demzufolge „Kinder im Geist des Atheismus zu erziehen sind, um ihnen über den schlechten Einfluß der Religion hinwegzuhelfen".

Das prominenteste Exempel aus letzter Zeit für das derzeitige Ausmaß religiöser Repression ist die überraschende Flucht des jungen 17. Karmapa, der seinen traditionellen Sitz in dem Kloster Tsurphu aufgab und sich ins Exil nach Dharamsala begab. Weil ihm freier Zugang zu seiner Religion und eine normale und neutrale Erziehung verweigert wurde, beschloß er - obwohl er sich der Folgen seine Handlung wohl bewußt war - der Not gehorchend in ein Land zu fliehen, wo ihm diese Möglichkeiten geboten werden.

Trotz ihres erwiesenen Weigerung, ratifizierte und legalisierte Menschenrechtsnormen und Prinzipien in ihrem eigenen Land oder in Tibet einzuhalten, sind die Chinesen schnell dabei, sich auf internationalen Foren auf allgemein anerkannte Gesetze zu berufen, wenn ihnen diese in den Kram passen und ihren Zwecken dienen. Ngodup Palzom, die ältere Schwester des Karmapa, die zusammen mit ihm im Januar aus Tibet floh, berichtete von den Drohungen der chinesischen Regierung, die ihr durch ihren Onkel mütterlicherseits übermittelt wurden: „Die Chinesen drohten, sich an unseren Eltern, Verwandten und Anhängern zu rächen, sollten wir nicht nach Tibet zurückkehren. Wenn wir nicht freiwillig zurückkämen, würden sie Druck auf unsere Eltern ausüben, daß diese an die internationale Gemeinschaft appellieren, ihnen ihren noch minderjährigen Sohn zurückzugeben, der von gewissen Elementen zur Flucht aus Tibet verführt wurde". Wie ihm aufgetragen war, fügte der Onkel hinzu. „Indien müsse, wenn der Druck gemäß den internationalen Gesetzesnormen für Minderjährige verstärkt würde, schließlich nachgeben und den Karmapa zurückschicken".

Schikanieren von Nonnen

Tibetische Nonnen sind Opfer verschiedener Arten von Schikanen und haben trotz der Behauptung der chinesischen Regierung, „der Staat schütze die Freiheit des religiösen Glaubens und erlaube normale religiöse Aktivitäten seiner Bürger" (*China's White Paper on Human Rights*) keinerlei Freiheit, ihre Religion ausüben. Die Einquartierung von sogenannten „Arbeitsteams" in den Nonnenklöstern ist ein regelmäßiges Geschehnis, das nicht nur die Routine des täglichen Studiums durcheinanderbringt, sondern die Frauen auch zur Leugnung der grundlegenden Glaubensüberzeugungen ihrer Religion zwingt. Jedes geringste Zeichen von Aufbegehren hat schlimme Folgen und führt oft zur Ausweisung aus der Institution, gekoppelt mit dem Verbot, fortan überhaupt an keinen religiösen Zeremonien mehr teilzunehmen. Das endet damit, daß die Nonnen unter ständiger Überwachung der Behörden stehen und überhaupt keine Bewegungsfreiheit mehr haben.

Die 17-jährige Nonne Tsetan Lhamo aus Kreis Nyemo, Bezirk Lhasa, kam im Mai 2000 in Indien an. Als sie zuerst ins Kloster eintrat, gab es dort zehn Nonnen, nun sind es nur noch sieben. 1998 wurden etwa 23 Nonnen aus drei verschiedenen Klöstern zur „patriotischen Umerziehung" in das Gemeindezentrum zitiert. Vier Monate lang hielten 10 Kader jeden Tag morgens und nachmittags Indoktrinierungssitzungen ab, bei denen die Nonnen auch einzeln auf Fragen antworten mußten. Zwei Nonnen wurden dabei hinausgeworfen mit der Begründung, „sie hätten die Umerziehungsklassen geschwänzt und vor den Beamten ein schlechtes Benehmen an den Tag gelegt". Außerdem wurde ihnen verboten, sich einem anderen Kloster anzuschließen.

Im Juli 1999 führten Kader von Gemeinde und des Landkreis dann sogenannte „Umerziehungs-Auswertungssitzungen" in den Klöstern durch. Drei Tage lang knöpften sie sich jede Nonne einzeln vor, und dann riefen sie alle Nonnen der Dorfschaft zu weiteren 8 Tagen „Umerziehung und Auswertung" zusammen, diesmal in Anwesenheit von Polizeibeamten des PSB.

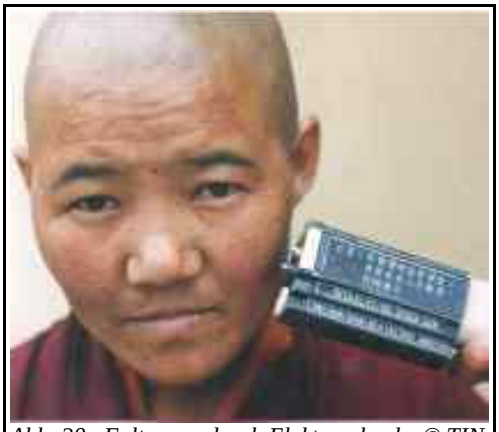
Abb. 20 Folterung durch Elektroschock © TIN

Gleichzeitig registrierten die Dorfoberen alle Gegenstände im Besitz der Nonnen. Dabei wurden zwei weitere Nonnen wegen „Mißachtung der Anordnungen und schlechten Benehmens" hinausgeworfen,. Beiden Nonnen ist es nun verwehrt, an irgendeinem religiösen Akt teilzunehmen oder in ein anderes Kloster zu gehen. Sie stehen unter ständiger Überwachung und müssen sich die nächsten drei Jahre lang zweimal monatlich bei dem PSB ihrer Gemeinde melden. Die Staatsdiener mahnen die Nonnen immer wieder, nach Arbeit in einem Hotel oder Geschäft zu suchen, aber der sehnlichste Wunsch beider ist nur, so schnell wie möglich nach Indien zu fliehen, um ihre religiösen Studien fortsetzen zu können.

Festhaltung von Kindern

Mit der Ratifizierung der Konvention für die Rechte des Kindes verpflichtete sich China, festgenommene Minderjährige

human und respektvoll, im besten Interesse der Kinder, zu behandeln. Auch hier zeigt das zur Verfügung stehende Beweismaterial, wie die Chinesen sich quer durch alle Schichten der tibetischen Bevölkerung hindurch wie eh und je über die Grundmenschenrechte hinwegsetzen. Dem von ICLT (*International Committee of Lawyers for Tibet*) im Juni 2000 herausgegebenen Bericht *A Fabric of Fear: Children's Rights in Tibet* zufolge „werden sogar sechsjährige Kinder wegen politischer Vergehen festgenommen und ohne Anklage oder Kontakt zu ihrer Familie unter harten Bedingungen festgehalten und durch Schläge, Elektroschocks und psychologische Torturen gefoltert". Weiter heißt es, sie müßten oft die Haftzellen mit Erwachsenen teilen und zuschauen, wie die Aufseher andere Gefangene foltern.

Es ist auch die Rede davon, daß es die Polizei im Falle von Verhaftungen von Jugendlichen oftmals unterläßt, ihre Angehörigen zu benachrichtigen. Außerdem erklärten die Gefängniskader den Kindern überhaupt nicht, für wie lange sie eingesperrt sind. Keines der Kinder hatte Zugang zu einem gesetzlichen Beistand, und nur zwei von den für den Bericht interviewten 19 Kindern wurden kurz vor Gericht gestellt. Die Polizei würde die Kinder auch außerhalb des Gefängnissystems mißhandeln, weshalb derartige Vorfälle in Berichten über politische Inhaftierung gar nicht auftauchen.

Anfang April 2000 fuhren einige tibetische Schüler von Indien aus nach Tibet, um in den Ferien ihre Verwandten dort zu besuchen. Die Behörden verhafteten ein paar dieser Schüler an der Grenzstation Dram und weitere in Lhasa. Die in Dram Festgenommenen wurden zuerst in das Nyari Gefängnis in Shigatse geworfen, von wo einige dann nach Lhasa verlegt wurden. Der Grund für die Festnahme war der Verdacht politischer Betätigung, wobei einige sogar des Dissidententums beschuldigt wurden.

Die chinesische Verfassung erklärt, „sie schütze die legitimen Rechte und Interessen der im Ausland wohnenden Chinesen und wahre die legalen Rechte und Interessen von aus dem Ausland zurückgekehrten Chinesen". Auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren" (Art. 13). Den Umstand, daß diese Schüler ihr Recht auf Verlassen ihres Landes ausüben mußten, weil ihnen wegen der Verfolgung und Diskriminierung eine richtige Erziehung in ihrem eigenen Lande verwehrt wurde, räumen die Behörden in Tibet lieber nicht ein. Von offizieller Seite wurde zudem erklärt, jeder Bürger, der etwas mit Schulen, die von der tibetischen Regierung-im-Exil verwaltet werden, zu tun habe, sei ein Kollaborateur der „separatistischen Dalai Clique". Damit wird die betreffende Person dann ganz einfach der Kategorie der „Gefährdung der Staatssicherheit" zugeordnet, damit sie der strafrechtlichen Verfolgung unterliegt.

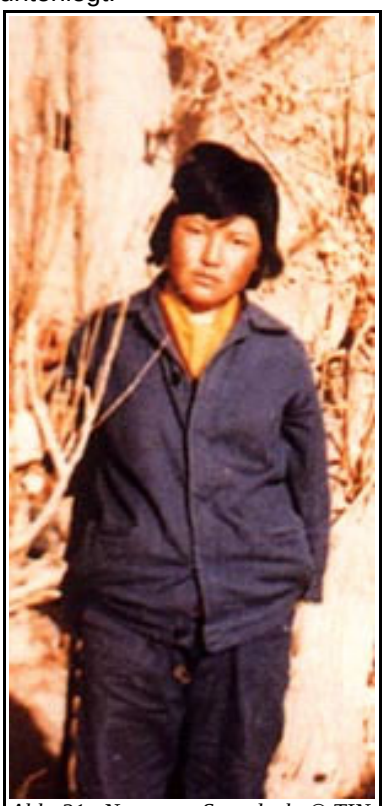
Abb. 21 Ngawang Sangdrol © TIN

Das Leiden von Ngawang Sangdrol geht weiter

Ngawang Sangdrol, die derzeit zu der längsten Haftstrafe verurteilte weibliche politische Gefangene in Tibet, wurde noch als Minderjährige verhaftet. Ngawang Sangdrols tapferes, gewaltloses Ringen um Freiheit und Unabhängigkeit wurde kürzlich sogar vom Europäischen Parlament anerkannt, als es sie im Oktober 2000 zu einer von vier Kandidaten für den Sacharow Preis für die Freiheit des Denkens nominierte. Dieser Preis wird seit 1988 jedes Jahr an Einzelpersonen oder Organisationen, die einen bedeutenden Beitrag zur Förderung der Menschenrechte leisteten, vergeben. Chinas Reaktion war die der Standardphrasen. Der Sprecher des Außenministeriums Zhu Bangzao mahnte das Europäische Parlament: „Wir sind strikt dagegen, daß das Europäische Parlament den Sacharow Preis benutzt, um sich in Chinas interne Angelegenheiten einzumischen".

Ein Minderjähriger immer noch festgehalten

Mit 12 Jahren ist Gedhun Choekyi Nyima derzeit der jüngste politische Gefangene der Welt. Drei Tage vor dem Verschwinden des damals sechsjährigen Knaben und seiner Eltern am 17. Mai 1995 anerkannte der Dalai Lama Gedhun Choekyi Nyima als den 11. Panchen Lama Tibets. Nach vielen widersprüchlichen Gerüchten über ihren Verbleib gab die chinesische Regierung im Mai 1996 schließlich zu, daß sie den Knaben und seine Eltern festhalte. Im November 1999 erklärte China, er stehe immer noch unter besonderem „staatlichen Schutz", aber trotz des beständigen Druckes ausländischer Regierungen und weltweiter NGOs verweigert die chinesische Regierung weiterhin Außenstehenden, das Kind und seine Eltern besuchen zu dürfen, um zu überprüfen, ob die offiziellen Aussagen über seine Gesundheit und sein Wohlergehen richtig sind.

Der 28-jährige Nomade Jampa Tsering stammt aus derselben Ortschaft in Distrikt Lhari, Präfektur Nagchu, wie Gedhun Choekyi Nyima. Er erzählte, im März 1999 hätten die Eltern des Panchen Lama dem Haus ihrer eigenen Eltern einen kurzen Besuch abgestattet, seien aber am selben Tag wieder abgereist. Bewohner des Ortes wurden daran gehindert, mit ihnen zu sprechen, und sie haben keine Ahnung über den Aufenthaltsort der Familie. Die Regierung läßt keine Fragen über den Panchen Lama oder seine Familie zu.

Im Oktober 2000 brachten die Briten bei einer Gesprächsrunde in London über Menschenrechte mit China das Thema

Gedhun Choekyi Nyima zur Sprache. In einem schriftlichen Bericht des assistierenden Außenministers John Battle an das Britische Parlament heißt es: “Wir ersuchten die Chinesen, einer neutralen Person, die sowohl der chinesischen Regierung als auch den Tibetern akzeptabel ist, Zugang zu dem Knaben zu gewähren, um sich seiner Gesundheit und Lebensumstände zu vergewissern. Die Chinesen antworteten, dem Knaben ginge es gut, und er besuche die Schule. Sie sagten, seine Eltern wünschten nicht, daß internationale Figuren und Medien in sein Leben eindringen. Zwei Photos, die angeblich den Panchen Lama darstellen, wurden uns kurz gezeigt, aber nicht ausgehändigt.“ Die Chinesen zeigten der britischen Delegation von der gegenüberliegenden Seite des Konferenztisches aus zwei Photos - auf dem einen war ein Junge zu sehen, der chinesische Schriftzeichen auf eine Wandtafel malt, und auf dem anderen ein Tischtennis spielender Junge. Es war unmöglich, das Kind richtig zu identifizieren, die Photos zeigten nur einen Knaben von annähernd demselben Alter. Ebenso wenig konnte man seinen Aufenthaltsort ausmachen.

Kontrolle der Erziehung

„Das Recht auf Bildung wird in dem Neuen China garantiert und verwirklicht“ - lauten die anmaßenden Worte einer Regierung, die der internationalen Gemeinschaft beweisen will, daß sie die von der Konvention für die Rechte des Kindes erstellten Forderungen erfüllt. Dem gegenüber zeigen die uns aus den chinesisch beherrschten tibetischen Regionen erreichenden Informationen, was die Realität hinter Pekings Statements ist, und daß sie gänzlich verschieden ist von all den „netten Dingen“, welche die Chinesen verbreiten.

Kürzliche Angaben, „bis Ende 1999 seien 83,4% der Kinder im schulfähigen Alter in Tibet in Schulen eingegliedert worden“, müssen skeptisch betrachtet werden, sowohl was den angegebenen Prozentsatz betrifft als auch die Qualität des in diesem Erziehungssystem vermittelten Unterrichts. Der oben zitierte Bericht von ICLT über tibetische Kinder deutet darauf hin, daß die Analphabetenrate in Tibet immer noch um die 70% liegt. Noch grotesker nimmt sich eine Notiz von *Tibet Daily* aus, 80% der zu Studienzwecken außerhalb der „TAR“ geschickten Schüler seien Tibeter, denen 20% Chinesen gegenüberstünden; dies wurde sogar von dem eigenen chinesischen Zensus widerlegt, der von 504 Tibetern und 515 Chinesen spricht (*Tibet Daily* 18.8.2000).

Die Schließung der international geförderten Gyatso Waisenschule in der Präfektur Chamdo im Oktober 1999 beendete nicht nur die Schulausbildung dieser Kinder, sondern warf viele von ihnen auf die Straße. Durch die Zurücknahme von Schülern aus Schulen unter der Verwaltung der tibetischen Exilregierung in Indien mußten viele Schüler, die oft in ihrem Abschlußjahr waren, ihre Erziehung abbrechen und sich widerwillig in eine unsichere und eingeengte Zukunft begeben. Diese Order offenbarte noch einen deutlichen Widerspruch bei der Durchführung von politischen Richtlinien: Diese Studenten waren von den genannten Schulen ja gerade freiwillig zurückgekehrt, und wurden trotzdem bei ihrer Rückkehr wegen angeblicher Assoziierung mit der „separatistischen“ Exilregierung festgenommen.

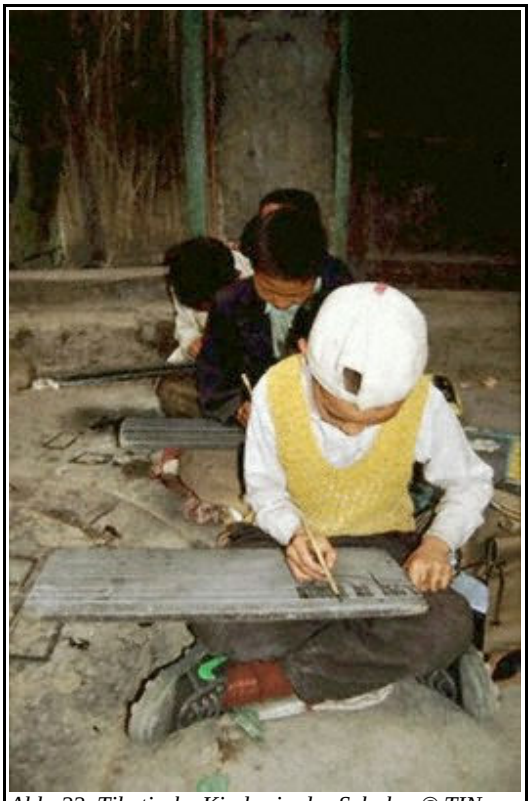
Abb. 22 Tibetische Kinder in der Schule © TIN

Aus Tibet kommende Berichte zeigen auch, daß Rassendiskriminierung immer noch in dem Erziehungssystem wuchert. Auch ist die geringe Quote des Schulbesuchs tibetischer Kinder, besonders in den ländlichen Gegenden, wo die Mehrheit der tibetischen Bevölkerung wohnt, nicht zu leugnen. Der 22-jährige Nomade Thupten Gelek erhielt ebenso wenig wie seine Geschwister eine Schulbildung in Tibet, weil die nächste Schule 50 km entfernt war und es keine Straße dorthin gab. In den 25 Dörfern der Gemeinde, in der er wohnte, beträgt die Einwohnerzahl schätzungsweise 5.000. Er berichtet, wie 1997 für je 6 Dörfer eine Schule gebaut wurde, aber die schlechte Einrichtung und die überhöhten Schulgebühren führten dazu, daß der durchschnittliche Schulbesuch nur 30 Tage pro Jahr betrug. Außerdem mußten die Lehrer ihre Unterrichtspflicht mit den täglichen nomadischen und bäuerlichen Tätigkeiten, mittels derer sie ihren Lebensunterhalt bestritten, in Einklang bringen.

Die Hauptgründe für die ungenügende Bildung waren, wie aus den uns im Jahr 2000 zugegangenen Zeugenberichten ersichtlich ist, der Mangel an zur Verfügung stehenden Schulen, die oft extrem diskriminierenden und exorbitanten Schulgebühren, sowie eine alles überschattendes Gefühl der Nutzlosigkeit des Schulbesuchs wegen der schlechten Aussichten auf Beschäftigung oder auf weitere Ausbildung nach Abschluß der Schule.

Sogar der einstmalige Vorsitzende der „TAR“ Regierung Gyaltsen Norbu gab zu, daß „ein Drittel der Kinder der TAR sich den Schulbesuch nicht leisten kann“. Dies steht in direktem Gegensatz zu der Konvention für die Rechte des Kindes, die freie Erziehung für alle Kinder fordert. Ein 25-jähriger Student stellt fest: „Es gibt eine Menge Probleme, welche die Außenwelt zur Kenntnis nehmen sollte, und die Schulgebühren sind extrem hoch, weshalb man einfach keine Erziehung erhalten kann“. An Gebühren würden bis zu 10.000 Yuan (US$1.250) jährlich verlangt, und das, obwohl es Privatlehrer gibt. Auf diese Weise könnten nur wenige überhaupt sich eine Ausbildung leisten: „Nur ein paar Kinder,

deren Familien sehr reich sind, können zur Schule gehen. Selbst wenn sie dann einen Abschluß erreichen, nützt er ihnen nichts, weil sie keine Stelle bekommen“.

Obwohl es noch einige tibetisch-sprachige Schulen gibt, weiß inzwischen jedermann, daß die Kenntnis des Chinesischen wesentlich ist, wenn jemand auch nur die geringste Chance auf Fortbildung oder Beschäftigung haben will. Das Resultat ist, daß tibetische Kinder immer mehr die auf Chinesisch gehaltenen Unterrichtsklassen besuchen, ohne daß sie eine gute Grundlage in ihrer eigenen Sprache hätten. Ihre chinesischen Lehrer und Klassenkameraden haben überhaupt kein Verständnis für ihr Dilemma, denn gründlich indoktriniert wie sie sind in der Idee, daß Tibeter eine ignorante und rückständige Rasse seien, sehen in deren Unvermögen mitzukommen, und den daraus resultierenden schlechten Noten, einen Beweis für diese vorgefaßte Meinung. Damit haben sie wiederum eine Rechtfertigung, sie als untergeordnet zu behandeln, was in Beleidigungen, Diskriminierung und sogar Gewalt, sowohl seitens des chinesischen Lehrkörpers als auch der Klassengenossen, zum Ausdruck kommt. Und all dies, obwohl Chinas Verfassung die Unantastbarkeit der Würde der Person garantiert.

Die Mißhandlung von tibetischen Schülern ist eine weitere, weit verbreitete Schändung des bürgerlichen Rechtes, keiner grausamer oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung ausgesetzt zu sein (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art. 7). Die uns berichtete üble Behandlung reicht von sozialen Ungerechtigkeiten bis zu ungewöhnlich heftigen und gefährlichen Formen körperlicher Züchtigung. In dem jüngsten Bericht von ICLT (International Committee of Lawyers for Tibet: *„The Fabric of Fear: Children’s Rights in Tibet“, A Preliminary Report,* 27 June 2000) werden Bestrafungen von tibetischen Kindern in Schulen beschrieben: Auspeitschen mit dornigen Pflanzen, Verletzen mit Glassplittern, Peitschen mit Drahtruten oder Bambusstöcken, einen halben Tag im kalten Wasser knien müssen, stundenlang außen in der Sonne stehen müssen, Ohrfeigen, Ausziehen, öffentliches Verhöhnen vor anderen, etwa mit dem Schimpfwort *mei* (ein abfälliger Ausdruck, der bedeutet, daß das Kind überhaupt nicht existiert), mit Nadeln gestochen werden und danach die durch Stiche malträtierte Haut mit Räucherstäbchen brennen, Knien auf Glassplittern mit heraufgezogenen Hosenbeinen, auf den Knien herumrutschen, einen eisernen Stuhl mit ausgestrecktem Arm balancieren, wobei dem Kind auf die Knie geschlagen wird, wenn es ihn fallen läßt.

Auch wird berichtet, den chinesischen Schülern würden weit bessere schulische Möglichkeiten als den tibetischen gegeben, und viele Schulen seien der Mehrheit der Tibeter überhaupt nicht zugänglich. Chega ist ein 32-jähriger Nomade aus der Provinz Sichuan, der im Juli 2000 in Indien eintraf. Er beschreibt, in seinem Distrikt gebe es Schulen, die besonders für Kinder von Regierungsbediensteten und chinesischen Immigranten eingerichtet wurden und die in jeder Hinsicht den Dorfschulen überlegen sind. Nomadenkinder bekommen nur selten Gelegenheit, diese Schulen zu besuchen, weil sie die erforderlichen Noten nicht erzielen. In seinem Dorf gibt es 300 Familien, von denen nur ein paar Leute des Lesens und Schreibens kundig sind. Chega behauptet, sogar die Dorfoberen seien meistens Analphabeten. In seinem Dorf gibt es keine Schule, und von derjenigen in dem Gemeindeort sagt er, sie sei nur dem Namen nach eine Schule. Die Nomaden könnten sie sich nicht leisten, und der den Schülern erteilte Unterricht sei unzureichend und chinesisch ausgerichtet.

Verweigerung der Sprache

Trotz der Bestimmung der chinesischen Gesetzgebung, daß alle Ethnien das Recht haben, ihre eigene Sprache in Wort und Schrift zu verwenden und weiterzuentwickeln, begünstigen die Schul-Lehrpläne inhaltlich und thematisch deutlich die chinesische Sprache. 1987 verabschiedete der Volkskongreß der „TAR“ ein Gesetz, dem zufolge Tibetisch als das alleinige Unterrichtsmedium auf der Grundschulebene verwendet werden soll, und die chinesische Sprache erst ab dem neunten Lebensjahr hinzukommen soll. Das Gesetz stellte in Aussicht, bis 1993 tibetisch-sprachige Mittelschulen in der „TAR“ einzurichten und die meisten Universitätskurse kurz nach 2000 auf Tibetisch anzubieten. Der stellv. Parteisekretär der „TAR“ Tenzin kommentierte dazu: „Es gibt überzeugende Beweise, daß nichts die Wirksamkeit der Verwendung des Tibetischen zur Steigerung der Erziehungsqualität und Verbesserung des kulturellen Niveaus dieser Volksgruppe ersetzen kann“.

Einem kürzlichen Bericht zufolge wurde 1996 jedoch in Befolgung der Empfehlungen des Dritten Arbeitsforums für Tibet von 1994 eine Reihe von Schritten rückwärts gemacht. Das Budget für die akademischen und literarischen Veröffentlichungen auf Tibetisch wurde drastisch geschnitten. Pilotprojekte zur Ausweitung der tibetischen Erziehung an höheren Schulen ereilte ein ähnliches Schicksal. Etwa um dieselben Zeit wurden die Kurse für tibetische Sprache an der Tibet Universität in Lhasa aufgehoben. Die Lage verschlechterte sich 1997 weiter, als der stellv. Parteisekretär der „TAR“ Tenzin einen Beschluß verkündete, von nun an würde Chinesisch für tibetische Schüler gleich von der Grundschule an zum Pflichtfach gemacht. Denn die Politik von 1987 sei „nicht praktikabel und würde nicht der Realität in Tibet entsprechen“ und „die Entscheidung, Jungen und Mädchen von Klasse eins bis drei zu erlauben, nur auf Tibetisch unterrichtet zu werden, sei dem Fortkommen der Kinder nicht förderlich“. Raidi, ein weiterer stellv. Parteisekretär der „TAR“, erklärte, eine ethische Minderheit, welche nur ihre eigene Sprache in Wort und Schrift lernt, stelle definitiv eine isolierte ethnische Gruppe dar, die keine Zukunftshoffnung hat. Innerhalb eines Jahrzehnts wurde so das Gesetz von 1987 zurück genommen. Bei einer Sitzung von Chinas Nationalem Volkskongreß im März 2000 erläuterte der kommunistische Parteisekretär für die Provinz Sichuan Zhou Yongkang, das Unterrichten von Tibetisch in Schulen würde „die staatlichen Mittel auslaugen“.

Der Schulunterricht wird ganz unverfroren zu Propagandazwecken verwendet. Auch sind tibetische Kultur, Geschichte und Religion sind streng verbotene Fächer, womit den Tibetern jede Möglichkeit genommen wird, ihr Wissen um ihr

Abb. 23 Tibetische Schule auf dem Land © TIN

eigenes Land und Volk zu vermehren. Der frühere chinesische Parteisekretär der „TAR“ Chen Kuiyuan erklärte dies ganz unverhohlen: „Der Erfolg unserer Erziehungspolitik liegt nicht in der Anzahl von Diplomen, die den Absolventen der Universitäten, Colleges... und höheren Schulen ausgestellt werden. Nein, er liegt vielmehr darin, ob diese der Dalai Clique Widerstand leisten oder ihr Herz an sie verloren haben, und ob sie unserem hehren Mutterland und der großen Sache des Sozialismus treu sind oder ihnen gleichgültig gegenüberstehen.“

Schluß

Nicht zu bestreiten ist die Tatsache, daß die Rechte tibetischer Frauen und Kinder weiterhin grob verletzt werden. Auf internationaler Ebene wird wenig oder gar nichts unternommen, um die Zwangsabtreibungen und Sterilisierungen von Frauen zu verhindern oder dem für tibetische Kinder in hohem Maße diskriminierenden Schulsystem Abhilfe zu verschaffen. Diese Attacke auf das Leben der tibetischen Kinder und ihr Recht, ihre eigene Sprache, Kultur und Geschichte zu lernen, ist kennzeichnend für Pekings repressive Politik. Die Religion, die eigentlich ein besonders geschütztes und gehegtes Feld der tibetischen Kultur sein sollte, wurde der Brennpunkt für eine alarmierend harte Repression und unmittelbare Brutalität. Daß den Kindern das Studium in religiösen Einrichtungen verweigert wird und daß ihnen ihre Lehrer weggenommen werden, beeinträchtigt schwer den religiösen und erzieherischen Aspekt des Lebens der Kinder. Nonnen sehen sich ständiger Repression und möglicherweise Inhaftierung gegenüber, weil alleine schon das Einschlagen eines religiösen Weges - selbst wenn es durch die Behörden erlaubt wurde - als ein Akt gilt, der nahe an die „Gefährdung der Staatssicherheit“ heranreicht.

Auf die Tibeter, die mehrheitlich auf dem Lande wohnen und erwiesenermaßen unter der globalen Armutsgrenze leben, wirken sich diese Restriktionen, die jeden Aspekt ihres Leben in Mitleidenschaft ziehen, sehr negativ aus und bedrohen ernstlich ihre Fähigkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Viele Frauen können zur Entbindung kein Krankenhaus aufsuchen, und es herrscht Mangel an prä- und postnataler medizinischer Versorgung und Aufklärung. Die medizinischen Dienste, die ohnehin von fraglicher Qualität, für Tibeter diskriminierend und oft viel zu weit weg sind, stehen nur zu unerschwinglichen Preisen zu Verfügung, was zu unnötigen Todesfällen von Frauen und Kindern führt.

Heranwachsende Mädchen, welche vor der unvorstellbaren Armut ihres Lebens zu Hause davonlaufen, enden oft in einer verzweifelten Lage in den Städten, so daß sie gar noch ihre Menschenwürde dreingeben und ihre Gesundheit riskieren, um durch Prostitution zu überleben. Eltern sehen sich gezwungen, ihre Kinder auf die teure und lebensgefährliche Reise über den Himalaya zu schicken, um ihnen eine tibetische Erziehung und ein Leben in Freiheit zu ermöglichen.

Eine unbestreitbare Tatsache ist auch, daß tibetische Frauen und Kinder oft in systematischer Weise geschlechts- und altersspezifischen Menschenrechtsverletzungen durch die chinesische Regierung ausgesetzt sind, was sich langfristig gesehen physisch, mental und kulturell degenerativ auf sie auswirken soll. Sowohl internationale Erklärungen als auch nationale Gesetze haben sich als ohnmächtig erwiesen, um die Verletzung dieser die Frauen und Kinder Tibets betreffenden Rechte zu verhindern.

Kapitel 6: Das Recht auf Lebensunterhalt

Verarmung der Tibeter

Sehr oft schon versuchte die chinesische Regierung, die Kritik an ihrer Menschenrechtsgeschichte in Tibet durch die Beteuerung abzuwenden, das tibetische Volk hätte durch die Entwicklungspolitik der Chinesen enorm profitiert.

In einer unlängst erschienenen Broschüre, die um ausländische Investitionen in Tibet wirbt, verkündet die chinesische Regierung stolz: „Es gibt in Tibet ein aus 15 Fernstraßen und 315 Nebenstraßen bestehendes Straßensystem. Die Gesamtlänge der für den Autoverkehr geeigneten Fahrstraßen beträgt 22.000 km, von denen 920 km asphaltiert sind. Es gibt 433 Kraftwerke mit einer Kapazität von 170.000 KW. Darüber hinaus sind einige Energiegewinnungsanlagen im Bau und werden eine um die andere in Betrieb genommen, um den Erfordernissen der Entwicklung Genüge zu tun“.

Glaubte man den Behauptungen der chinesischen Regierung, so wäre Tibet eine der wirtschaftlich entwickelten Regionen in China. Und doch scheint die wachsende Zahl von Flüchtlingen, die Tibet verlassen und von dem, was sie dort erlebten, erzählen, anzuzeigen, daß das besonders in den urbanen Gebieten Tibets feststellbare wirtschaftliche Wachstum in erster Linie den chinesischen Neusiedlern zugute kommt. Außerdem handelt es sich um ein weitgehend

von staatlichen Subventionen dirigiertes Wachstum, das von einer Präferenz für riesige Infrastrukturprojekte, Bergbau und staatseigene Industriebetriebe gekennzeichnet ist. Es ist bisher ein Wachstum von oben nach unten, und Tibeter sind noch nicht genügend aktiv beteiligt oder im Besitz von Produktionsmitteln, noch kommen sie in den Genuß der Erträge. Vieles weist auch darauf hin, daß Tibeter von den wirtschaftlichen Geschäften abgedrängt und an die Seite geschoben werden. Dies führte zur Entstehung einer neuen sozialen Unterklasse, deren hauptsächliche Aufgabe es ist, dem Hauptstrom der Wirtschaft zu Diensten zu stehen.

Abb. 24 Tibetische Straßenarbeiter bei Dartsedo © TIN

Die letzte Formulierung von Chinas Menschenrechtspropaganda mit Betonung auf Entwicklung und materieller Existenz kam Anfang 2000 heraus: „Charakteristisch für den von uns eingeschlagenen Weg - wobei es uns grundlegend um die Förderung der Menschenrechte geht - ist, daß wir uns an das Prinzip der Entwicklung der Produktionskräfte und der Steigerung des allgemeinen Wohlstandes halten, aufbauend auf dem verbesserten Lebensstandards des gesamten Volkes und der Vermehrung der Menschenrechte des gesamten Volkes. Hinsichtlich der Priorität stehen die Rechte auf Bestreitung der materiellen Existenz und Entwicklung an erster Stelle, wobei den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten des Volkes, sowie der Besserung der individuellen und kollektiven Rechte im allgemeinen der gebührende Platz eingeräumt wird. Was die Methoden zur Förderung und Garantie der Menschenrechte betrifft, betonen wir, daß Stabilität die Voraussetzung ist, Wachstum der Schlüssel, Reform die motivierende Kraft und Regierung gemäß dem Gesetz die Garantie“ (*Xinhua News Agency,* „50 Years of Progress in China’s Human Rights“, Beijing, 17 February 2000).

Die chinesische Regierung beruft sich andauern auf den Fortschritt, den die Entwicklung in Tibet gebracht haben soll. Aber wenn wir uns einige dieser Behauptungen genauer ansehen, durchschauen wir allmählich die Schliche von Chinas Propagandastrategie. Erstens wird klar, daß diesen Erfolgsmeldungen Zahlen zugrunde liegen, die von der künstlichen Ankurbelung durch große Subventionen der Zentralregierung hervorgebracht wurden. Diese Zahlen enthüllen keine gesunde Wirtschaft, sondern eher ein System, das gänzlich von äußeren Quellen abhängig ist, eben ein klassisches Muster staatlicher Kontrolle.

In einem Interview tat Chen Kuiyuan, der ehemalige kommunistische Parteichef Tibets, folgende Äußerung: „Allgemein gesagt ist Tibet eine noch entwicklungsbedürftige Region, und auf diesem Gebiet, das ein Achtel der Gesamtfläche unseres Staatsgebietes ausmacht, sind die meisten Ressourcen über und unter der Erde noch nicht erschlossen oder zunutze gemacht worden. Tibets Mängel kommen von dem niederen Niveau der Wirtschaftsentwicklung, dem Fehlen von Talenten und dem zögernden Infrastrukturaufbau“ (*People’s Daily,* 27 March 2000).

Hinzu kommt eine Verschleierung der wahren Situation in Tibet, sowohl was die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten als auch die Ausrottung der Armut betrifft. Gyaltsen Norbu, ehemaliger Vorsitzender der „TAR“ Volksregierung meinte 1997: „Wir sollten die ungesunde Hochstapelei und Übertreibung und das Vertuschen der Wahrheit von höherer Ebene aus aufgeben, wenn es darum geht, den Armen zu helfen“.

Armut in Tibet

China kündigte an, für das Jahr 2000 stehe die Ausrottung der Armut in Tibet und in China auf dem Programm. Ein kürzlich in *China Daily* erschienener Artikel, in dem Vize-Premier Wen Jiaboa zitiert wird, der diesen Satz wiederholt, zeigt, worum es der Regierung bei der Armutslinderung geht. Der Vize-Premier forderte, daß die Betonung auf „Minderung der Armut in Gegenden, wo besonders kapitalintensive Konstruktionsprojekte nötig sind, gelegt werde, wozu auch die Infrastruktur für Verkehrswesen und Wasserschutz gehören“. Während all dies nötig ist, zeigt es aber auch, wie gerne man sich in den Planungsämtern der Zentralregierung über große Entwicklungsvorhaben unterhält (statt über anhaltende und nachhaltige Entwicklung unter Beteiligung und Einbringung lokaler Fertigkeiten und Berücksichtigung lokaler Prioritäten): Fernstraßen, Wohnsiedlungen, Hotelkomplexe, Staudämme, Bergwerke und Fabriken. China ist zuversichtlich, daß das, was es sich vorgenommen hat, erreicht wird, und behauptet in seinem neuesten Weißbuch zu Menschenrechten, 95% der Landbevölkerung hätten genug zu essen und anzuziehen: Das gesteckte Ziel sei im großen und ganzen erreicht worden, nämlich „das Problem der Ernährung und Bekleidung der gesamten Bevölkerung Chinas zu lösen und ihr ein relativ komfortables Leben zu ermöglichen“.

Bei seinem Plan zur Ausrottung der Armut in Tibet richtet China seinen Blick vornehmlich auf Einkommenssteigerung in bestimmten Gegenden des tibetischen Hochlandes, in der Hoffnung, daß ein Anstieg in der Einkommensstatistik - herausgegriffen aus dem Kontext vieler anderer möglicher Indikatoren für Armut, so wie Gesundheit, Erziehung, Ernährung, Kleidung, Wohnung, Lebensqualität, Zugang zu dem Recht auf Entwicklung - zeigen wird, daß der Armut der Garaus gemacht wurde. Es bleiben jedoch viele Gegenden in Tibet vernachlässigt, und wichtige Fragen bleiben

ungelöst hinsichtlich des Zugangs zu der Entwicklung und der Vermögensbildung, die derzeit in Tibet vonstatten gehen. Gabriel Lafitte charakterisierte Tibet als „ein Land von Zentren und Peripherien - ein Mosaik aus Entwicklung und Unterentwicklung“. Dabei treten die für koloniale Wirtschaftssysteme kennzeichnenden Mißstände immer mehr in dem Wirtschaftsgefüge Tibets zutage. Die derzeit stattfindende Entwicklung ist von großem Format und harmoniert oft nicht mit der traditionellen Wirtschaftsstruktur und dem örtlichen Gemeindeleben.

Chinas Angaben über Armut basieren auf Barmitteln, aber selbst wenn wir die jüngsten chinesischen Einkommensstatistiken untersuchen, finden wir deutliche Disparitäten zwischen urbanen und ländlichen Gegenden (wo die Mehrheit der Tibeter wohnt), und man muß sich fragen, auf welche Weise solche Zahlen errechnet wurden. Chinesische Ziffern besagen, daß 1998 das durchschnittliche *Procapita*-Einkommen der Tibeter auf dem Lande in der „TAR“ 1.158 Yuan betrug, was einem durchschnittlichen urbanen Einkommen in der „TAR“ von 5.400 Yuan pro Jahr gegenübersteht. Diese Statistiken sollten mit denen für China als ganzem verglichen werden. Das Durchschnittsjahreseinkommen pro Landbewohner in China betrug 2.162 Yuan in 1998 - fast das Doppelte von dem in der „TAR“ im selben Zeitraum - während das durchschnittliche Jahreseinkommen pro chinesischen Stadtbewohner 5.425 Yuan in 1998 betrug und damit in etwa dem urbanen Einkommen in der TAR entspricht. Dieses Bild paßt ins Chinas Strategie, das Hauptaugenmerk auf die Städte in Tibet zu lenken. China behauptet, auf diese Weise seien nur noch 110.000 arme Menschen in der „TAR“ übrig geblieben, aber wie wir feststellten, sagen die Zahlen selbst aus, daß die Landbevölkerung in der „TAR“ nur etwa die Hälfte des globalen Armutsindexes von „einem Dollars pro Person und pro Tag“ verdient (unter Zugrundelegung des offiziellen Wechselkurses von 1 US $ zu 8 Yuan). Diese Ausrichtung am Einkommen unterschätzt das wahre Ausmaß der Armut und wir sehen, daß eine enge Sicht alleine auf Einkommen ohne Miteinbezug solcher Aspekte wie medizinischer Versorgung oder Bildung, der Art und Weise der Bestreitung des Lebensunterhaltes, der Kluft zwischen den offiziellen Einkommensstatistiken und dem tatsächlichen Verbrauch und detaillierter Aufstellungen über den Lebensstandard in tibetischen Gebieten kein klares oder deutliches Bild des Niveaus der Armut in ihren vielfältigen Schattierungen liefern kann.

Es ist oft schwer, realistische Statistiken für außerhalb der „TAR“ lebende Tibeter zu finden, etwa jene, die in den Provinzen Gansu, Yunnan, Sichuan und Qinghai (Amdo und Kham) wohnen. Es scheint jedoch, daß die sich in Tibet herausbildenden Ungleichheiten über das Stadt/Land Gefälle hinausreichen. Qinghai ist als ganzes gesehen relativ mehr entwickelt als andere Gegenden, und 1998 stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Bauern in Qinghai auf 1.347 Yuan und das der Nomaden auf 2.300 Yuan. Diese Ziffern liegen noch weit unter den akzeptablen Werten, sie zeigen jedoch eine regionale Verschiedenartigkeit an.

Die Behauptung der chinesischen Regierung, Tibeter hätten in großem Maße von ihren Maßnahmen zur Armutsbekämpfung profitiert, kann in ihren eigenen Begriffen Lügen gestraft werden. Selbst wenn man einzig und alleine von den chinesischen Statistiken ausgeht, so zeigen diese, daß über 70% der Bewohner der „TAR“ unter der Armutslinie leben. Diese Zahlen werden außerdem von den Berichten der Flüchtlinge bestätigt, denen zufolge viele Menschen in Tibet sich von den Problemen des Mangels an Nahrungsmitteln, des Zugangs zu medizinischen Diensten und Erziehung, der Arbeitslosigkeit und schlechter Wohnverhältnisse konfrontiert sehen.

Trotz Chinas Beteuerungen und der erfolgreichen Bekämpfung von Armut und Hunger in anderen Teilen Chinas gibt es viele Hinweise darauf, daß in tibetischen Gebieten Armut und die Probleme der materiellen Existenz das tägliche Leben beherrschen. Im Dezember 1997 argumentierte die *International Commission of Jurists* (ICJ), daß in den Neunzigern „fast alle Tibeter fortfahren, ihr Leben mit dem Existenzminimum zu fristen, und ihr Leben wenig von Chinas massiver Investition in tibetische Infra- und Suprastruktur berührt wird.“ Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt, aber fast nichts weist darauf hin, daß diese Lage sich geändert hätte: Die harte Besteuerung und das Land/Stadt Gefälle in bezug auf Zugang zu den Errungenschaften der Entwicklung, bedeuten, daß weiterhin viele Tibeter schwer unter der Armut stöhnen müssen. Während die Gesamtausgaben eines Haushaltes in den ländlichen Gegenden der „TAR“ (wo 90% der Tibeter wohnen) sich auf 564 Yuan pro Kopf belaufen (78% unter dem weltweiten Armutsindex), beträgt das Pro-Kopf-Einkommen für die städtischen Siedlungsgebiete in der „TAR“ (wo fast alle Chinesen wohnen) 5.036 Yuan, das heißt zehnmal soviel, und außerdem steigt es noch doppelt so schnell an. Tibeter geben gerade 15,4% des chinesischen Durchschnitts der Landbevölkerung für Gesundheitsfürsorge aus, 7,7% von dem ihrer chinesischen Gegenüber für Bildung, Kultur und Erholung, 54,9% von dem, was die chinesischen Landbewohner für Essen ausgeben und nur 39,1% von deren Ausgaben für Wohnung. Diese Zahlen liegen durchweg höher für Qinghai und steigen noch mehr im Falle Sichuans, wo der Anteil der tibetischen Bevölkerung immer mehr abnimmt Angesichts von Tibets allgemeinem Mangelzustand ist es ein unglaubliches Faktum, daß wegen der ungeheuren Subventionen und finanziellen Anreize Lhasa die Stadt mit dem höchsten Lohnniveau in ganz China ist - und dabei haust in ihr noch eine große Zahl an verzweifelt armen Tibetern.

Bevölkerungstransfer und wirtschaftliche Marginalisierung der Tibeter

Charakteristisch für die chinesische Besetzung Tibets sind verschiedenerlei Methoden der Kontrolle der tibetischen Identität, entweder durch direkte Gewaltanwendung oder durch strukturelle Maßnahmen zur Assimilierung. Solch eine indirekte Methode der Zurückdrängung der tibetischen Kultur ist die Förderung der chinesischen Einwanderung nach Tibet.

Kennzeichnend für die erste Periode der chinesischen Invasion war hauptsächlich der Transfer von Verwaltungspersonal und Militärs. Als Folge der Entscheidung der chinesischen Regierung, Tibet in Chinas Wirtschaft und Gesellschaftsstruktur zu integrieren, sehen wir jedoch seit 1980 ihr bewußtes Bestreben, Landarbeiter, Bauern,

andere Arbeiter und Händler nach Tibet umzusiedeln. Das „Dritte Nationale Forum für die Arbeit in Tibet“ tagte vom 20. bis 23. Juli 1994 in Peking. Dort wurde beschlossen, die Regierungspolitik, daß Tibet an das Netz von Chinas wirtschaftlichen Bedürfnissen angegliedert werden muß, mit Nachdruck zu verfolgen. Das Hauptmotto der Durchführungsstrategie hieß: „Tibets Tore weit für die inneren Teile des Landes öffnen und Geschäftsleute, Investitionen, Wirtschaftsverbände und Einzelpersonen aus China nach Zentraltibet locken, um dort verschiedene Arten von Unternehmen zu betreiben“ (Aus einer Rede von Raidi, des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Tibetischen Regionalkongresses, vom 5.9.1994).

Die Bevölkerungsverlagerung von Chinesen nach Tibet hat riesige Ausmaße angenommen und wird noch durch die Anwesenheit von über 200.000 Soldaten verschärft. Während es sowohl tibetischen als auch chinesischen Statistiken zufolge früher in Tibet und den Nachbarprovinzen fast keine Chinesen gab, übertreffen chinesische Einwanderer nun die Tibeter in Tibet mit 7 bis 7,5 Mio. zu 6,1 Mio.

Die Bevölkerungsverschiebung von Chinesen nach Tibet hatte verheerende wirtschaftliche Auswirkungen für die Tibeter. Die Einwanderer kommen von staatlichen Lockmitteln angezogen auf der Suche nach Arbeitsplätzen in ein industrialisiertes Tibet. Ihre Anwesenheit bedroht den Lebensunterhalt des tibetischen Volkes und bildet den Kernpunkt der von der Regierung betriebenen Integrierung der tibetischen in die chinesische Wirtschaft. Chinesische Zuwanderer dominieren bereits die tibetische Wirtschaft, und praktisch alle Geschäfte in Tibet sind in ihrem Besitz. In entlegenen Gebieten wie denen der Nomaden scheint es eine gewisse Absonderung zwischen den hauptsächlich urbanen chinesischen Immigranten und Tibetern zu geben. Ein Nomade aus der Präfektur Nagchu, „TAR“, der am 11. Februar in Dharamsala ankam, meinte in bezug auf die Chinesen seiner Gegend: „Es gibt dort chinesische Zuwanderer, aber es handelt sich hauptsächlich um Geschäftsleute, und sie sind 4 Wegstunden von meinem Dorf entfernt“.

Dhondup, ein junger Student aus einer Bauernfamilie in Distrikt Kandze der Provinz Sichuan, der am 2. April 2000 in Dharamsala ankam, berichtet, daß die chinesischen Einwanderer in der Kreisstadt von Kandze mindestens 50% der Bevölkerung ausmachten. Es handle sich bei ihnen hauptsächlich um Verwaltungspersonal und Geschäftsleute.

Der chinesische Bevölkerungstransfer nach Tibet ist von ausschlaggebender Wirkung auf die Art der Entwicklung in Tibet. Subventionen der Zentralregierung und ein Großteil der Infrastruktur vor Ort sind darauf ausgerichtet, ein distinktes, alle anderen kontrollierendes chinesisches Gemeinwesen in Tibet heranzubilden, das hauptsächlich urbane, administrative, merkantile oder militärische Züge trägt und abgesondert von dem Gros der tibetischen Gemeinden wohnt. Die viel gepriesenen chinesisch finanzierten Infrastrukturprojekte wie Fernstraßen, Bergwerke und Wohnsiedlungen wurden hauptsächlich im Hinblick auf die Erleichterung dieser Niederlassungen angelegt, sowie um militärischen Zwecken zu dienen und den Abbau von Bodenschätzen zu beschleunigen. Das subventions-gesteuerte wirtschaftliche Wachstum hat im Sinne des übergeordneten Programms der Absorbierung Tibets die Einwanderung von Chinesen gefördert und erleichtert. In vielerlei Weise ist dieser Prozeß jedoch einseitig und hat einen Großteil von Tibets urbaner Landschaft bereits sinisiert. Durch den Transfer von Chinesen steht den Tibetern nun weniger an Land und Boden, Nahrungsmitteln und vernünftigen Arbeitsplätzen zur Verfügung. Tibeter werden allmählich zur Minderheit in ihrem eigenen Land, sie haben keinen Anteil und keinen Nutzen von der Entwicklung, die auf ihrem Boden und in ihrem Namen stattfindet.

Zwangsarbeit und Ausbeutung billiger Arbeitskraft

Chinesische Politiker machten viele große Worte über Verbesserungen bei den Rechten der Arbeiter und was den Arbeitnehmerschutz betrifft. Aber wie ist die Lage in Tibet, und wie sind die Ansichten der chinesischen Kommunisten über Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Produktion mit der im großen und ganzen agrar geprägten tibetischen Wirtschaftsstruktur zu vereinbaren?

Tibeter stellen nur 5-10% der in den chinesisch kontrollierten Industriebetrieben und werden meistens für die am schlechtesten bezahlten Hilfsarbeiterjobs eingesetzt, ohne daß sie Gelegenheit zum Vorwärtskommen hätten. Zwangsarbeit und Frondienste sind in überwiegend tibetischen Gegenden weitverbreitet, wo Tibeter abgestellt werden, um Straßen und Wohnblöcke zu bauen, die zur Vorantreibung der von China gewollten Entwicklung des tibetischen Plateaus erforderlich sind. Eine Reihe von Flüchtlingen aus Tibet gaben an, daß sie für diverse chinesische Projekte schuften mußten, ohne irgendwelche Entlohnung zu erhalten. Chinas Aufbau einer modernen Industrie in Tibet hat wohl ein paar Tibetern eine unqualifizierte, gerade zum Überleben ausreichende Beschäftigung gebracht, aber hauptsächlich profitieren die Chinesen von der weiteren Entwicklung, den gut bezahlten Jobs und neuen Möglichkeiten zur Niederlassung.

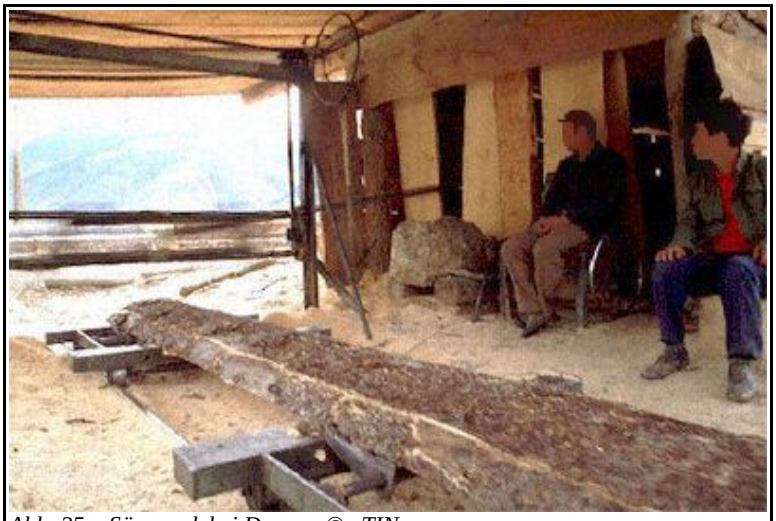

Abb. 25 Sägewerk bei Dawu © TIN

Der 27-jährige Tsering Norbu aus der Dorfschaft Dzonga, an der Grenze von Kerum, „TAR“, der am 13. Januar 2000 im Exil eintraf, berichtet, daß die Bauern in seinem Dorf nach der Ernte zum Frondienst für die chinesische Regierung entweder im Straßenbau oder als Bauarbeiter für Wohnsiedlungen herangezogen werden. Sie wurden nicht bezahlt mit der Begründung, sie würden ja das der chinesischen Regierung gehörende Ackerland nutzen. Bei Nichterscheinen zur Arbeit wurden sie mit 10 Yuan pro Tag bestraft. Und wenn sie kein Geld hatten, um die Strafe zu zahlen, mußten sie noch mehr Tage Arbeit leisten. Gewöhnlich dauert die Fronarbeit einen Monat pro Jahr. Es wurde ihnen gesagt, das Gebäude, an dem sie arbeiteten, sollte eine Schule werden, aber die Schule wurde nie gebaut. Statt dessen wurde das Gebäude zum Gästehaus für chinesische Regierungsbeamte bestimmt.

Auch in der Wohngegend von Dawa, einem 18-jährigen Bauer aus Kreis Kyirong, Präfektur Shigatse, der am 25. Januar 2000 in Dharamsala eintraf, müssen die Tibeter ohne Lohn Zwangsarbeit leisten. „In einem Jahr müssen die Leute im Alter zwischen 18 und 60 Jahren über 20 Tage zur Fronarbeit gehen. Ist jemand krank, kann er/sie zu Hause bleiben, muß aber dann das nächste Mal jeden versäumten Tag doppelt nachholen. Man kann auch jemand anderen als Ersatz schicken. Der Aufseher bei dieser Fronarbeit ist ein Chinese, und wenn man nicht gehörig schuftet, wird man gescholten. Die Arbeit beginnt um 10 Uhr und dauert bis 20 Uhr. Außer einer einstündigen Unterbrechung zum Mittagessen gibt es keine Pausen. Es handelt sich hauptsächlich um Straßenbau und um Forstarbeit“.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Weiterhin stellen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ernste Probleme in Tibet dar. Der Übelstand, daß viele Tibeter verzweifelt nach Arbeit suchen, wird durch die Zwangsarbeit noch verschärft, wodurch diese Praxis um so verwerflicher wird. Es ist schwer, tatsächliche Zahlen für die Arbeitslosigkeit auf dem Lande zu bekommen und sie zu analysieren. Viele Tibeter aus Bauern- und Nomadenfamilien halten sich schon in dem Sinne für beschäftigt, wenn sie ihrer Familie beim Viehhüten helfen oder um wenig Lohn auf dem Bau oder beim Holzfällen arbeiten trotz ihres Wunsches, einer anderen Arbeit nachzugehen und ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt. Diese Unterbeschäftigung auf dem Lande ist um schlimmer, wenn sie mit Chinas geplanter Urbanisierung in Zusammenhang gebracht wird. Unlängst berichtete *China Daily* (20.2.2000), daß „Landwirtschaftsexperten schätzen, bis 2005 würden in China etwa 600 Mio. landwirtschaftlicher Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, der Bedarf an Landarbeitern würde aber auf 168 Mio. zurückgehen, wodurch potentielle 432 Mio. arbeitslos wären, und ohne die Schaffung von lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten sei eine riesengroße Landflucht zu erwarten.“

Ein 19-jähriger Nomade aus Kreis Angchu, Gannan TAP, Provinz Gansu, der am 25. Januar 2000 in Dharamsala eintraf, berichtete dem TCHRD von der hohen Arbeitslosigkeit in seiner Gemeinde: „Viele junge Leute sind nach Schulabgang ohne Arbeit. Sie sitzen müßig zu Hause herum, weil sie meistens auch keine Ahnung vom Viehhüten haben. 90% der Mittelschulabsolventen kehren als Arbeitslose nach Hause zurück, denn angesichts der hohen Gebühren können nur 10% von ihnen ihre Studien fortsetzen. Es gibt keine staatliche Unterstützung für die Arbeitslosen, und schuld an der Misere ist, daß Tibeter meistens die Schmiergelder, die nötig wären, um einen Job zu erhalten, nicht zahlen können, und daß nur Chinesen oder Kinder von Verwaltungsangestellten die Jobs bekommen. All dies schafft die typische langzeitige Arbeitslosigkeit“.

Bhuchung, ein 28-jähriger Nomade aus Bezirk Lhasa, der am 30. Januar 2000 in Dharamsala eintraf, berichtet, daß „rund 25% der Leute seines Dorfes in dem Sinne unbeschäftigt sind, daß sie nicht einmal zu Hause Arbeit haben, ganz zu schweigen von den Chancen auf andere Jobs, wo die Probleme noch größer sind. Viele der Unbeschäftigen gehen schließlich nach Lhasa, aber gewöhnliche Tibeter können sich die hohen Schmiergelder, die nötig wären, um einen Job zu bekommen, nicht aufbringen, was ist nur reichen Familien möglich ist“.

Der 22-jährige Kelsang aus Lhasa, der am 6. Januar 2000 in Dharamsala eintraf, schätzt, daß 40% der Tibeter, die um den Barkhor herum wohnen, arbeitslos sind, wobei viele sich als Trödler versuchen. Einige Tibeter der älteren Generation, die in besonders verzweifelten Verhältnissen sind, verlagerten sich aufs Betteln, während die jüngere Generation eher zum Stehlen übergeht.

Es ist klar verständlich, daß Zwangsarbeit, das niedrige Lohnniveau und die hohe Arbeitslosigkeit ernsthafte Hindernisse für die Realisierung des Rechts auf Entwicklung der Tibeter darstellen.

Exzessive Besteuerung

Trotz der offiziellen Beteuerungen Chinas, von tibetischen Landbewohnern würden keine Steuern erhoben werden, beklagten bei den von TCHRD durchgeführten Interviews fast alle geflohenen Bauern und Nomaden, daß sie übermäßig hohen Steuern unterworfen waren. So wurden sie etwa besteuert auf ihre Ernteerträge (einschließlich von Hand gesammelter Arzneikräuter), auf die Viehstückzahl, auf Tierprodukte wie Fleisch, Häute, Milch, Butter, Käse, Pelz und Wolle, die Anzahl von Personen pro Haushalt, auf Wasser, Futtergras und Baulichkeiten. Sie müssen auch regelmäßig Nahrungsmittel beisteuern für die häufigen Zusammenkünfte eben dieser Beamten, welche die repressiven und für sie so verheerenden steuerlichen Maßnahmen durchzuführen haben. „Insgesamt sind die armen Tibeter einer 27 mal so hohen Steuerrate wie die nicht ganz so armen chinesischen Landbewohner unterworfen“, kommentiert Gabriel Lafitte.

Wenn es nur eine kleine oder gar keine Wechselbeziehung zwischen der für Subventionen aufgewendeten Beträge

und der harten Steuerpolitik gibt, und wenn die Steuereinnahmen keinen im Verhältnis signifikanten Beitrag zur Wirtschaft leisten, dann ist doch die Besteuerung bloß ein weiteres Mittel, mit dem die chinesische Regierung das tibetische Gemeinwesen in die Knie zwingen will. Dies läßt sich nicht beweisen, doch wenn man sich das Leben der tibetischen Armen näher betrachtet, zeigt sich deutlich, welch ein wirksames Unterdrückungsmittel diese Politik ist. Einige Grundzüge des Steuersystems lassen sich am besten aus den Erzählungen tibetischer Flüchtling erkennen, die von der Wirtschaftsentwicklung in Tibet angeblich profitiert haben sollen.

Der 32-jährige Topgyal aus der Präfektur Nagchu berichtet, wie seine nomadisch lebende Familie auf verschiedene Tierprodukte Steuern entrichten mußte. Jedes Jahr mußten sie 100-150 *gyama* (1 *gyama* = 500g) Fleisch, 10-15 *gyama* Butter, 1 *gyama ra-khul* (Ziegenwolle) für 5 Ziegen, 30-40 *gyama nor-khul* (Yak und Dri-Haare), 3 Yuan für 5 Ziegen, 3 Yuan pro Schaf und 24-60 Yuan pro Pferd abliefern. Die Eintreibung dieser *sok trel* genannten Tiersteuer variierte von Jahr zu Jahr und manchmal mußten sie auch noch an die Kader anderer Distrikte Butter, Yoghurt und Fleisch abliefern, was aber nicht auf die jährliche Steuer angerechnet wurde.

Der 30-jährige Nomade Samdup aus Kreis Saga in Präfektur Shigatse, der am 11. Januar 2000 in Nepal eintraf, berichtet, Saga sei der ärmste Distrikt in der Präfektur Shigatse und würde hauptsächlich von Nomaden und Bauern bewohnt. In seiner Dorfschaft mit etwa 1.500 Nomaden ist wenig an Infrastruktur zu sehen. Nirgends gibt es elektrischen Strom, ebenso wenig eine Krankenstation, obwohl in der Nähe eine große Kaserne ist. Jeder Haushalt, der Vieh hält, muß Steuern entrichten. Seine 3-köpfige Familie besitzt 100 Schafe, 10 Ziegen und 1 Pferd. Für das Weideland müssen sie jährlich 60-70 Yuan an Grassteuer entrichten. 7 Tiere wurden ihnen bei einer Entschädigung von nur 100 Yuan pro Tier als Fleischabgabe weggenommen, während der Marktwert 250 Yuan betragen hätte.

Die Steuerpolitik erfaßt fast jeden Aspekt des Subsistenz-Rechtes, angefangen von Abgaben auf Personen, Tiere, Gras, Kräuter, Tierfelle bis hin zur Erziehung, selbst wenn keine Schulmöglichkeit besteht. Trotz des grundsätzlichen Vorhandenseins eines Rechtes auf Bestreitung des Lebensunterhaltes werden die Mittel dazu sehr eingeschränkt. Es handelt sich um ein in sich geschlossenes System, das auf sich selbst verweist. So sind auch die Regeln im Falle von Nichteinhaltung des Gesetzes genau spezifiziert, nämlich die Auferlegung weiterer Steuern und Strafen, wobei außer acht gelassen wird, daß ja gerade wegen der Unfähigkeit zu zahlen gegen die Regeln verstoßen wurde. Diese Geldstrafen sind auch mit der Willkür bei der Auferlegung von Strafen in Form von Zwangsarbeit gekoppelt. Die so geschaffene administrative Struktur ist autoritär, und dieselben Kader treiben sowohl die Steuern ein als sie auch die Bußgelder erheben. Es gibt überhaupt keine Rechenschaftspflicht für die Obrigkeit oder Beschwerdemöglichkeit für die Leidtragenden gegen die in den meisten Fällen rigorosen und ungerechten Steuern. Was die den Tibetern abverlangten Steuern betrifft, so fehlt einfach jegliche Logik und Transparenz.

Keine ausreichende Sicherung der Versorgung mit Nahrungsmitteln

Art. 11(1) der ICESCR legt fest: „Die Unterzeichnerstaaten ... anerkennen das Recht eines jeden auf genügend Nahrungsmittel, und in Wahrung des Rechtes eines jeden, frei von Hunger zu sein, haben sie die erforderlichen Maßnahmen zu treffen“. Und im Art. 1(2) derselben Konvention heißt es: „In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Mittel zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes beraubt werden“.

China erklärte wiederholt, ein Hauptziel seiner Entwicklungspolitik sei, Tibet in der Nahrungsmittelerzeugung autark zu machen. Wenn hier auf Tibets Nahrungsmittelsituation verwiesen wird, so bleibt dabei die Tatsache unberücksichtigt, daß bis zur Invasion der Chinesen Tibet jahrtausendelang immer autark gewesen ist und genügend Nahrung für sich selbst erzeugen konnte. Dieser langen Geschichte der tibetischen Selbständigkeit und Selbstgenügsamkeit setzte erst der Zustrom der Chinesen nach ihrem Eindringen 1950 und ihre enormen neuen Ansprüche ein Ende. Sie selbst haben diese Abhängigkeit geschaffen und jetzt erklären sie, wie unbedingt notwendig es sei, sie zu überwinden. Die VR China hat industrielle Massenproduktionsmethoden eingeführt, welche die Umwelt nicht schonen, mit der Absicht, den landwirtschaftlichen Ertrag zu erhöhen, um die überwältigende Masse neuer chinesischer Zuwanderer zu ernähren.

Armut ist ein weit verbreitetes Übel in Tibet, nicht wegen ökologischem Determinismus oder der „Rückständigkeit“ der Tibeter, sondern wegen der Regierungspolitik der VR China, den Bauern und Nomaden ihre Überschüsse und damit ihr Existenz-Basis wegzunehmen. Wie oben festgestellt, ist die chinesische Besteuerung der tibetischen Bauern, die ihnen gewöhnlich in Form von Naturalien als einem Teil ihrer Ernte und Tierprodukte abgenommen wird, übermäßig hoch, und läßt sie und ihre Familien oftmals darben, so daß sie nicht genug zu essen übrig haben. Flüchtlinge erzählen immer wieder, daß sie und viele Bewohner ihres Distrikts gezwungen waren, von wohlhabenden Familien Geld und Essen zu borgen, um überleben zu können. Tibetische Bauern und Nomaden werden auch gezwungen, einen gewissen Teil ihrer Ernte, Tiere und Tierprodukte an den Staat zu einem Bruchteil des fairen Marktpreises zu verkaufen. Dieselben Erzeugnisse werden dann entweder billig an chinesische Einwanderer abgegeben oder zu übertriebenen Preisen an die ohnehin schon deprivierten Tibeter rückverkauft. Während die Chinesen den Tibetern große Mengen ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse wegzunehmen pflegen, leisten sie ihnen im Falle von Mißernten keine oder nur dürftige Hilfe.

Unlängst von dem TCHRD geführte Interviews enthüllen, daß Nahrungsmittelknappheit weiterhin für die meisten Tibeter eine echte Sorge und für einige die tägliche Realität ist. Derartige Engpässe werfen ein Schlaglicht auf die Probleme bei der Landwirtschaftspolitik und müssen außerdem in Zusammenhang mit der schweren Last, welche die Besteuerung und die Zwangsverkäufe von Agrarprodukten an den Staat zu Niedrigpreisen den tibetischen Bauern und Nomaden auferlegt, gesehen werden. Unterdessen berichteten die offiziellen chinesischen Medien vor Kurzem von

Anstiegen in der Getreideproduktion in der „TAR“, und daß „Tibet [TAR] augenblicklich über Getreideüberschüsse verfüge, die den lokalen Bedarf fünf Jahre lang decken können“. (*Xinhua News Agency,* 7.1.2000).

Norbu Choephel, ein 36-jähriger Bauer aus Kreis Ngamring, Präfektur Shigatse, der am 20. Dezember 1999 Nepal erreichte, hat in seiner Familien 6 Glieder, darunter seine 4 Kinder. Er besitzt etwa 11 *mu* Ackerboden, worauf sie 600 *gyama* Korn pro Jahr erzeugen. Das wird jedoch alles von der Familie verbraucht und reicht jedes Jahr nur für 3 Monate. 9 Monate im Jahr ist die Familie von ernstem Nahrungsmangel betroffen und muß von anderen Familien borgen, um etwas zum Essen zu haben. Sie hat seit 1989 schrecklich gelitten und wird jedes Jahr vom Hunger ereilt. Norbu überlebte nur auf Gnaden der anderen Bauern und schuldet ihnen nun 700 *gyama* Getreide und etwa 1.000 Yuan. In seinem 18 tibetische Haushalte zählenden Dorf sind nur 4 wohlhabend, während die anderen jedes Jahr von Getreideknappheit betroffen werden.

„In meinem Dorf von 60 tibetischen Haushalten erleiden 15 gewöhnlich Nahrungsmittelengpässe und müssen von anderen Bauern Getreide ausborgen, um ihre Mitglieder füttern zu können“, berichtete Tsetan, ein 33-jähriger Nomade aus der Präfektur Nagchu, der am 22. November 1999 in Nepal ankam. Von der Regierung gibt es keine Beihilfe für diese Familien, die wie alle anderen die Steuern zu entrichten haben.

Diese Zeugnisse enthüllen, daß Hunger und Getreideengpässe weiterhin Chinas Erfolgsmeldungen über die Entwicklung in Tibet und seiner Landwirtschaft Lügen strafen. Sie stellen die offizielle Richtschnur der „Massen-Armutslinderung“ infrage und illustrieren, daß die Änderung der Subsistenz-Methoden bei der traditionellen Landwirtschaft in Wirklichkeit sehr vielen Tibetern große Unsicherheit hinsichtlich der Nahrungsmittelproduktion gebracht hat.

Auferlegung von Quoten für die Tierhaltung

Weiterhin hörten wir davon, daß die Lokalbehörden in manchen Gegenden den Nomaden Limits in bezug auf die Anzahl ihrer Tiere auferlegen. Diese Obergrenzen halten einige Haushalte und Gegenden künstlich arm und erscheinen eine unnötige Drosselung der traditionellen landwirtschaftlichen Praktiken zu sein. Im Dorf von Nortso, einem 29-jährigen Bauern aus Kreis Ngamring, Präfektur Shigatse, der am 20. Dezember 1999 Nepal erreichte, durften die Bauern nicht mehr als 15 Ziegen oder Schafe pro Familienglied halten. Chinesische Beamte führten im Herbst Inspektionen der Dörfer durch und schlachteten alle über diese Limits hinausgehende Tiere. Diese Maßnahmen wurden 1994 in Distrikt Ngamring eingeführt, und alle, die sich nicht fügten, wurden öffentlich getadelt, und ihre Tiere wurden ihnen konfisziert.

Ein junger Mönch aus einer Nomadenfamilie erreichte am 4. Januar 2000 Dharamsala. Er berichtet, in seinem Dorf in Kreis Sershul, TAP Kandze, gebe es Limits für die Tierhaltung: „Meine Familie besitzt kein Ackerland. Wir haben 20 Yaks, 7 Dris, 100 Schafe und 3 Pferde. In dieser Gegend gibt es eine Obergrenze für Tierhaltung. Jeder Haushalt darf nicht mehr als 7 Yaks, 4 Dris, 20 Schafe und 3 Pferde haben. Für jedes Schaf darüber hinaus gibt es eine Strafe von 3 Yuan, für jeden Yak darüber hinaus ist die Strafe 5 Yuan, für jede Dri zu viel 2 Yuan und für jedes Pferd zu viel 2 Yuan. Der Dorfvorsteher treibt diese Strafen ein und überstellt das Geld den Kreisbehörden, die ursprünglich diese Limits verordnet haben. Um jedoch irgendwie einen Gewinn zu erzielen, ist es nötig, diese Grenzen zu überschreiten, denn auch nach dem Zahlen der Geldstrafe kann man noch etwas aus dem Verkauf von Häuten usw. erzielen. Bislang wurden noch keine Tiere von den Behörden zur Weiterverteilung konfisziert. Sie drohten, dies in Kürze einzuführen, aber sie nannten noch kein Datum“.

Abb. 26 Yakkadaver in einer Ebene © TIN

Ein junger Nomade aus dem Bezirk Lhasa, der am 30. Januar 2000 Dharamsala erreichte, erzählt von seiner Familie von 9 Personen, die 40 *Yak/dri/dzo*, 80 Schafe und 1 Pferd besitzt. Jede Person darf 30 Schafe oder 5 Yaks halten. Für überschüssige Tiere werden sie nicht bestraft, sondern müssen diese entweder töten oder an andere verkaufen. Jedes Jahr kommt der Dorfvorsteher und zählt die Tiere und bestimmt ein Datum, bis zu dem die überzähligen Tiere entweder verkauft oder geschlachtet werden müssen. Wie viele Tiere seine Familie früher besaß, weiß er nicht, denn die Umverteilung setzte 1980 ein.

Diese Politik der Beschränkung in der Tierhaltung scheint ebenso wie die Methoden der Besteuerung und Beschaffung ziemlich willkürlich gehandhabt zu werden. In manchen Fällen sehen sich Nomaden und Halbnomaden, wenn sie irgendwie gedeihen wollen, gezwungen, diese Grenzen zu mißachten und eben die Strafen zu zahlen. Solch ein Eingreifen in die Marktwirtschaft ist kontraproduktiv und wirkt sich negativ aus. Die Limits schränken auf unnatürliche Weise den zum größeren Rahmen der tibetischen Wirtschaft gehörenden Sektor der Viehzucht ein und ebenso wie andere landwirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, wie das Umzäunen der Weidegründe der Nomaden, zeugen sie von einem mangelnden

Verständnis für die hergebrachten Methoden und von der Absicht, die tibetische Praxis und Lebensart zu kontrollieren. Auch hier sind wieder einmal bei der Formulierung und Umsetzung solcher Maßnahmen die Tibeter kaum oder nur sehr bedingt beteiligt, noch werden sie um ihren Rat gefragt.

Mangelnde staatliche Hilfe für tibetische Bauern und Nomaden

Die chinesische Beihilfe für Bauern und Nomaden, die von Engpässen oder wirtschaftlichen Problemen durch Naturkatastrophen betroffen sind, ist entweder ungenügend oder gänzlich abwesend. Bedauerlicherweise verhält sich die Politik der staatlichen Zwangsankäufe und der Besteuerung weiterhin blind für die tatsächlichen Lebensbedingungen und die jährlichen Modifikationen, so daß Tibeter, die sich in einer wirtschaftlichen Krise befinden, immer noch Steuern wie üblich zahlen müssen. Flüchtlinge berichten auch, während früher reichere Familien den notleidenden helfen immer konnten, können sie sich dies in vielen Gegenden nicht mehr im selben Umfange leisten, und ebenso wenig ist die Lokalverwaltung ist in effektiver Weise an ihre Stelle getreten.

Abb. 27 Umzäunung des Weidelandes ©TIN

„Zwei Jahre lang hatte mein Dorf wegen des vielen Schnees keine gute Ernte. Trotz der Mißernten gab es keine Hilfe von der Regierung, und obwohl unsere Erträge viel geringer als normal ausgefallen sind, mußten wir trotzdem einen hohen Steuersatz zahlen. Zu dieser Zeit hatten alle Leute im Dorf riesige Probleme und waren gezwungen, ihr Vieh zu verkaufen. 1997 und 1998 mußte meine Familie wegen der Mißernten 15 Yaks und 20 Schafe verkaufen“, erzählte Tamding, ein 19-jähriger Bauer aus Kreis Haiyan, Provinz Qinghai, der am 15. Dezember 1999 Dharamsala erreichte.

Ein 24-jähriger Nomade aus der Malho TAP, Provinz Qinghai, der am 3. Januar 2000 in Dharamsala ankam, berichtet, bei landwirtschaftlichen Krisen hätte die Regierung zwar geholfen, aber die Steuern seien nicht aufgehoben worden. 1996 gaben die chinesischen Distriktbehörden jedem Haushalt im Dorf 500 Yuan als staatliche Beihilfe, nachdem sie wegen des heftigen Schneefalls viele ihre Tiere verloren hatten: „Meine Familie verlor 20 Yaks und 6 Schafe. Die Kompensation war nicht genug, und wir mußten immer noch die üblichen Steuern zahlen, natürlich nicht für die umgekommenen Tiere. Chinesische Bauern gibt es keine in dieser Gegend“.

Schluß

Die vielen Berichte, welche das TCHRD von den Neuankömmlingen aus Tibet erhalten hat, zeigen, daß der Entwicklungsstand in Tibet Anlaß zu großer Sorge gibt. Chinas Angaben über die Armutslinderung, die stabile Nahrungsmittellage, die nachsichtige Steuerpolitik, die steigende landwirtschaftliche Produktion und den verbesserten Lebensstandard in Tibet sind unrichtig und entbehren jeglicher Substanz.

Abb. 28 Weideland in Macho, Kanlho TAP © TIN

Eindeutig besteht eine riesige Diskrepanz zwischen der angeblichen Entwicklung, die in Tibet stattgefunden haben soll, und der tatsächlichen, von der das Leben des tibetischen Volkes in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Kluft zwischen dem offiziellen Gerede über Entwicklung und dem Leben des Volkes wird oft durch Zitieren eindrucksvoller Fakten und Ziffern verwischt. Anstatt dem tibetischen Volk zunutze zu kommen, erfolgte die in Tibet stattgefundene Entwicklung in Wirklichkeit auf Kosten der tibetischen Bevölkerung, womit ihre sozio-ökonomischen Rechte oder im weiteren Sinne ihr eigenes Recht auf Entwicklung verletzt wurde.

Während es stimmen mag, daß ein paar Tibeter Nutzen aus der in Tibet erfolgten Entwicklung gezogen haben, müssen wir die Frage stellen, was dabei verloren ging. Wir müssen feststellen, daß viele Leute in Tibet noch nichts von einer nennenswerten Verbesserung in ihrem täglichen Leben gemerkt haben. Die Entwicklung in Tibet ist eines von Chinas wichtigsten Argumenten für den Erfolg, aber das sich ergebende Bild ist das eines Landes von Habenden und Habenichtsen. Die von den Chinesen gemachten

Versprechungen warten noch auf ihre Erfüllung, und der Preis, den Jahrzehnte chinesischer Herrschaft gefordert haben, hat das Schlagwort „Entwicklung“, welches dem tibetischen Volk den Weg für eine echte Veränderung und Berechtigung hätte öffnen können, zu einem kontroversen und mit Makel behaftetem Ausdruck gemacht. Wir können nur hoffen, daß neue Strategien und Initiativen den Tibetern in Zukunft konkrete Gewinne bringen werden, und daß sie ihr Recht auf Entwicklung geltend machen können. Ihre gleichberechtigte Einbindung in den Entwicklungsprozeß wird der Schüssel hierbei sein.

Anhang: Weitere Informationen über die Gefängnisproteste in Drapchi

Das TCHRD erhielt 2000 zusätzliche Informationen über die Proteste im Drapchi Gefängnis im Mai 1998. Die Gefängnisbehörde hatte eine Zeremonie zur Begehung des Internationalen Tages der Arbeit geplant. Zuvor waren die Nonnen der neuen *rukhag* # 3 informiert worden, daß sie zu diesem Anlaß patriotische Lieder zu Ehren Maos und des Sozialismus zu singen hätten.

Um 10 Uhr am 1. Mai wurde alle Gefangenen, außer jenen der alten *rukhag* # 3+5, aber einschließlich jener der neuen *rukhag* # 3+5, befohlen, zum dem Haupthof des Gefängnisses gehen. Etwa 900 Häftlinge versammelten sich an jenem Tag.

Das Programm begann damit, daß die Gefangenen prochinesische Lieder singen mußten. Daraufhin folgte der Flaggenappell. Da begannen die kriminellen Gefangenen Flugblätter in die Luft zu werfen und Parolen zu rufen. Die politischen Gefangenen beiden Geschlechts machten sofort mit. Warnschüsse wurden in die Luft abgegeben, und die weiblichen politischen Häftlinge wurden einzeln von dem Wachpersonal überwältigt. Die Gefangenen wurden sofort getrennt und die Nonnen mit sandgefüllten Plastikröhren und Schläuchen, Gürtelschnallen und Gewehrläufen geschlagen. Sie wurden auch am ganzen Leib mit elektrischen Schocks bearbeitet. Das ging drei Stunden lang so weiter.

Danach wurden 16 Nonnen willkürlich herausgepickt und in Einzelzellen abgeführt. Wie eine ehemalige politische Gefangene aus der selben Einheit erzählt „waren die Einzelzellen alle voll, sonst hätten sie noch mehr von uns hineingetan“. Sieben Monate mußten die Nonnen in den Einzelzellen ausharren, außen jenen drei, die entlassen wurden, ehe ihr Urteil verlängert worden wäre.

Nach Abführung der 16 Nonnen mußten die übrigen auf der harten Betonplatte knien. Pema Bhuti, die Chefin der *rukhag* #3 ist berüchtigt für Folterung und Schlagen der Nonnen und schuld an dem Tod und schwerer Verletzungen einer ganzen Reihe von weiblichen politischen Gefangenen in Drapchi. An jenem Tag schlug sie die im Hof knienden Nonnen erbarmungslos. Erst am Abend durften sie in ihre Zellen zurückkehrten und mußten zur Strafe noch auf dem bloßen Boden schlafen. Augenblicklich wurden Bauarbeiter geholt, um das Badezimmer, den Laden und ein Verhörzimmer in Einzelzellen umzuwandeln. Trotz der erlittenen Schläge und Erschöpfung beschlossen die Nonnen, in Hungerstreik zu treten.

Abb. 29 Drapchi Gefängnis – Gesamtansicht © TIN

Am Montag, dem 4. Mai 1998, während die Nonnen im Hungerstreik waren, wollten die Gefängnisleiter eine weitere Feier, diesmal zum Internationalen Jugendtag abhalten. Alles war gleich, wie am 1. Mai, nur war mehr Sicherheitspersonal anwesend, um einen etwaigen Protest sofort zu ersticken. 20 Nonnen der neuen *rukhag* # 3 wurden bestimmt und zur Teilnahme an der Zeremonie gezwungen. Die meisten waren sehr schwach und krank, so daß sie fast zum Hof gezogen werden mußten. Die Nonnen der alten *rukhag* # 3 störten nun die Funktion, indem sie Parolen aus ihrem Gefängnisblock riefen, von wo aus sie auf den Hof schauen konnten. Die Nonnen der neuen *rukhag* # 3 waren zu elend, um mit schreien zu können und wurden in ihre Zellen zurückgeführt.

Die Nonnen der alten *rukhag* # 3, welche das ganze Geschehen von ihren Fenstern aus verfolgen konnten, begannen nun Scheiben zu zerbrechen und irgendwelche Slogans zu schreien. Es dauerte fast eine halbe Stunde, bis die Aufseher einschritten. Norzin Wangmo, die damals in der alten *rukhag* # 3 war, erzählte, daß „es an diesem Tag niemand gab, der nicht geschlagen worden wäre. Die

Mißhandlung dauerte von 11 Uhr morgens bis nach Mitternacht. Wir trugen an diesem Tag leichte Kleider. Das Gefängnispersonal schlug so brutal auf uns ein, daß jede von uns eine ernste Verletzung davontrug, entweder ein zerrissenes Ohr, große Wunden oder die Haut hing in Fetzen von den Händen. Überall war Blut. Pema Bhuti kümmerte sich persönlich darum, daß jede von uns einzeln geschlagen wurde, und jene, gegen die sie etwas hatte, wurden noch mehr gequält".

Inzwischen wurden die Nonnen in der neuen *rukhag* # 3 in ihre Zellen eingeschlossen. Am 5. Tag ihres Hungerstreiks waren sie sehr hinfällig geworden und einige konnten nicht mehr richtig stehen. Als die Wärter sie zum Fegen des Fußbodens aufforderten, waren sie so schwach, daß sie den Besen nicht mehr halten konnten. Am 6. Tag begannen einige Blut zu spucken, und die schwächsten wurden nun intravenös ernährt. Am selben Tag versuchte ein hochrangiger Beamter, der für alle Gefängnisse zuständig ist, die Nonnen zur Nahrungsaufnahme zu überzeugen, aber sie weigerten sich heftig. Pema Bhuti schalt sie, sie würden nur schreien, weil sie noch zu viel zu essen und anzuziehen hätten. Die Nonnen antworteten, daß das Essen in der Tat ungenügend sei. Der Beamte gab zu, daß die Gefängnisleitung einige Fehler gemacht hatte. Daraufhin beendeten die Nonnen ihren Hungerstreik.

Die Drapchi Proteste führten zum Tod von 5 Nonnen und der Verlängerung der Strafe von 28 politischen Gefangenen. Nach dem Vorfall wurden die weiblichen Insassen von *rukhag* # 3 völlig abgeriegelt. Jeder Einheit wurden Spitzel zugeordnet, die jeden Schritt der Nonnen beobachten mußten. Sie durften auch keine Besuche mehr empfangen.

Liste der Drapchi Gefangenen, deren Urteil auf die Mai Proteste hin verlängert wurde

Bhuchung (23), ein Mönch aus dem Kloster Jang Taglung in Kreis Lhundrup, Bezirk Lhasa, wurde im November 1993 wegen einer Unabhängigkeitsdemonstration festgenommen. Das Mittlere Volksgericht von Lhasa verurteilte ihn zu 5 Jahren, was nun um 2 verlängert wurde.

Che-Che (27), eine Nonne aus dem Kloster Gyabra, Kreis Lhundrup, Bezirk Lhasa, wurde wegen einer Demonstration im Februar 1995 zu 5 Jahren verurteilt.. Nach den Protesten vom Mai wurde ihre Strafe um 2 Jahre verlängert.

Chogdrup Dolma, eine 28-jährige Nonne aus dem Kloster Gyabra. Am 15. Februar 1995 demonstrierte sie zusammen mit 13 weiteren Nonnen desselben Klosters, worauf sie zu 6 Jahren verurteilt wurde. Wegen ihrer Beteiligung an den Drapchi Protesten wurde ihre Strafe um 5 Jahre verlängert.

Choekyi Wangmo, eine 25-jährige Nonne aus dem Kloster Sharbumpa, Kreis Lhundrup, Bezirk Lhasa. Im Juni 1994 demonstrierte sie, worauf sie zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Wegen ihrer Beteiligung an den Protesten vom Mai 1998 wurde ihre Strafe um 1 ½ Jahre verlängert. Sie wurde am 31. Dezember 1999 freigelassen. Sie ist psychisch gestört und lebt nun bei ihren Eltern..

Jangchup Dolma, eine 29-jährige Nonne aus dem Kloster Yangpachen Galo, Kreis Damshung, Bezirk Lhasa, die im Februar 1995 an einer Freiheitsdemonstration teilnahm. Ihr ursprüngliches Urteil von 5 Jahren wurde wegen der Proteste vom Mai um 6 Jahre verlängert, so daß es nun insgesamt 11 Jahre beträgt.

Kadar, etwa 30, aus Kham, ein nicht-politischer Gefangener in Drapchi, der den Protest am 1. Mai 1998 startete, hatte bereits eine Freiheitsstrafe von 13 Jahren, die nun um 9 Jahre verlängert wurde.

Ka Pasang, ein 23-jähriger Mönch aus dem Kloster Jang Taglung, Kreis Lhundrup. Wegen seiner Beteiligung an einer Demonstration 1995 wurde er zu 5 Jahren verurteilt, und nach den Drapchi Protesten wurde die Strafe auf 8 Jahre erhöht.

Kongtrug, 25 Jahre, aus Kloster Ganden, wurde im Mai 1996 verhaftet, weil er einem „Arbeitsteam" getrotzt hatte, und zu 5 Jahren verurteilt. Wegen der Drapchi Proteste wurde sein Urteil um 1 Jahr verlängert.

Lhasang, ein 23-jähriger Mönch aus dem Kloster Gonsar, Kreis Lhundrup, wurde 1995 wegen einer Freiheitsdemonstration zu 6 Jahren verurteilt. Verlängerung um 4 Jahre.

Logkud (25), ein Mönch aus Kloster Drepung, wurde von einem „Arbeitsteam" in seinem Kloster festgenommen und vom Mittleren Volksgericht zu 5 Jahren verurteilt. Verlängerung um 4 Jahre.

Lobsang Gelek (25), ein ehemaliger Mönch von Kloster Khangmar in Kreis Damshung, Bezirk Lhasa, wurde im April 1995 verhaftet und zu 5 Jahren verurteilt. Verlängerung um 4 Jahre.

Lobsang Lungtok, Mönch des Klosters Ganden, wurde im März 1992 wegen Demonstrierens festgenommen und zu 7 Jahren verurteilt. Urteilsverlängerung um eineinhalb Jahre.

Ngawang Dorje (22), ein Mönch von Kloster Gonsar in Kreis Lhundrup, wurde im Oktober 1994 wegen Demonstrierens verhaftet und zu 5 Jahren verurteilt, Verlängerung um 3 Jahre.

Ngawang Ngonkhen, ein 24-jähriger Mönch aus dem Kloster Tashi Gang, Gemeinde Nyethang, Kreis Chushur, Bezirk Lhasa. Wegen einer Demonstration im Februar 1994 wurde er zu 6 Jahren verurteilt, was nach den Mai Protesten um 4 Jahre verlängert wurde.

Ngawang Tensang, ein 30-jähriger Mönch aus Kloster Drepung, wurde 1991 zu 10 Jahren wegen Demonstrierens am Barkhor verurteilt. Verlängerung um 5 Jahre nach den Mai-Protesten.

Ngawang Sangdrol, eine 22-jährige Nonne des Klosters Garu bei Lhasa und die politische Gefangene mit der längsten Strafe. Ihre Beteiligung an den Drapchi Protesten führte zu einer Verlängerung ihrer Strafe um 4 Jahre, so daß diese nun insgesamt 21 Jahre beträgt.

Ngawang Sungrab, ein 32-jähriger Mönch aus Kloster Drepung, wurde 1991 verhaftet und von dem Mittleren Volksgericht von Lhasa zu 10 Jahren verurteilt. Verlängerung um dreieinhalb Jahre.

Norbu Phuntsok, ein 22-jähriger Mönch aus dem Kloster Jang Taglung, Kreis Lhundrup, der 1995 wegen einer Demonstration zu 5 Jahren verurteilt wurde. Verlängerung um 3 Jahre.

Pasang (23), ein Mönch aus Kloster Phagmo in Kreis Lhundrup, wurde 1995 verhaftet und zu 5 Jahren verurteilt, Verlängerung um 4 Jahre.

Phuntsok Rigchog, ein 37-jähriger Mönch aus dem Kloster Tashi Gang in Kreis Chusur, Bezirk Lhasa. Am 31. Mai 1995 rief Rigchog zusammen mit 6 Mönchen desselben Klosters nach Unabhängigkeit. Er wurde zu 6 Jahren verurteilt, und nach den Protesten vom Mai wurde seine Strafe auf 10 Jahre erhöht.

Sonam Choephel, Mönch des Klosters Khangmar in Kreis Damshung, wurde am 10. April 1995 wegen einer Demonstration am Barkhor festgenommen und zu 4 Jahren verurteilt, Verlängerung um 3 Jahre.

Sonam Tsering (25), Mönch des Klosters Kartsel in Meldro Gongkar, Bezirk Lhasa, wurde im März 1995 wegen Anbringung von Plakaten in Gongkar festgenommen. Das Mittlere Volksgericht von Lhasa verurteilte ihn zu 8 Jahren. Verlängerung um 2 Jahre.

Tenzin (27), ein Mönch des Klosters Dargey Choede in Kreis Dranang, Präfektur Lhoka. Er wurde im Juni 1995 wegen Anbringung von Unabhängigkeitsposters festgenommen und zu 4 Jahren verurteilt. Verlängerung um 3 Jahre.

Tharpa, ein 18-jähriger Mönch des Klosters Phurchok in Kreis Meldro Gongkar, Bezirk Lhasa, wurde 1994 wegen angeblicher Beteiligung an einer Demonstration festgenommen und zu 5 Jahren verurteilt, was nun um 2 Jahre verlängert wurde.

Abb. 30 Tsultrim Sangmo © TIN

Tsephel (64), ein Mönch des Klosters Serwa in Kreis Pashoe, Präfektur Chamdo, wurde 1997 festgenommen und zu 14 Jahren verurteilt, Verlängerung um 2 Jahre.

Tsering Phuntsok (34), ein ehemaliger Mönch von Kloster Ganden, Lhasa, wurde 1992 festgenommen und zu 7 Jahren verurteilt. Verlängerung um eineinhalb Jahre.

Wangdue, ein 24-jähriger Mönch aus dem Kloster Dechen Sangnak in Kreis Taktse, Bezirk Lhasa, der im Dezember 1994 zu 4 Jahren verurteilt wurde. Wegen der Mai Proteste Verlängerung um 4 Jahre.

Yeshi Jinpa (20), Mönch des Klosters Sungrabling in Kreis Gongkar, Präfektur Lhoka, wurde im Juni 1993 verhaftet und von dem Mittleren Volksgericht von Lhoka zu 5 Jahren verurteilt. Verlängerung um 5 Jahre auf insgesamt 10 Jahre.

5 Nonnen, die als unmittelbare Folge der Proteste starben

1. *Tashi Lhamo* war eine 24-jährige Nonne des Klosters Nyemo Jogon in Kreis Nyemo. Wegen Teilnahme an einer Unabhängigkeitsdemonstration am Barkhor im Dezember 1994 wurde sie zu 4 Jahren Gefängnis in Drapchi verurteilt. Sie machte bei den Protesten vom 1. und 4. Mai 1998 mit, weshalb sie so schwer geschlagen wurde, daß sie am 13. Mai starb.
2. *Lobsang Wangmo* war eine 31-jährige Nonne aus Kreis Dokdhe, nördlich von Lhasa, aus dem Kloster Nekor Do. Sie wurde im Februar 1995 verhaftet, weil sie am Barkhor friedlich für die Unabhängigkeit demonstrierte, und zu 5 Jahren verurteilt. Sie starb nach den Drapchi Protesten im Mai 1998.
3. *Tsultrim Sangmo* war eine 25-jährige Nonne aus dem Kloster Phenpo Sharbumpa. Im Juni 1994 wurde sie wegen Rufens von Unabhängigkeitsparolen verhaftet und zu 5 Jahren verurteilt. Sie starb nach den Drapchi Protesten im Mai 1998.

Abb. 30 Dekyi Yangzom © TIN

Abb. 31 Lobsang Wangmo © TIN

Abb. 31 Tashi Lhamo © TIN

4. *Dekyi Yangzom* war eine 21-jährige Nonne aus dem Kloster Nyemo Dowa Choten, die wegen Beteiligung an einer Unabhängigkeitsdemonstration im Februar 1995 in Lhasa zu 4 Jahren verurteilt wurde. Sie starb an den Folgen der Mißhandlungen nach den Protesten.
5. *Kundol Yonten* war eine 28-jährige Nonne aus dem Kloster Nyemo Jogon. Sie wurde wegen Demonstrierens im Dezember 1994 zu 5 Jahren verurteilt. Sie starb nach dem Drapchi Protest im Mai 1998.

Kapitel 1 Eine Hölle Auf Erden – Erlebnisse eines ehemaligen tibetischen Gefangenen, Vorwort des Dalai Lama, 8 Fotoseiten
Einführung, Kurze Zusammenfassung, Kindheit und Leben im Kloster, Die Demonstration am 5. März 1988, Vernehmung in der Untersuchungshaft, Gerichtsverhandlung und Verurteilung, Gefängnisleben und Entlassung, Flucht nach Indien, Der Gerichtsbeschluß
Nachruf auf Sonam Wangdu, Große Sorge um Lobsang Tenzins Gesundheit

Kapitel 2 Geschichte des Schreckens – Eine Dokumentation vom TCHRD
Begriffserläuterung und Einführung
Verhängung des Kriegsrechts – Ausbruch von Gewalt und Folter
Geschichten des Schreckens – Seit 1986 starben 60 Gefangene
Tod im Gefängnis, Innere Verletzungen und Mangel an medizinischer Versorgung, Erzwungene Blut und Flüssigkeitsentnahmen ,Folter von Minderjährigen und Folter von Frauen, Schutzlosigkeit von Schwangeren – Zwangsarbeit und Zwangsdrill, Zum Selbstmord getrieben, Eine Chronologie der Todesfälle durch Folter von 1987 – 1999
Persönliche Zeugnisse von Folteropfern: Berichte von Gaden Tashi – Jampel Tsering – Yeshi Togden - Phuntsok Zomkyi - Tenzin Choedon - Rinzing Kunsang - Rinzing Choenyi – Ngawang Rinchen – Lobsang Dhargay - Tsultrim Dolma - Lobsang Shakya – Luesang - Lobsang Choedon
Foltermethoden: Aufhängen in der Schwebe, Elektroschocks, bissige Hunde, Aussetzung in extreme Temperaturen, Sexuelle Belästigung, Schocktechniken mit scharfen Instrumenten, Einzelhaft in Dunkelzellen, Foltervideos, Urinieren in den Mund des Opfers, Sonam Wangdu stirbt im Gefängnis durch Folter

Kapitel 3 Tibet 2000: Umwelt- und Entwicklungsfragen
Artenvielfalt – Wasservorräte – Landwirtschaft - Bevölkerungsdruck – Mineralien, Erze und Bergbau - Nukleare Bedrohung – Menschenrechte und Umwelt

Kapitel 4 Prof. Dr. Jürgen Domes: **Menschenrechte – auch für China eine Forderung?**
Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit im chinesischen Weltzeitalter, Das Herrschaftsverständnis marxistisch-leninistischer Parteien, Materielle Entwicklung und Menschenrechte

Kapitel 5 Prof. Dr. Jürgen Domes: **Zur Lage der Menschenrechte in der VR China**
Menschenrechte – Bürgerrechte / Allgemeine Menschenrechte / Politische Bürgerrechte / Dehnbare Klauseln und ihre Auswirkungen / Wie darauf reagieren? / Menschenrechte sind Naturrechte / Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in China

Podiumsdiskussion mit **Prof. Domes** (China) und **Asgar Can** (Ostturkistan)
Anhang: Adressen; wichtige Quellen im Internet; dringende Appelle

Dokumentationen und Appell-Postkarten der IGFM AG München

Dokumentationen

SERTHAR – Die Zertörung der größten Buddhistischen Lehranstalt in Osttibet, 24 Seiten, 20 Photos, € 3 + Porto, Frühjahr 2002

TCHRD: Drapchi - das gefürchtetste Gefängnis Tibets, undTibet Justice Centre: Eine Generation in Gefahr: Tibetische Kinder unter chinesischer Herrschaft - Frühjahr 2002, 100 Seiten, ca. 50 Photos, Plastikspiralbindung, Preis € 10 + Porto

HINTER GITTERN Gefängnisbedingungen in Tibet, April 2000
Die Haftanstalten und das chinesische Justizsystem, "*Umerziehung durch Arbeit*", "*Reform durch Arbeit*", Inhaftierung ohne Gerichtsurteil (Administrativhaft), € 10 + Porto

EINE HÖLLE AUF ERDEN, Oktober 2000
Erlebnisbericht eines tibetischen Mönches namens Bagdro (Teil 1). Teil 2 ist ein Bericht vom TCHRD über Folter und Zeugnisse von Opfern. Teil 3 ist eine Kurzfassung des Umweltreports *Tibet 2000,* € 10 + Porto

TIBET: VERSCHÄRFUNG DER KONTROLLE, Jahresbericht 1999 des TCHRD**,** Mai 2000, € 10 + Porto

TIBET: ERZWINGUNG DER LOYALITÄT, Jahresbericht 2000 des TCHRD, Sept. 2001, € 10 + Porto

TERROR IN TIBET UND OSTTURKESTAN, Oktober 1999, 214 Seiten, 57 Fotos, Preis € 15 plus Porto.
Umfangreiche Aufsatzsammlung, darunter der Jahresbericht 1998 des TCHRD und eine Stellungnahme zum völkerrechtlichen Status Tibets.
Drei Aufsätze zur Lage in Ostturkestan. Ostturkestan (Uighurien) wird von der Weltöffentlichkeit noch weniger beachtet als Tibet.

Appell-Postkarten

zu vielen Einzelschicksalen an jeweils mehrere Adressen 10 Stück E 0,50 + Porto, Kopiervorlagen auf Anfrage
Beispielsweise für Ngawang Sangdrol, Geshe Sonam Phuntsok, Ngawang Oeser, Chadrel Rinpoche